

Revolution und Räterepublik in der Nördlichen Oberpfalz und ihre Voraussetzungen

Von Karl Hecht

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis	120
Quellen- und Literaturverzeichnis	120
Einleitung	122
1. Kapitel: Das letzte Kriegsjahr 1918 bis zum 7. November und seine Auswirkungen auf die Bevölkerung der Nördlichen Oberpfalz	128
I. Die Versorgungslage	128
1. Die Ablieferung von Lebensmitteln	129
2. Die Verteilung von Lebensmitteln	132
3. Hamsterei und Schleichhandel	133
4. Leuchtmittel- und Brennstoffmangel	134
5. Der Arbeitsmarkt	137
6. Die Erwerbslosenfürsorge	138
7. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt	140
8. Textilknappeit	140
II. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	142
1. Delikte aus persönlicher Not	142
2. Organisierte Delikte	144
3. Grenzprobleme mit Böhmen	145
III. Die allgemeine Stimmung der Bevölkerung	147
1. Der Einfluß der Versorgungs- und Sicherheitslage auf die Stimmung der Bevölkerung	147
2. Abneigung gegen Fremde	148
3. Gerüchte, Frontnachrichten und Propaganda	149
4. Allgemeine Kriegsmüdigkeit	153
5. Streiks und Unruhen	153
2. Kapitel: Der Volksstaat Bayern unter der Regierung Eisner	155
I. Die politische Lage in der Nördlichen Oberpfalz	155
1. Die Einrichtung von Räten	155
2. Die Arbeit der Räte und ihre Zusammenarbeit mit den bisherigen Stadtverwaltungen	158
3. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	160
4. Die Beziehungen zu den Tschechen	163
5. Die Landtagswahlen vom 12. Januar 1919 in der Nördlichen Oberpfalz	164
II. Die Stimmung der Bevölkerung	169
1. Die Aufnahme der Räteherrschaft	169
	119

2. Gerüchte	169
3. Versorgungslage	170
4. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	172
3. Kapitel: Die Räteherrschaft nach dem Tode Eisners	173
I. Die politische Lage in der Nördlichen Oberpfalz	173
1. Die Reaktion auf die Ermordung Eisners und die nachfolgenden Ereignisse in München	173
2. Die Räte und die Bevölkerung	176
3. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	178
4. Die Grenze zu Böhmen	181
II. Die Stimmung der Bevölkerung	182
1. Die Reaktion auf die politischen Ereignisse in München	182
2. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	184
3. Ablieferungspflicht und Versorgungsschwierigkeiten	186
Zusammenfassung	188

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ASBBR	Arbeiter-, Soldaten-, Bürger- und Bauernräte (Archiv Mitterteich Nr. 2940).
AV/BvU	Allgemeine Volksstimmung, Bekämpfung von Unruhen (Archiv Amberg Nr. 14 198).
BBB	Bayerischer Bauernbund
BdLL	Bund Liberaler Landwirte
BSB	Bayerisches Städtebuch
BStB	Beiträge zur Statistik Bayerns
BvU	Bekämpfung von Unruhen (Archiv Amberg Nr. 3600).
GZ	Grenzzeitung
HAB	Historischer Atlas von Bayern
JHR	Jahresbericht der Handelskammer Regensburg
KV	Kohleversorgung (Archiv Mitterteich Nr. 2932).
NA	Notstandsarbeiten (Archiv Amberg Nr. 4135).
NAD	Notstandsarbeiten. Distriktgemeinden (Archiv Amberg Nr. 4234).
OK	Oberpfälzer Kurier
RGB	Reichsgesetzblatt
RP	Reichspartei
UuF	Ursachen und Folgen
VPNR	Verhandlungen des provisorischen Nationalrats
WA	Weidener Anzeiger
WB	Wochenbericht der Regierung der Oberpfalz (Archiv Amberg Nr. 13 752).
ZBSA	Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

Gedruckte Quellen:

- Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 109, München 1928.
Reichsgesetzblatt 1918, Bd. 2, Berlin o. J.
Schmitt, F. A., Die Neue Zeit in Bayern, München 1919.
Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Bd. 59/1, hsg. von W. Stahl, München 1922.
Bd. 60/1, hsg. von W. Stahl, München 1923.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. 3, hsg. von E. Michaelis und E. Schaepler, Berlin o. J.

Verhandlungen des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern im Jahre 1918/1919. Stenographische Berichte Nr. 1 bis 10, München o. J.

Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes (redigiert von F. Zahn), Jhgg. 51 1919, München o. J. Jhgg. 44 1912, München o. J.

Ungedruckte Quellen:

Bayerisches Staatsarchiv Amberg

Nr. 3600, Die Bekämpfung von Unruhen, 1918—23.

Nr. 4135, Notstandsarbeiten aus Anlaß der Demobilmachung, 1919—22.

Nr. 4234, Notstandsarbeiten aus Anlaß der Demobilmachung. Distriktsgemeinden, 1918—28.

Nr. 4307, Die Bekämpfung von Unruhen II, 1917—29.

Nr. 13 752, Akten des Königlichen Regierungspräsidiums der Oberpfalz und von Regensburg, Wochenberichte 1918 bis einschließlich 1920.

Nr. 14 198, Allgemeine Volksstimmung, Bekämpfung von Unruhen, 1859—1920.

Stadtarchiv Mitterteich

Nr. 2940, Arbeiter-, Soldaten-, Bürger- und Bauernräte, 1918—21.

Nr. 2932, Kohlenversorgung. Ortskohlenstelle, 1918—20.

Zeitungen:

„Grenzzeitung Waldsassen“, Waldsassen, 36. Jhgg., 1918. 37. Jhgg., 1919.

„Oberpfälzer Kurier“, Weiden, 40. Jhgg., 1918. 41. Jhgg., 1919.

„Tirschenreuther Volksbote“, Tirschenreuth, 46. Jhgg., 1918.

„Weidener Anzeiger“, Weiden, 22. Jhgg., 1918. 23. Jhgg., 1919.

Darstellungen:

Albrecht, D.: Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1871—1918), in: Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. 4/1, hsg. von M. Spindler, München 1974, S. 387—426.

Ay, K.-L.: Die Entstehung einer Revolution, Berlin 1968.

Bayerisches Städtebuch, hsg. von E. Keyser und H. Stock, Bd. 2, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1974.

Brunner, J.: Geschichte der Stadt Tirschenreuth, Tirschenreuth 1933.

Gebhardt: Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 4/1, hsg. von H. Grundmann, 9. Aufl., 1973.

Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern, Heft 21 Tirschenreuth, bearb. von H. Sturm, München 1970. Heft 47 Neustadt an der Waldnaab, Weiden, bearb. von H. Sturm, München 1978.

Mamatey, V. S.: The Establishment of the Republik, in: A History of the Czechoslovak Republic 1918—1948, hsg. von V. S. Mamatey und R. Luža, Princeton 1973, S. 3—38.

Mitchell, A.: Revolution in Bayern 1918/19, München 1967.

Schwarz, A.: Die Zeit von 1918 bis 1933. Erster Teil: Der Sturz der Monarchie. Revolution und Rätezeit. Die Einrichtung des Freistaates, in: Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 4/1, hsg. von M. Spindler, München 1974, S. 390—453.

Solleder, F.: Kriegsstellen und Kriegswirtschaftsstellen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, AZ Series 3, 7—8 (1931, Neudruck 1975) S. 153—188.

Thränhardt, D.: Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848—1953, Düsseldorf 1973 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 51).

Einleitung

Die vorliegende Arbeit ist die gekürzte Form einer schriftlichen Hausarbeit zur Wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an Gymnasien, die im Frühjahr 1980 von Prof. Dr. W. Volkert, Universität Regensburg, angenommen wurde. In ihr sollen die Auswirkungen der Revolution in Bayern auf die Nördliche Oberpfalz unter Berücksichtigung der dort herrschenden Zustände während des letzten Jahres des Ersten Weltkrieges untersucht werden. Als Grundlage hierfür dienen in erster Linie die Tageszeitungen des bearbeiteten Raumes, aber auch Aufzeichnungen der damaligen Regierung der Oberpfalz und von Regensburg sowie aus in Frage kommenden Stadtarchiven. Die Bearbeitung des Themas erfolgt chronologisch, orientiert an den Ereignissen in München. Die Auswirkungen des letzten Kriegsjahres 1918 sollen betrachtet werden, um die Voraussetzungen für die Akzeptierung der Machtergreifung Kurt Eisners am 7. November 1918, die nachfolgende Absetzung König Ludwigs III. und die Auflösung des Landtages zu erfassen. Maßgeblich dafür werden sein die Versorgungslage der Bevölkerung, die Frage der öffentlichen Sicherheit und die allgemeine Stimmung anhand von Meldungen in der Tagespresse und Aufzeichnungen der Regierung in Regensburg, der Bezirksämter und Stadtverwaltungen.

Im zweiten Kapitel wird eingegangen werden auf die Rezeption der neuen Regierungsform und der Räteverwaltung in den Städten und Gemeinden des bearbeiteten Raumes sowie auf den Stand von Sicherheit und Ordnung. In einem weiteren Punkt wird die politische Strukturierung der Nördlichen Oberpfalz anhand der Ergebnisse der Landtagswahlen vom 12. Januar 1919 und des vorausgegangenen Wahlkampfes untersucht werden. Was die Untersuchung der Bevölkerungsstimmung betrifft, so wird sie in erster Linie als Folge der vorhergehend beschriebenen Zustände gesehen, d. h. inwieweit politische und wirtschaftliche Probleme die Einstellung der Bevölkerung beeinflusst haben.

Der zweite Einschnitt nach dem Putsch Eisners ist dessen Ermordung am 21. Februar 1919 und die nachfolgende Herrschaft der Regierung Hoffmann bzw. der Räte in München. Die folgenden Punkte sind im wesentlichen wie im zweiten Kapitel behandelt, es werden lediglich die durch die politischen Umwälzungen hervorgerufenen Besonderheiten zu berücksichtigen sein. Durch alle drei Kapitel wird sich die Frage nach dem Verhältnis der nordoberpfälzer Bevölkerung zu ihren unmittelbaren Grenznachbarn in Böhmen ziehen, die erst Bestandteil Österreich-Ungarns und dann des neugegründeten tschechischen Staates waren. Der betrachtete Zeitraum endet mit der Zerschlagung der Münchener Räteherrschaft Ende April bzw. Anfang Mai 1919.

Der geographische Raum, der in dieser Arbeit als Nördliche Oberpfalz bezeichnet wird, umfaßt das Gebiet der drei ehemaligen Bezirksämter Tirschenreuth, Neustadt/WN. und Vohenstrauß. Der nördlichste der Bezirke, Tirschenreuth, grenzte im Nordwesten an den oberfränkischen Bezirk Wunsiedel, im Westen an den oberpfälzischen Bezirk Kemnath und im Süden an das Gebiet des Bezirksamts Neustadt/WN. Die nordöstliche und östliche Grenze war gleichzeitig Landesgrenze zu Böhmen. Die Gesamteinwohnerzahl aller Gemeinden belief sich nach einer Aufzählung im Historischen Atlas von Bayern im Jahr 1919 als dem für das Thema nächsten Zeitpunkt auf 39 406 Einwohner¹.

¹ HAB 21, S. 392.

Das Bezirksgebiet war unterteilt in die Distrikte zweier Amtsgerichte mit Sitz in Tirschenreuth und Waldsassen. Dabei entfielen 1925 auf den Gerichtsbezirk Tirschenreuth 16 820 Einwohner, auf den von Waldsassen 24 187 Einwohner². Neben dem Bezirksamtssitz Tirschenreuth mit 4752 Einwohnern lagen die größeren Städte mehr im Norden. Diese waren Waldsassen (4956 Einw.), Mitterteich (3974 Einw.) und der Markt Wiesau (2208 Einw.)³. Entsprechend waren die industriellen Ansiedlungen verteilt. Während im übrigen Gebiet des Bezirksamtes die Landwirtschaft vorherrschend war, fanden sich in den Städten mehrere Industriebetriebe. In Tirschenreuth waren es vor allem eine Porzellanfabrik, ein keramischer Betrieb und eine Maschinenfabrik. Daneben gab es noch ein Sägewerk und eine Tuchfabrik⁴. In Waldsassen gab es zwei Porzellanbetriebe und eine Glasfabrik, eine Ziegelei, sowie eine Zeugmacherei und Tuchfärberei⁵. Die Stadt Mitterteich war ebenfalls ein Schwerpunkt der Glas- und Porzellanherstellung. Eine Glasfabrik und eine Porzellanfabrik waren vorhanden, ein vormals englischer Keramikbetrieb wurde während des Ersten Weltkrieges zwangsbewirtschaftet und ging im Februar 1918 in die Hände von Mitterteicher Kaufleuten und Unternehmern über⁶. Der Markt Wiesau besaß eine Tonfabrik und der Markt Waldershof eine Porzellanfabrik⁷.

Als unmittelbare Grenzorte zu Böhmen wären neben Waldsassen an der Bahnlinie nach Eger noch zu nennen Neualbenreuth (848 Einw.), Mähring (631 Einw.) und die Stadt Bärnau (1358 Einw.)⁸. Der Stadt Waldsassen kam noch zusätzliche Bedeutung als Grenzbahnhof nach Eger zu, genauso wie dem Kreuzbahnhof Wiesau, wo sich neben der Bahn nach Eger noch die Strecke nach Hof und eine Stichbahn über Tirschenreuth nach Bärnau trafen.

Im Süden grenzte an das Bezirksamt Tirschenreuth der Amtsbezirk Neustadt/WN. Dessen nordwestliche Grenze verlief zum Bezirksamt Kemnath, die westliche zum Bezirksamt Eschenbach. Im Südwesten grenzte er an den Amtsbezirk Amberg und der südliche Nachbar war das Bezirksamt Nabburg. Im Osten grenzte der Amtsbezirk Neustadt/WN. an den von Vohenstrauß, lediglich ein kurzes Stück von etwa fünf Kilometern Länge bildete östlich von Flossenbürg eine direkte Grenze zu Böhmen. Nach den Zahlen von 1919 betrug die Einwohnerzahl aller Gemeinden einschließlich der am 1. Januar 1919 zur kreisfreien Stadt erhobenen Stadt Weiden 44 996 Einwohner⁹. Das Bezirksgebiet bestand aus den Gerichtsbezirken Neustadt/WN., der 30 Gemeinden umfaßte, und dem Gerichtsbezirk Weiden mit 28 Gemeinden¹⁰. Der Sitz des Bezirksamtes befand sich in Neustadt/WN., wurde aber Mitte März 1919 zeitweise nach Weiden verlegt¹¹. Im Jahre 1919 gab es vier größere Ortschaften in diesem Bezirk und zwar Neustadt/WN. (2809 Einw.), Weiden (17 628 Einw.), Windisch-Eschenbach

² BStB 109, S. 21*. Nach der Volkszählung von 1925 (keine zeitlich näheren Angaben zur Verfügung), daher für 1918/19 nur bedingt zu berücksichtigen.

³ HAB 21, S. 392, Zählung von 1919.

⁴ BSB 2, S. 667.

⁵ BSB 2, S. 716.

⁶ BSB 2, S. 383, englische Fabrik: WA 33, 8. 2. 18.

⁷ BSB 2, S. 708.

⁸ HAB 21, S. 392.

⁹ HAB 47, S. 462.

¹⁰ HAB 47, S. 456.

¹¹ OK 61, 15. 3. 19.

(2300 Einw.) und Floß (2116 Einw.)¹². Die Wirtschaft des Bezirks war vorwiegend landwirtschaftlich orientiert, Industrie war nur in Neustadt/WN., Weiden und Windisch-Eschenbach angesiedelt. Alle drei Orte liegen an der Bahnlinie nach Eger, bzw. bei Wiesau abzweigend, nach Marktredwitz und Hof. In südlicher Richtung führt diese Strecke nach Regensburg, um sich dort nach München und Nürnberg zu verzweigen. Der Amtssitz Neustadt/WN. besaß drei Glasfabriken, die sich 1890, 1901 und 1904/05 angesiedelt hatten und Spiegelglas, Kristallglas und Bleiglas herstellten¹³. In dem Markt Windisch-Eschenbach befand sich seit 1873 eine Spiegel- und Tafelglasfabrik, ein Jahr später wurde eine Holzstofffabrik für Lederpappe und Holzwole eingerichtet. 1914 kam ein Porzellanbetrieb hinzu, der Tafelservice und Seriengeschirre produzierte¹⁴. Die Industrialisierung der Stadt Weiden begann 1891 mit der Gründung einer Fabrik für Hotelporzellan. 1889 wurde eine Glashütte eröffnet und 1910 entstand eine weitere Porzellanfabrik. Das 1895 eingerichtete Ausbesserungswerk der Eisenbahn für Dampflokomotiven verlieh der Stadt ebenfalls großen Auftrieb. Ein Versandhaus für Textilien, das 1907 in Reuth bei Erbendorf gegründet worden war, kam 1913 nach Weiden, ein Zweigwerk entstand in dem Vorort Ullersricht¹⁵.

Wegen der kurzen direkten Grenze zu Böhmen gab es nur einen größeren Grenzort, Flossenbürg, mit 920 Einwohnern¹⁶.

Der letzte bearbeitete Amtsbezirk ist der des Bezirksamts Vohenstrauß. Im Nordwesten verlief seine Grenze zum Bezirk Neustadt/WN., im Südwesten stieß er an das Gebiet des Bezirksamts Nabburg und der südliche Nachbar war das Bezirksamt Neunburg vorm Wald. Die gesamte Ostgrenze des Bezirks Vohenstrauß bildete gleichzeitig die östliche Landesgrenze zu Böhmen. Da für das Jahr 1919 keine Zahlen über die Bevölkerung im Historischen Atlas von Bayern vorliegen, muß auf die Zahlen in den Beiträgen zur Statistik Bayerns zurückgegriffen werden¹⁷, die sich auf die Volkszählung vom 16. Juni 1925 stützen, so daß die Angaben für 1919 davon nur zu schätzen wären. Das Gebiet des Bezirksamts Vohenstrauß war gleichzeitig der Amtsbezirk des Amtsgerichts Vohenstrauß, eine weitere Unterteilung gab es nicht. Die Einwohnerzahl betrug 1925 im Amtsgericht Vohenstrauß 23 029 Personen¹⁸. Die größten Orte waren Vohenstrauß (2033 Einw.)¹⁹, die Stadt Pleystein (1271 Einw.)²⁰, sowie die Märkte Eslarn (2503 Einw.)²¹ und Waidhaus (1752 Einw.)²². Im Bezirk Vohenstrauß herrschten Land- und Forstwirtschaft vor²³. Nur in Vohenstrauß selbst gab es eine 1900 gegründete Porzellanfabrik und an den Wasserläufen lagen mehrere Glasschleifen verteilt. In den anderen größeren Orten waren Kleingewerbe und Handel vor-

¹² HAB 47, S. 461, 462.

¹³ BSB 2, S. 485 f.

¹⁴ BSB 2, S. 742.

¹⁵ BSB 2, S. 725.

¹⁶ HAB 47, S. 461.

¹⁷ BStB 109, S. 21*.

¹⁸ *Ibd.*

¹⁹ BStB 109, Spalte 995.

²⁰ BSB 2, S. 559.

²¹ BStB 109, Spalte 990.

²² BStB 109, Spalte 995.

²³ BSB 2, S. 704.

herrschend, der auf der Landwirtschaft fußte; in Vohenstrauß wurde auch der Viehmarkt abgehalten²⁴.

Als Grenzorte sind zu nennen Eslarn und besonders Waidhaus, das als offizieller Zollübergang nach Böhmen, bzw. nach dem November 1918, nach dem neuen tschechischen Nationalstaat diente.

Was die politische Einstellung der Bevölkerung in allen drei Amtsbezirken betrifft, so sei auf die Ergebnisse der Landtagswahlen von 1912 im Abschnitt „Die Landtagswahlen vom 12. Januar 1919 in der Nördlichen Oberpfalz“ verwiesen, die zeigen, daß das Zentrum die stärkste Partei war²⁵.

Die wichtigsten Quellen für diese Arbeit sind die Lokalteile der Tageszeitungen „Grenzzeitung Waldsassen“, „Tirschenreuther Volksbote“, „Weidener Anzeiger“ und „Oberpfälzer Kurier“. Über den Raum Vohenstrauß stehen in allen vier Blättern ausreichend Informationen zur Verfügung. Bei den Akten sind besonders wichtig die Wochenberichte der Regierung der Oberpfalz und von Regensburg an die Staatsregierung in München, die im Bayerischen Staatsarchiv Amberg verwahrt werden. Darin sind vor allem die Meldungen der jeweiligen Bezirksämter, aber auch allgemeine Mitteilungen über die gesamte Oberpfalz von Wert. Für spezielle Thematiken, wie Bevölkerungsstimmung, Versorgung der Arbeitslosen und Notstandsarbeiten sind in Amberg ebenfalls Regierungsakten aus Regensburg vorhanden, die den entsprechenden Verkehr der Kammer des Innern mit den Bezirksämtern enthalten. Für lokale Begebenheiten und Verhältnisse war das Stadtarchiv Mitterteich recht gut mit Material für den bearbeiteten Zeitraum versehen, wenn auch nicht alles für das vorliegende Thema geeignet war, während im Stadtarchiv Weiden bis auf den „Weidener Anzeiger“ keine Unterlagen über den bearbeiteten Zeitraum vorlagen. Eine Nachfrage im Archiv des Landratsamtes Tirschenreuth nach Akten des ehemaligen Bezirksamtes Tirschenreuth, die im Staatsarchiv Amberg nicht mehr vollzählig vorhanden sind, blieb erfolglos.

Die „Grenzzeitung Waldsassen“ ist in der Stadtverwaltung von Waldsassen zugänglich. Die gesamten Ausgaben seit dem ersten Erscheinen des Blattes sind gesammelt und vollständig in Jahressbänden zusammengefaßt. Der für die regionalen Ereignisse wichtige Lokalteil besteht aus Meldungen vor allem der Ämter Tirschenreuth, Neustadt/WN. und Vohenstrauß, dann auch der übrigen Bezirksämter der Oberpfalz, sowie aus Nachrichten aus dem übrigen Bayern. Die geschilderten Kriegsereignisse und internationalen Meldungen sind wegen der herrschenden Zensur sehr einseitig, die Lokalnachrichten vermelden Vorkommnisse, die sich gegen den Krieg richten, mit negativer Wertung, Kritik am Krieg oder an der Regierung findet sich vor dem November 1918 nicht. Nach der Revolution wurde der Herausgeber der „Grenzzeitung“ zweiter Vorsitzender des BVP-Ortsvereins Waldsassen und stellte sein Blatt uneingeschränkt in den Dienst dieser Partei. Politische Meldungen und Nachrichten sind daher, besonders wenn sie in der Form von Kommentaren gehalten sind, etwas kritisch zu sehen, Meldungen anderer Art hingegen sind, wie Vergleiche mit entsprechenden Nachrichten anderer Blätter zeigen, durchaus zuverlässig.

Der „Tirschenreuther Volksbote“ ist bei der Stadtverwaltung Tirschenreuth für den zu bearbeitenden Zeitraum nur von Januar bis Juni 1918 vorhanden.

²⁴ Ibid.

²⁵ Siehe unten S. 164 ff.

Da diese Zeitung gleichzeitig das Amtsblatt für das Amtsgericht Tirschenreuth war, sind kritische Berichte über diesen Abschnitt des Kriegsjahres 1918 nicht zu erwarten. Neben den amtlichen Nachrichten liegt der Schwerpunkt der Berichterstattung beim Amtsbezirk Tirschenreuth, ansonsten deckt sich die Art der lokalen Reportagen mit der der „Grenzzeitung Waldsassen“.

Der „Weidener Anzeiger“ war neben dem „Oberpfälzischen Kurier“ bis Mitte der dreißiger Jahre die Regionalzeitung für den Raum Weiden-Neustadt und Umgebung. Er ist im Stadtarchiv Weiden in gebündelten Einzelexemplaren bis zu seiner Einstellung gesammelt, in der fortlaufenden Zählung der Tagesausgaben gibt es jedoch bisweilen Lücken von ein bis zwei Tagen. Internationale Darstellungen sind tendenziös und Kriegsberichte optimistisch eingefärbt, die Lokalnachrichten sind jedoch sehr ausführlich und, wie bei der „Grenzzeitung Waldsassen“ durch Vergleiche festgestellt, in ihrem Inhalt zuverlässig. Im Mittelpunkt der regionalen Berichterstattung steht der Raum Weiden-Neustadt, auch aus dem Raum Vohenstrauß finden sich häufig Meldungen, der Bezirk Tirschenreuth dagegen ist nicht so oft vertreten. Dazu kamen noch die wichtigsten Ereignisse in- und außerhalb Bayerns. Auch der „Weidener Anzeiger“ unterstützte nach der Machtübernahme Eisners die BVP mit Werbung und positiven Darstellungen und übte fast ständig Kritik an der neuen Regierung in München.

Der „Oberpfälzische Kurier“, die zweite Weidener Tageszeitung, ist vollständig in Jahresbänden im Verlagsarchiv der jetzigen Tageszeitung „Der Neue Tag“ vorhanden. Als Amtsblatt für das Amtsgericht Weiden sind für die Kriegszeit objektive bzw. kritische Darstellungen, die sich auf den Krieg oder die deutsche und bayerische Politik beziehen, wie im Falle des „Tirschenreuther Volksboten“ nicht zu finden. Der Lokalteil erfaßt hauptsächlich den Raum Weiden-Neustadt, die Bezirke Tirschenreuth und Vohenstrauß sind in gleichem Maße vertreten. Der „Oberpfälzische Kurier“ unterstützte nach dem 7. November als einziges Blatt im nordoberpfälzer Raum die DVP und sparte nicht mit kritischen und tendenziösen Berichten über das Kabinett Eisner und die folgenden Herrschaftsformen in München.

Die eben beschriebenen Lokalzeitungen stellen für das tägliche Leben und die verschiedenen Vorkommnisse in der Nördlichen Oberpfalz die ergiebigsten Quellen dar. Durch Vergleiche von Meldungen über identische Vorfälle läßt sich eine zuverlässige Berichterstattung erkennen, lediglich ihre politische Einstellung muß berücksichtigt werden. Die Bevölkerung wurde, während des Krieges innerhalb des Rahmens der Zensur, danach freier, in durchaus ausreichendem Maße über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und die internationale Lage informiert. Die Tageszeitungen mußten nach dem 7. November 1918 auch amtliche Nachrichten von der von ihnen kritisierten Regierung in München veröffentlichen, doch wurden darüber in der gleichen Ausgabe des öfteren gleich eigene Kommentare gebracht. Nach der Ermordung Eisners stellten sich alle Zeitungen, die hier besprochen wurden, hinter die Regierung Hoffmann und den rechtmäßig gewählten Landtag, wenngleich die Kritik an diversen Mißständen auch dann nicht verstummte.

Von den Akten der Regierung der Oberpfalz und von Regensburg werden in erster Linie die Wochenberichte des Regierungspräsidenten an die Staatsregierung in München als Quelle dienen. Diese wurden jede Woche aus den Meldungen der Bezirksämter des Regierungsbezirks zusammengestellt und gaben einen Überblick über die Ereignisse der abgelaufenen Berichtswoche, teils in allgemeinen,

den ganzen Regierungsbezirk betreffenden Angaben, teils auch konkret über bestimmte Vorkommnisse in den jeweiligen Bezirksamtern oder Gemeinden. Die Berichte umfassen Probleme von Sicherheit und Ordnung, Fragen der Wirtschaft sowie die Arbeitsmarktlage. Obwohl in diesen amtlichen Darstellungen auf kleinere lokale Vorfälle meist nicht eingegangen wurde, und eine nüchterne Ausdrucksweise vorherrschte, so werden doch die Dringlichkeit und die Vielfalt der Probleme, die der Regierung in München berichtet wurden, in aller Deutlichkeit aufgezeigt. Auch nach dem Putsch Eisners und während der Regierungszeit des Kabinetts Hoffmann wurden die Wochenberichte regelmäßig fortgesetzt. Im Vergleich der amtlichen Meldungen und der Darstellungsweise der Lokalpresse in der Nördlichen Oberpfalz zeigt sich, daß sachliche Abweichungen über gemeinsame Meldungen im Grunde nicht vorkommen, lediglich die Verschiedenheit der Blickwinkel kann zu Abweichungen in der Bewertung von Problemen führen. Sollten im Laufe der Arbeit bei der Betrachtung bestimmter Punkte diesbezügliche Widersprüche auftreten, so wird auf sie hingewiesen werden.

Für den speziellen Punkt der Volksstimmung sind die Akten der Regierung der Oberpfalz zur allgemeinen Volksstimmung und zur Bekämpfung von Unruhen sehr informativ, die ebenfalls im Staatsarchiv Amberg aufbewahrt sind. Sie enthalten meist Meldungen der Bezirksamter an die Kammer des Innern in Regensburg, die auf Äußerungen der Bevölkerungsstimmung wie Unruhen, Demonstrationen oder Aktivitäten der USPD und spartakistischer Gruppen hinweisen. Interessant für diesen Fragenkreis ist auch ein Stimmungsbericht des „Oberpfälzischen Bauernverbandes e. V.“ über die Stimmung der Bauernschaft im Regierungsbezirk, der auf eine Umfrage des Verbandssekretärs zurückging und die Antworten der einzelnen Ortsvereine aufführt. Dieser Bericht wurde vom Verbandssekretär der Kammer des Innern zugeleitet und ist in Amberg unter „Bekämpfung von Unruhen 1918—23“ vorhanden.

Für die Notstandsarbeiten sind von Jahresende 1918 bis 1928 die Anforderungen und Anfragen der Bezirksamter und Gemeinden an die Regierung der Oberpfalz um die Genehmigung von Krediten gesammelt und unter „Notstandsarbeiten aus Anlaß der Demobilmachung“ archiviert. Neben dienstlichen Mitteilungen finden sich Tabellen, in denen Arbeitsprojekte und Kostenvoranschläge aufgeführt sind und auf denen die genehmigten Staats- und Reichskredite von der Regierung in Regensburg nachträglich eingetragen wurden.

Um Beispiele zu lokalen Ereignissen zu finden, sind die Akten des Stadtarchivs Mitterteich geeignet, die verschiedene Aspekte des gemeindlichen Lebens aus der Zeit von 1918/19 abdecken. Für das vorliegende Thema wichtig war der Akt „Arbeiter- Soldaten- Bürger- und Bauernräte, 1918—21“, der über die Einrichtung und Arbeit der Mitterteicher Räte Aufschluß gab. Die Lieferanweisungen der örtlichen Kohlenstelle sind ebenfalls in einem entsprechenden Akt zur Brennstoffversorgung gesammelt, genauso wie einige Gesuche von Arbeitslosen um Unterstützung an das Bezirksamt Tirschenreuth.

Zur Bearbeitung des Themas sind aber vor allem die Akten des Staatsarchivs Amberg herangezogen worden, da sie den zu untersuchenden Raum vollständig erfassen, und von diesen sind es wiederum die Wochenberichte der Regierung der Oberpfalz und von Regensburg, die während der ganzen Arbeit als wichtigste Aktenquelle dienen werden.

Zum Schluß möchte ich Herrn Prof. Dr. W. Volkert meinen herzlichen Dank für seine Hilfe und Beratung aussprechen, ebenso Herrn Dr. Fuchs und den Mit-

arbeitern des Bayerischen Staatsarchivs in Amberg, den Mitarbeitern des Stadtarchivs Weiden, den Angestellten der Stadtverwaltungen Mitterteich, Waldsassen und Tirschenreuth sowie den Mitarbeitern der Tageszeitung „Der Neue Tag“ in Weiden, ohne deren Hilfe ich diese Arbeit nicht hätte schreiben können. Mein besonderer Dank gilt auch Herrn Dr. P. Mai, dem Vorsitzenden des Historischen Vereins für Regensburg und Oberpfalz für die Aufnahme der vorliegenden Arbeit in die Verhandlungen dieses Vereins.

1. Kapitel: Das letzte Kriegsjahr 1918 bis zum 7. November und seine Auswirkungen auf die Bevölkerung der Nördlichen Oberpfalz

I. Die Versorgungslage

Der folgende Überblick über die Kriegslage der Bewohner der Nördlichen Oberpfalz soll dazu dienen, die ständig steigende allgemeine Kriegsmüdigkeit zu erklären, die unaufhaltsam wachsenden Belastungen und Entbehrungen der verschiedensten Art, denen die Menschen ausgesetzt waren und die schließlich ein solches Ausmaß erreichten, daß man auch in der nördlichen Oberpfalz, die durchaus nicht zu den revolutionsfreudigsten Gebieten Bayerns gehörte, bereit war, jeden zu begrüßen, der der Not ein Ende machte.

Die durch den Krieg und seine Auswirkungen entstandene Notlage wurde der Bevölkerung ständig durch den Zustand ihrer eigenen Versorgung vor Augen gehalten. Lebensmittelrationierung, Kohlen- und Brennstoffmangel sowie Engpässe in der Textilversorgung betrafen jeden und waren für die meisten nicht zu umgehen. Bevor diese Probleme jedoch genau behandelt werden, ist es notwendig, die gemischte Bevölkerungsstruktur der Nördlichen Oberpfalz darzustellen, da bestimmte Mißstände in der Versorgung die verschiedenen Bevölkerungskreise nicht in gleichem Maße betrafen.

Obwohl das behandelte Gebiet einen vorwiegend ländlichen Charakter besitzt, waren 1918 in mehreren, in der Einleitung genannten Orten Industriebetriebe, vor allem für Glas- und Porzellanherstellung, angesiedelt, so daß in diesen Klein- und Mittelstädten neben dem wohlhabenden Bürgertum und dem kleinen Handwerk eine erhebliche Zahl von Arbeitern vorhanden war. Standen sich in gewissem Maße Stadt und Land auch gegenüber, so war wegen der geringen Entfernung der Dörfer zu den Städten und der Funktion dieser Städte und Märkte als Verkehrsknotenpunkte auch für die ländliche Bevölkerung ein direkter Gegensatz von Stadt und Land, wie er in größerem Maßstab etwa zwischen der Landbevölkerung ganz Bayerns und den großen Industriestädten in Bayern und Norddeutschland bestand¹, kaum vorhanden. Dennoch gibt es bei den einzelnen Versorgungsempfängern Auswirkungen, die sich nach dem Unterschied von Stadt und Land einteilen lassen. So traf bei der Lebensmittelversorgung der Zwang zur Ablieferung naturgemäß den Bauern, während der Mangel an nicht abgelieferten Produkten die Städter, vor allem die Ärmern von ihnen betraf. Verhinderte

¹ Vgl.: Ay, K.-L., Die Entstehung einer Revolution, Berlin 1968, S. 148 ff.

Brennstoffmangel bei den Bauern den Ausbruch von Getreide, so kostete es einem Arbeiter seinen Arbeitsplatz, wenn sein Betrieb wegen Mangel an Brennmaterial schließen mußte. Andererseits gab es auch Versorgungsengpässe, die beide gleich betrafen, wie Mangel an Hausbrandkohle oder Textilknappheit. Diese Unterschiede sind nach Möglichkeit im folgenden berücksichtigt.

1. Die Ablieferung von Lebensmitteln

Obwohl vorwiegend ländlich strukturiert, war die Nördliche Oberpfalz nicht in der Lage, ihre Lebensmittelversorgung aus eigener Produktion zu bestreiten, da neben der Belieferung ihrer größeren Orte die Pflichtablieferungen an die staatlichen Versorgungsstellen einen erheblichen Teil der Agrarproduktion verschlangen. Für den Bauern bedeutete die Einführung der Zwangswirtschaft eine Umstellung in mehrfacher Hinsicht. Er mußte auf einen individuellen Bewirtschaftungsplan seines Anwesens verzichten, sich beim Verkauf seiner Produkte staatlichen Höchstpreisen beugen und damit den Verkehr mit ihm bekannten Aufkäufern aufgeben, bei denen er marktgerechte Preise erzielen konnte, und er mußte es sich gefallen lassen, daß ihm als Erzeuger anonyme staatliche Stellen Vorschriften zur Selbstversorgung aus seiner eigenen Produktion machten².

Um die Ablieferung von Lebensmitteln und Vieh exakt behandeln zu können, ist es nötig, zunächst einen Blick auf die Organisation der Ablieferungs- und Verwaltungsstellen zu werfen. Praktisch alle Teile der Wirtschaft, nicht nur Lebensmittel betreffend, wurden durch staatliche Behörden kontrolliert. Zur Bekämpfung von Wucher, Preistreiberei und Schleichhandel gab es in Bayern zwei Stellen, die Landespreis- und die Landeswucherabwehrstelle³. Ersterer oblag besonders die Kontrolle und Erfassung der Preisbewegungen sowie die Beaufsichtigung der 54 örtlichen Preisprüfungsstellen. Weil sie für ihre Tätigkeit vor allem auf genaue statistische Unterlagen angewiesen war, wurde sie dem Statistischen Landesamt eingegliedert. Die am 1. November 1919 so benannte Bayerische Landeswucherabwehrstelle — vorher seit dem 5. Dezember 1916 als Kriegswucheramt — diente zur direkten Bekämpfung des Preiswuchers und wurde am 18. März 1918 als selbständige Behörde von der Polizeidirektion München abgezweigt.

Zur Vorbereitung und Begutachtung aller für die Volksernährung ausschlaggebender Wirtschaftsfragen hatte Ludwig III. am 21. Juni 1916 den „Beirat für das Ernährungswesen im Staatsministerium des Innern“ ins Leben gerufen. Er stand unter dem Vorsitz des Innenministers und bestand aus einer kleinen Zahl von Experten. Ab Juni 1919 kamen aus den Parteien des Landtags zwölf parlamentarische Vertreter hinzu.

Am 18. August 1917 wurde die Landesgetreidestelle für Bayern geschaffen, die für Verteilung, Anbaukontrolle, Mühlenkontrollen u. ä. zuständig war. Die Aufsicht über die Gerstenzwangsbewirtschaftung, ursprünglich in privater Hand, fiel ab dem 3. August 1916 unter die Zuständigkeit der Reichsgerstengesellschaft

² WA 3, 4. 1. 18, Wegen Fett- und Milchknappheit gekürzte Selbstversorgerrationen durch die Reichsstelle für Speisefett. WB 760, 10. 6. 18. Festsetzung des Höchstverbrauchs für Selbstversorger für den Monat Juni.

³ Vgl. im folgenden: Solleder, F., Kriegsstellen und Kriegswirtschaftsstellen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, AZ Series 3, 7—8 (1931, Neudruck 1975) S. 153—188, S. 170 ff.

m. b. H., die eine eigene „Abteilung Bayern“ mit Sitz in München besaß. Sie war zuständig für die Zuweisung von Gerste für Brotmehlerzeugung, an Brauereien, Brennereien und Malzkaffeeabriken, sowie für den Verkehr mit der Bierverteilungsstelle und der Heeresbierzentrale in München.

Als im Frühjahr 1915 der konkurrierende Heeresaufkauf die Preise für Milchprodukte steil in die Höhe schnellen ließ, richtete das 1. Armee Korps die Verteilungsstelle für Erzeugnisse der Milchwirtschaft ein, die für Preiskontrolle, Einschränkung der Käsesorten und für die Ausfuhrkontrolle sorgte. Deren Zuständigkeit ging mit der anderer militärischer Verwaltungsstellen am 11. August 1916 an die Bayerische Landesfettstelle über, die durch sogenannte Kreisbevollmächtigte in Ober- und Niederbayern, in Nordbayern, der Pfalz und Schwaben den Vollzug der Lieferungen zu überwachen hatte. Zur Bestandsaufnahme wurden Stallkontrollen durchgeführt und es wurden die für die Ablieferungen bestimmten Pflichtmengen festgesetzt. Die Eiersorgungsstelle, gegründet am 12. März 1916, hatte den Ausfall von Lieferungen auszugleichen, den heimlichen Verkauf von Eiern zu verhindern und den konzessionierten Handel zu überwachen. Ähnlich verhielt es sich mit der Landesstelle für Gemüse und Obst, gegründet am 30. Mai 1916, der Landeszuckerstelle, gegründet am 22. April 1916, und der Landeskartoffelstelle, die im Herbst 1915 eingerichtet worden war. Für die Fleischversorgung wurde am 20. Januar 1916 die Bayerische Fleischbeschaffungsstelle geschaffen, die neben der Registrierung der Viehbestände für Ablieferung und Ausfuhr zuständig war. Zur Futtermittel- und Saatgutversorgung wurde am 7. Mai 1915 die Landesfuttermittelstelle eingerichtet, bzw. für das Saatgut am 30. November 1917 die Bayerische Landessaatgutstelle abgezweigt.

Alle diese Stellen übten ihre Tätigkeit teils über Kreisbevollmächtigte auf Regierungsbezirksebene, teils über die Kommunalverbände aus. Die Zuständigkeitsbereiche dieser Kommunalverbände fielen meist mit den entsprechenden Bezirksämtern bzw. Stadtmagistraten zusammen, deren Vorstände häufig auch den Vorsitz in der Verwaltung der Kommunalverbände besaßen⁴. Besondere Kontrollen konnten auch durch die Kreisbevollmächtigten durchgeführt werden⁵, für die Oberpfalz etwa war der Kreisbevollmächtigte Dr. Probst in Regensburg zuständig. Die Kommunalverbände regelten nicht nur die Lebensmittelablieferungen⁶, sondern sie verteilten auch die von den Landesstellen zugewiesenen Kontingente⁷ oder gaben die Regelung von Höchstpreisen weiter⁸.

Die Rolle der Kreisbevollmächtigten oder Kommunalverbände als gerechte Einnahmer und Verteiler wurde von kaum jemanden aus der Bevölkerung akzeptiert. Es erhoben sich Klagen über ungerechte Ablieferungssätze und unzureichende Verteilung und es trifft wohl zu, daß die staatlichen Stellen zu sehr als Behörden agierten und recht rücksichts- und verständnislos ihre Anordnungen erließen. So erschien am 4. Januar 1918 in der „Grenzzeitung Waldsassen“ ein Aufruf an die Landwirte, Heu und Stroh für den Heeresbedarf abzuliefern; wer andauernd mit seinen Lieferungen im Rückstand bleibe, dem würden die Pferde

⁴ Vgl. entsprechend gezeichnete Anzeige des Kommunalverbandes Weiden durch den rechtskundigen Bürgermeister Knorr als Vorstand, in: WA 4, 5. 1. 18.

⁵ Solleder, S. 176.

⁶ Säumige Getreideablieferung gemäß geregelt durch Kommunalverband Weiden, in: WA 65, 18. 3. 18.

⁷ Solleder, S. 179.

⁸ Höchstpreis für die Zuckerrübenerte 1918, in: WA 214, 16. 9. 18.

für den Heeresbedarf abgenommen⁹. Ein Beispiel für die häufig Unwillen erregenden Vorschriften ist die Neuregelung des Ferkelhandels vom Januar 1918, in der der Landwirt pro Pfund 1,60 M erhielt, während dem Kommissionär pro Kopf 11 M bezahlt wurden und dieser damit fast soviel erhielt wie der Verkäufer selbst. Als das Sekretariat des Oberpfälzischen Bauernvereins eine diesbezügliche Anfrage um Reduzierung der Provisionshöhe an die Bayerische Fleischversorgungsstelle richtete, antwortete diese, daß, wenn der Ferkelhandel so wie bisher belassen worden wäre, es keine Ablieferung an das Heer gegeben hätte¹⁰. Doch durch die Erhöhung der Provision wurde nicht die Ablieferwilligkeit der Bauern vergrößert, sondern wohl nur die Kommissionäre angespornt, so viele Tiere wie möglich einzufordern. Auch die Regelung der Preise war meist ungenügend, die festgesetzten Ablieferungspreise wurden durch freien Verkauf unterlaufen. In der Gemeinde Pechofen ging deshalb die Butterablieferung stark zurück, da die Bäuerinnen von staatlicher Seite nur 1,90 M für das Pfund erhielten, anderweitig jedoch bis zu 2,50 M erzielen konnten¹¹. Ungerecht konnte es trotz festgelegter Höchstpreise bei der Abrechnung für Vieh zugehen; in Tirschenreuth beanstandeten Bauern, daß das zum Transport getriebene Jungvieh erst an der Bahn gewogen wurde. Das abgetriebene Vieh von den Landwirten, die weiter von der Bahn weg wohnten, mußte mehr an Gewicht verloren haben als das der anderen, aber darauf wurde beim Wiegen keine Rücksicht genommen¹². Widersetzte sich jemand der von ihm als ungerecht empfundenen Viehablieferung, dann konnte er mit keinem Verständnis seitens der Behörden rechnen. Am 13. Mai 1918 wurden zwei Gütlerskinder aus Gütern bei Fuchsmühl, die am 19. März bei der Beschlagnahme eines Rindes Widerstand geleistet hatten, vom Schöffengericht Waldsassen zu 450 M Geldstrafe und zum Tragen der Prozeßkosten verurteilt¹³. Am 19. Mai hieß es im Wochenbericht der Regierung in Regensburg, daß sich die Ablieferung von Vieh immer schwieriger gestalte und daß nur noch geringgewichtige Tiere zur Ablieferung gelangten¹⁴; wie schlimm es stand, zeigte sich noch im gleichen Monat in Reuth bei Erbdorf, wo von 30 aufzubringenden Stück Vieh nur 17 beim dortigen Bahnhof angeliefert worden waren¹⁵.

Die Ablieferung von Brotgetreide konnte bereits zum Jahresbeginn 1918 nicht mehr voll kontrolliert werden. So fehlten dem Kommunalverband Weiden von der abzuliefernden Menge in der ersten Januarwoche noch 700 Ztr.¹⁶. Mitte März sah sich der Kommunalverband erneut gezwungen, die immer noch ausstehenden 432 Ztr. bei Androhung scharfer Strafen und Ermittlung der säumigen Ablieferer durch Feldbeobachtung energisch einzufordern¹⁷.

Ein weiteres Ärgernis für die Bauern war die Knappheit an Gebrauchsgütern, die zudem noch teuer gekauft werden mußten, denn obwohl man für die eingeforderten Tiere und Feldfrüchte Höchstpreise festgesetzt hatte, waren die amtlichen Stellen nicht in der Lage, den Landwirten entsprechend günstige Angebote

⁹ GZ 3, 4. 1. 18.

¹⁰ GZ 10, 12. 1. 18.

¹¹ GZ 34, 9. 2. 18.

¹² TV 83, 9. 4. 18.

¹³ TV 112, 14. 5. 18.

¹⁴ WB 672, 19. 5. 18.

¹⁵ TV 123, 28. 5. 18.

¹⁶ WA 8, 10. 1. 18.

¹⁷ WA 66, 19. 3. 18.

zum Erwerb von in der Landwirtschaft benötigten Bedarfsgegenständen zu machen¹⁸.

2. Die Verteilung von Lebensmitteln

Die Bewohner der Städte der Nördlichen Oberpfalz, die beim Erwerb von wichtigen Grundnahrungsmitteln auf die Lieferungen der Kommunalverbände angewiesen waren, konnten häufig nicht einmal die staatlich festgelegten Mindestmengen erhalten. Vor allem bereitete die Versorgung mit Milch und Fett oft nahezu unlösbare Probleme, wofür jedoch nicht nur die Unfähigkeit der Verteilungsorganisation verantwortlich zu machen war, sondern auch die mangelnde Ablieferung der Erzeuger. So kam es im Bezirksamt Tirschenreuth zu zahlreichen Klagen über die Ernährungsverhältnisse, vor allem Milch und Fett betreffend, und am Amtstag des Bezirksamtmanns in Waldsassen in der dritten Aprilwoche 1918 beschwerten sich 80 Frauen so heftig, daß es nur dem Amtmann persönlich gelang, sie zu beruhigen¹⁹. Herrschte auch nicht bei allen Nahrungsmitteln Mangel, in Tirschenreuth konnte man am 22. Mai noch 150 Ztr. Kartoffel zur Hilfeleistung nach dem böhmischen Eger schicken²⁰, und setzten sich auch vereinzelt Kartoffelbauvereine durch (in Wildenreuth konnte der dortige Verein die ganze Umgegend mit Saatkartoffeln versorgen)²¹, so blieb doch ein empfindlicher Engpaß an Milch-²² und Getreideprodukten²³, die zu einer einigermaßen ausgewogenen Ernährung gehörten, und noch seltener waren Genußmittel²⁴. Maßnahmen, die die Versorgung mit den nötigen Lebensmitteln rationalisieren sollten, gab es nur vereinzelt, wie in Weiden, wo Mitte September die Ablieferung der in der Umgegend produzierten Milch zentralisiert wurde, einmal um die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern, nicht zuletzt aber auch, um es den Bauern zu erschweren, mehr Milch als erlaubt zurückzuhalten²⁵. Zu den Beschaffungsschwierigkeiten kamen zuweilen noch ungerechte Verteilungsmethoden hinzu, bei denen die Profitgier der mit der Verteilung beauftragten Einzelhändler keine geringe Rolle spielte. In Erbdorf erhielten nach zahlreichen vorgenommenen Schweineschlachtungen gut situierte Bürger anstandslos ihr Fleisch, einfachen Leuten wurde gesagt, es sei ausgegangen, obwohl der Metzger den Verkauf noch angekündigt hatte. Dieses Verhalten führte zu zahlreichen unliebsamen Auftritten, bei denen einmal auch die Gendarmerie einschreiten mußte²⁶. In Waldsassen gelangte das Fleisch nach der Liste der Markenbesitzer in alphabetischer Reihenfolge zur Ausgabe²⁷, wohl ein Versuch einer gerechten Verteilung, doch wurde er von den am Schluß der Liste stehenden Personen als Benachteiligung empfunden. Pro Kopf standen während des Fleischmangels im März 1918 einem

¹⁸ WB 871, 7. 7. 18.

¹⁹ WB 514, 21. 4. 18.

²⁰ TV 119, 23. 5. 18. Als 1814 Tirschenreuth niedergebrannt war, kamen die ersten Wagen mit Hilfsgütern aus Eger, die Kartoffellieferung galt als schuldige Revanche.

²¹ TV 127, 2. 6. 18.

²² WA 3, 4. 1. 18.

²³ WA 177, 2. 8. 18. Ein Bauer im Stiftland erhielt nach dem Ausdreschen von zwei Fuhren Getreide nur vier Liter Korn.

²⁴ WA 124, 16. 9. 18. Heidelbeerblätter wurden gesammelt und als Tabak- und Teeersatz verkauft.

²⁵ WA 211, 13. 9. 18.

²⁶ GZ 29, 3. 2. 18.

²⁷ GZ 65, 17. 3. 18.

Einwohner Waldsassens statt einem halben nur mehr ein Viertelpfund Fleisch zu, während in bestimmten Gaststätten gegen entsprechend hohe Bezahlung Fleisch ohne Marken in beliebigen Mengen zu bekommen war, so daß das Vertrauen des einfachen Mannes in eine gerechte Lebensmittelverteilung stark erschüttert war ²⁸.

3. Hamsterei und Schleichhandel

Das letzte oben genannte Beispiel leitet über zu einem Problem, das während des ganzen Krieges vorhanden war und nicht abgestellt werden konnte, dem der Hamsterei und des Schleichhandels. In diesem Abschnitt soll deren Einfluß auf die allgemeine Versorgungslage untersucht werden. Dabei ist zunächst zu unterscheiden zwischen der Hamsterei, der illegalen Lebensmittelbeschaffung vom Erzeuger in kleinen Mengen, und dem Schleichhandel, bei dem meist mehrere kleine Aufkäufer für einen großen Lebensmittelschieber, große gastronomische Betriebe usw. arbeiteten. Während das Hamstern von Einzelpersonen durch deren massiertes Auftreten eine Gefahr für die Versorgung darstellte, so bedrohte sie der über viele Stellen organisierte Schleichhandel durch das Abführen großer Lebensmittelmengen. Die Hamsterei war für den Einzelnen oft das einzige Mittel, die knappen offiziellen Rationen aufzubessern, während die von Schleichhändlern erworbenen Güter nicht den Bedürftigen zugute kamen, sondern an gehobene Restaurants und Hotelküchen oder an vermögende Einzelpersonen weiterverkauft wurden. In der Nördlichen Oberpfalz kamen Aufkäufe großen Stils vor allem durch Schwarzhändler aus Sachsen und Böhmen vor, während die Zahl der kleinen Bettler, die sich immer mehr vergrößerte, neben Einheimischen vorwiegend aus Böhmen bestand, die über die nahe Grenze kamen, da einfache Hamsterer sich eine weite Reise nach Bayern und den Abtransport der ergatterten Lebensmittel nach Hause nicht leisten konnten. Nach dem sogenannten „Hamstererlaß“ des Innenministeriums vom März 1918 ²⁹, der die Beschaffung kleinerer Mengen von Eßwaren von Freunden und Bekannten erlaubte, geriet die Zahl der kleinen Hamsterer völlig außer Kontrolle, egal, ob sie für sich oder für Schleichhändler tätig waren ³⁰.

Der „Weidener Anzeiger“ vom 28. Mai 1918 veröffentlichte einen Artikel über Schleichhändler aus Sachsen, die die Nördliche Oberpfalz überschwemmten und durch das Bezahlen von sehr hohen Preisen die Ernährung der Bevölkerung gefährdeten. So wurden etwa für zehn halbflügge Gänselein 450 M, für ein 18 Tage altes Gänseküken 18 M bezahlt ³¹. Einem Bericht des „Tirschenreuther Volksboten“ zufolge kamen Schleichhändler aus Böhmen mit dem Planwagen bis an die Grenze, um die gehamsterten Waren in größeren Orten, z. B. Tachau, zu Wucherpreisen zu veräußern ³². Neben den berufsmäßigen Schleichhändlern gab es noch ganze Scharen von Hamsterern, die nicht nur für Geld, sondern auch für Wäsche, Porzellan, Petroleum u. ä. Lebensmittel eintauschten ³³. Die Tagespresse dieser Zeit ist voller Meldungen über entdeckte Hamstersendungen im Gepäck von Urlaubern, Bahnreisenden und Wanderern. Zu der Ausweitung von Schleich-

²⁸ GZ 71, 24. 3. 18.

²⁹ Ay, S. 171, 176.

³⁰ Vgl.: Ay, S. 97.

³¹ WA 122, 28. 5. 18.

³² TV 148, 27. 6. 18.

³³ GZ 165, 19. 7. 18.

handel und Hamsterei muß auch gesagt werden, daß die Landwirte die überhöhten Preise, die sie geboten bekamen, nicht nur akzeptierten, sondern auch selbst lieber Lebensmittel für höheren Profit unter der Hand verkauften, als sich an amtliche Höchstpreise zu halten und dadurch die Preise immer weiter in die Höhe trieben. Für ein zweieinhalb Zentner schweres Schwein etwa wurden einmal 1200 M geboten, der Besitzer hingegen forderte 1500 M³⁴. Im Industriegebiet der Nördlichen Oberpfalz, der Ort wurde nicht näher bezeichnet, wurde ein Bauer zu einer hohen Geldstrafe verurteilt, weil er sich entgegen der Anordnung seiner Gemeinde geweigert hatte, einem Bahnarbeiter täglich einen Liter Milch abzugeben. Er erklärte ganz offen, er sei zwar in der Lage, Milch abzugeben, aber der amtliche Höchstpreis genüge ihm nicht. Kurz vorher war er bereits zu 1500 M Geldstrafe wegen Überschreitung der Höchstpreise für Nutzvieh verurteilt worden³⁵.

Die Getreideversorgung litt ebenfalls unter dem Schleichhandel, besonders durch das „Schwarzmahlen“ verheimlichter Bestände. Mitte März wurde in Ludenried bei Vohenstrauß eine Mühle wegen mehrfacher Zuwiderhandlung gegen kriegswirtschaftliche Verordnungen gesperrt³⁶. Ähnlich in Themenreuth Ende September, wo das Bezirksamt Tirschenreuth eine Mühle wegen grober Verfehlungen gegen die Mahlvorschriften schließen ließ³⁷. In einem Privathaus am Ortsrand von Weiden wurden im April 1918 zehn Zentner Getreide entdeckt. Die Erklärung der Bewohner, das Korn stamme vom Ährenlesen, klang wenig glaubhaft³⁸. Aus den eben angeführten Beispielen wird ersichtlich, daß Schleichhandel und Hamsterei keine einseitig zu verantworteten Mißstände darstellten. Käufer und Verkäufer trugen neben der wirtschaftlichen Not als eigentlichem Grund ebenfalls die Verantwortung und daher war es auch der Regierung kaum möglich, den illegalen Markt einzudämmen. Sie sah sich sogar gezwungen, ihn zumindest in kleinem Maßstab als legitime Selbstversorgungsmethode zu akzeptieren³⁹.

4. Leuchtmittel- und Brennstoffmangel

Ein Mangel, der von der Stadt- und Landbevölkerung besonders intensiv empfunden wurde, war das Fehlen von Leuchtmitteln, vor allem Karbid und Petroleum, und von Brennstoffen, d. h. Benzin und Kohle. Insbesondere auf den Dörfern, wo 1918 noch kaum elektrisches Licht vorhanden war, war die Knappheit an Petroleum für die Wohnungsbeleuchtung gerade in der Winterzeit schwer zu spüren. Der Kommentar zu einer Meldung der „Grenzzeitung Waldsassen“ vom 1. Februar 1918, in der von der Entdeckung eines geheimen Ollagers beim Inhaber der Verteilungsstelle für landwirtschaftliches Petroleum in Fuchsmühl berichtet wird, gibt eine eindrucksvolle Schilderung der Auswirkungen der Knappheit: „Die armen Leute, die keine Wucherpreise zahlen können, müssen ihre Suppe oft im Finstern essen und den Lichtschein der Ofenklappe zum Anziehen benutzen“⁴⁰.

³⁴ GZ 169, 24. 7. 18. Amtl. Preis: 1,60 M pro Pfund.

³⁵ GZ 165, 19. 7. 18.

³⁶ WA 59, 11. 3. 18.

³⁷ GZ 227, 1. 10. 18.

³⁸ WA 92, 10. 4. 18.

³⁹ Siehe oben S. 133, Anm. 29.

⁴⁰ GZ 27, 1. 2. 18.

Noch wichtiger als das Beleuchtungsproblem aber war die Versorgung mit Brennstoffen für Hausbrand und Arbeit. Versuchte man die Brennstoffmenge für den Hausbrand durch staatliche Zuweisungen von Brennholz aus den Staatswaldungen zu ergänzen⁴¹, so wurde der Mangel im landwirtschaftlichen Betrieb etwa beim Ausdreschen des Getreides fühlbar. Die Bauern von Neualbenreuth sollten die bei ihnen beschlagnahmten Brotgetreidemengen sofort ausdreschen und sich bei Brennstoffmangel an die Vermittlungsstelle der Landesgetreidestelle wenden, doch diese konnte nur in ungenügendem Maße Treibstoff für die Dreschmaschinen liefern⁴². Schon Anfang 1918 wurden daher Werbekampagnien begonnen, um elektrische Energie für Beleuchtung und Arbeit auf die Dörfer legen zu lassen, die von den Bezirksämtern und der Regierung der Oberpfalz begrüßt wurden. Da die Bauern die Installationen jedoch selbst finanzieren mußten, vergingen noch Monate bis zum endgültigen Anschluß an die Stromversorgung⁴³. Bis dahin konnten gerade die Landwirte Petroleum nur gegen die Abgabe von Lebensmitteln erwerben⁴⁴. Paradoxiertweise mußten dann aber die Elektrizitätswerke ihre Kunden wegen Kohlenmangel auffordern, den Verbrauch von Strom einzuschränken und gar mit teilweiser oder gänzlicher Abschaltung drohen⁴⁵. Wurde die Kohle knapper und stiegen die Preise, so wurde, wie im Falle der Elektrizitätsgesellschaft Bayreuth, die auch die Nördliche Oberpfalz versorgte, der Strompreis ebenfalls erhöht⁴⁶.

Obwohl durch den allgemeinen Kohlenmangel verstärkt auf die in der Nördlichen Oberpfalz, wie etwa in Erbdorf, geförderte Kohle zurückgegriffen wurde, so führten doch die vergleichsweise geringen Vorkommen und die begrenzten Förderkapazitäten zu keiner wesentlichen Besserung⁴⁷. Die staatlicherseits entsprechend angewiesenen Forstämter stellten Brennholz ebenfalls nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Nur so sind wohl die ausgedehnten Forstfrevell zu erklären, wie Ende Mai in Parkstein⁴⁸. Im Raum Weiden kam es zu einer einzigen großen Holzverteilung, die am 12. Februar angekündigt wurde. 55 000 Festmeter Brennholz und 15 000 Ster Papierholz sollten zur Verteilung gelangen⁴⁹. Als Ersatz für Kohle war Holz allerdings nur begrenzt zu gebrauchen, es eignete sich kaum zur Befuerung von Glas- und Porzellanhochöfen, von Backöfen oder zum Heizen von Lokomotiven. Die Eisenbahn mußte wegen Kohlenmangels immer häufiger Züge ausfallen lassen⁵⁰, wodurch nicht zuletzt auch Beförderungskapazität für Lebensmittel verlorenging.

Dazu kamen noch die drohenden Betriebseinstellungen der nordoberpfälzer Industrie, die, da sie vorwiegend Glas und Porzellan herstellte, auf eine ausreichende Befuerung ihrer Schmelzöfen angewiesen war. Wegen der Nähe zu den

⁴¹ GZ 28, 2. 2. 18. Anweisung des Finanzministeriums, für die Bevölkerung Heizholz aus den Staatsforsten zur Verfügung zu stellen.

⁴² GZ 3, 4. 1. 18.

⁴³ So in Neualbenreuth, in: GZ 31, 6. 2. 18. Anschluß fertiggestellt im November 1918, in: GZ 278, 29. 11. 18.

⁴⁴ GZ 47, 24. 2. 18.

⁴⁵ GZ 61, 13. 3. 18.

⁴⁶ GZ 164, 18. 7. 18.

⁴⁷ TV 148, 27. 6. 18.

⁴⁸ OK 123, 29. 5. 18.

⁴⁹ WA 36, 12. 2. 18.

⁵⁰ GZ 29, 23. 1. 18.

böhmische Kohlerevieren versorgten sich die Betriebe überwiegend mit Kohle von dort, die über die Grenzübergänge Eger, Schirnding und Hof in den nord-oberpfälzer Raum gelangte. So bezog die Porzellanfabrik Mitterteich AG in Mitterteich, wie entsprechende Frachtbriefe zeigen, einen großen Teil ihrer Kohle aus den Gruben bei Zwodau-Davidstal und Rositz⁵¹. Bis zum November 1918 nahm die Gefährdung der Industrie allerdings noch keine konkrete Gestalt an. Im Februar 1918 bezeichnete ein Artikel in der „Grenzzeitung Waldsassen“ die oberpfälzer Porzellanindustrie als gut im Geschäft⁵², während die Maximilianshütte in Rosenberg etwa, eine Eisenhütte, bereits Anfang Februar ihren Betrieb wegen des Kohlenmangels einschränken mußte⁵³. Erst mit dem Kriegsende in Österreich-Ungarn und den einsetzenden Unruhen in den böhmischen Kohlerevieren⁵⁴ im November 1918 traten die ersten ernsthaften Versorgungsschwierigkeiten mit Kohle ein.

Nach Ende des Krieges sah sich die Industrie in der Nördlichen Oberpfalz wie auch in Bayern und ganz Deutschland vor die Aufgabe gestellt, ihre Produktion von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft umzustellen. Einigermaßen erleichtert wurde ihr diese Aufgabe dadurch, daß die eigentliche Kriegsindustrie in der Oberpfalz nur wenig vertreten war⁵⁵. Gerade im Norden dieses Regierungsbezirks waren vor allem Glas- und Porzellanbetriebe angesiedelt, die, wenn überhaupt, nur mittelbar als kriegswichtig anerkannt waren⁵⁶. Auf der anderen Seite bedeutete die Fortdauer der Zwangs- und Kommunalwirtschaft eine Behinderung des allmählichen Wiederaufbaus des Wirtschaftslebens⁵⁷. Am schwersten wirkte sich aber der ständige Mangel an Kohle auf die Industriebetriebe aus. Am 11. November 1918 ließ die Glashütte in Windisch-Eschenbach verlauten, daß bei Fortdauer des Mangels an böhmischer Kohle Ofenstilllegungen nicht zu vermeiden sein würden⁵⁸. Die Regierung der Oberpfalz war sich der Beschaffungsschwierigkeiten durchaus bewußt, doch wußte sie kein Mittel der Abhilfe, als sie die Staatsregierung in München um Besserung der Zustände bat, um Unruhen in den oberpfälzer Industriegebieten zu vermeiden⁵⁹. Einige der Ursachen der Lieferschwierigkeiten lagen aber auch außerhalb der Zuständigkeit bayerischer oder deutscher Stellen. Die Unruhen in den oberschlesischen Bergbaurevieren, wie Ende November bei Ratibor⁶⁰, beeinflussten die Lieferkapazitäten für die Oberpfalz, doch konnte man dort nichts dagegen unternehmen. Anfang Dezember mußten in vielen Orten Glas- und Porzellanbetriebe ihre Produktion einschränken oder einstellen⁶¹. In Weiden mußten Betriebe, die mit elektrischer Energie versorgt wurden, zu dieser Zeit Einschränkungen bis zu 60 % hinnehmen, weil die E-Werke vorwiegend mit Kohle arbeiteten⁶². Ende Februar 1919 war

⁵¹ KV, Frachtbriefe von Februar und März.

⁵² GZ 39, 15. 2. 18.

⁵³ WB 196, 4. 2. 18.

⁵⁴ GZ 278, 29. 11. 18.

⁵⁵ JHR 1919, S. 1.

⁵⁶ JHR 1919, S. 56: Als Zulieferer für Heeres- und Lazarettausrüstung.

⁵⁷ JHR 1919, S. 3.

⁵⁸ WA 261, 11. 11. 18, GZ 263, 12. 11. 18.

⁵⁹ WB 1463, 25. 11. 18.

⁶⁰ GZ 278, 29. 11. 18.

⁶¹ WB 1495, 1. 12. 18.

⁶² WA 282, 5. 12. 18.

dann auch die Förderung aus den Gruben in Wackersdorf (10 330 t pro Woche) und Haidhof (1080 t pro Woche) gefährdet, als die Belegschaft in Haidhof mehr Lohn forderte und mit Streik drohte. Für den 25. Februar wurden darüber Verhandlungen in Regensburg angesetzt⁶³. Daß am 7. April in München die Räterepublik ausgerufen worden war, machte sich wirtschaftlich bereits zwei Tage später bemerkbar. Der tschechisch-slowakische Staat und Sachsen sperren einer Meldung der „Grenzzeitung Waldsassen“ zufolge die Zufuhr von Kohle nach der Nördlichen Oberpfalz und ganz Bayern vollständig⁶⁴. Auswirkungen des Kohlenmangels auf die Erwerbslosenzahlen waren, wie in Weiden, ebenfalls nicht mehr zu übersehen⁶⁵.

5. Der Arbeitsmarkt

Der oben beschriebene Kohlenmangel mußte zwangsläufig zu Auswirkungen auf dem Stellenmarkt führen. Als die Glasfabrik in Windisch-Eschenbach die Betriebseinstellung befürchtete, warnte sie gleichzeitig vor einem dadurch nicht zu vermeidenden Verlust an Arbeitsplätzen⁶⁶. Dafür boten nichtindustrielle Wirtschaftszweige wie die Forstwirtschaft gerade für den Winter viele Stellen an und erklärten sich auch bereit, heimgekehrte Soldaten einzustellen⁶⁷. Da jedoch wegen der guten Auftragslage der Glas- und Porzellanindustrie die Arbeitsaussichten in den Fabriken als günstig galten⁶⁸, nahm kaum jemand diese Angebote wahr, und obwohl der Kohlenmangel eine Auslastung der Betriebe verhinderte, waren dort so viele Arbeiter vorhanden, daß es bisweilen zu Doppelbelegungen der Arbeitsschichten kam, nicht zuletzt deshalb, weil auf Grund der Demobilisierung die alten Arbeiter wieder auf ihre Stellen zurückkamen⁶⁹. Um das Angebot und die Nachfrage von Arbeitsplätzen regeln zu können, wurden bei einigen Gemeindeverwaltungen kostenlose Arbeitsvermittlungsstellen eingerichtet, wie in Waldsassen⁷⁰ und Mitterteich⁷¹ Ende November bzw. Anfang Dezember 1918. Als sich herausstellte, daß nicht alle die verhältnismäßig gut bezahlten Arbeitsplätze in den Glas- und Porzellanbetrieben erhalten konnten, begann sich bereits im Dezember 1918 stellenweise Arbeitsunlust bei denen zu verbreiten, die sich mit schlechter bezahlten oder unbeliebten Stellen hätten begnügen müssen⁷². Diese ging so weit, daß man in Weiden ärztliche Untersuchungen für angeblich Arbeitsunfähige forderte und bei offensichtlicher Arbeitsunlust die Streichung der Erwerbslosenfürsorge⁷³. Daß die Arbeitsunlust sich aber nicht auf alle Stellenangebote erstreckte, zeigt der Jahresbericht der Handelskammer von 1919, in dem es heißt, daß von einer Arbeitsunlust in der Porzellanindustrie nichts zu spüren gewesen sei⁷⁴.

⁶³ WB 188, 24. 2. 19.

⁶⁴ GZ 84, 10. 4. 19.

⁶⁵ WB 318, 31. 3. 19.

⁶⁶ GZ 263, 12. 11. 18.

⁶⁷ WA 270, 21. 11. 18.

⁶⁸ WB 1463, 25. 1. 18.

⁶⁹ JHR 1919, S. 60.

⁷⁰ GZ 280, 1. 12. 18.

⁷¹ ASBBR, Erster Antrag des Arbeiterrates 6. 12. 18.

⁷² WB 1604, 30. 12. 18.

⁷³ WA 294, 19. 12. 18.

⁷⁴ JHR 1919, S. 58.

Nach der Machtergreifung Eisners war die Lage auf dem Arbeitsmarkt die gleiche wie vorher. Daß Ende Februar die Betriebe in Neustadt/WN. ihre Arbeit wegen erfolgter Kohlenlieferungen wieder voll aufgenommen hätten, war eine widersprüchliche Angabe im Wochenbericht der Regierung der Oberpfalz, da es im folgenden weiter heißt, daß die Bezirksämter Tirschenreuth und Neustadt/WN. die höchsten Arbeitslosenzahlen mit 1468 bzw. 374 Erwerbslosen besaßen. Als Ursache wurden die Betriebseinschränkungen der Glas- und Porzellanindustrie in den beiden Amtsbezirken angegeben, so daß sich ein Widerspruch zur ersten Meldung im gleichen Bericht über den vollen Betrieb der Fabriken in Neustadt/WN. ergibt ⁷⁵. Die Arbeiter gingen im März dazu über, höhere Lohnforderungen zu stellen und es entstand mancherorts die Ansicht, Forderungen von einer Mark und mehr pro Stunde seien übertrieben. Um dergleichen Meinungen entgegenzutreten, sandte ein Anonymus aus Mitterteich an die „Grenzzeitung Waldsassen“ eine detaillierte Aufstellung der reinen Lebensmittelkosten einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie, also ohne Bekleidung, Reparaturen, Arztkosten, Schulmaterial etc., die zusammen 45,85 M betragen ⁷⁶. Wenn man die Forderung von einer Mark pro Stunde und den Achtstundentag bei einer Sechstageswoche zugrunde legt, dann würde der Verdienst eines Familienvaters von 48 M gerade ausreichen, die Lebensmittel für seine Familie zu erwerben. Da die Löhne bisher niedriger lagen, erscheinen die Forderungen der Arbeiter nicht überhöht. Die Lage der Industriearbeiter erregte auch im Ausland Interesse. Am 27. März besuchte eine englische Kommission unter der Führung eines Gewerkschaftssekretärs aus Nürnberg den Amtsbezirk Tirschenreuth, wo sie sich über die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Ernährungslage der Industriearbeiter informieren wollte. In Mitterteich besuchten sie die Glasfabrik und der Bezirksamtman von Tirschenreuth erläuterte ihnen dort die Lage der Arbeiterschaft ⁷⁷. Das Bezirksamt Tirschenreuth besaß am 22. April 1646, Neustadt/WN. 297, Vohenstrauß 191 und Weiden 417 Arbeitslose ⁷⁸. Die im Vergleich überaus hohe Zahl von Erwerbslosen in Tirschenreuth ist wohl durch die Konzentration von kohleabhängigen Glas- und Porzellanbetrieben dort zu erklären. Es gab dort fünf Industrieorte, Waldsassen, Mitterteich, Tirschenreuth, Wiesau und Walderhof, während es im Bezirk Neustadt-Weiden drei Orte waren, nämlich Weiden, Neustadt/WN. und Windisch-Eschenbach und im Bezirk Vohenstrauß nur die Stadt Vohenstrauß selbst.

6. Die Erwerbslosenfürsorge

Der Hauptgrund, der es den Arbeitssuchenden ermöglichte, unbeliebte Arbeit abzulehnen, war die Erwerbslosenfürsorge, die am 13. November 1918 durch das Reichsministerium für Wirtschaftliche Demobilmachung eingeführt wurde. Darin wurden Gemeinden und Gemeindeverbände angewiesen, Erwerbslosen über 14 Jahren eine angemessene Unterstützung zukommen zu lassen, deren Art und Höhe ihre Verwaltungen selbst bestimmen konnten. Vom Reich sollten die Gemeinden sechs Zwölftel, vom zuständigen Bundesstaat, in diesem Fall Bayern,

⁷⁵ WB 188, 24. 2. 19.

⁷⁶ GZ 63, 16. 3. 19. Detaillierte Aufzählung von Grundnahrungsmitteln angegeben für eine Woche.

⁷⁷ WB 318, 31. 3. 19.

⁷⁸ WB 400, 22. 4. 19.

vier Zwölftel der auszugebenden Gelder erhalten⁷⁹. Anfang Dezember war in der Nördlichen Oberpfalz überall die Einrichtung der Fürsorge im Gange und in der ersten Woche wurde sie bereits so in Anspruch genommen, daß von den Gemeinden höhere Vorschüsse verlangt wurden⁸⁰. Mitte Dezember war die Erwerbslosenfürsorge dann überall eingeführt und am Ende desselben Monats begannen schon bei einigen Gemeinden die Mittel knapp zu werden. Das Bezirksamt Tirschenreuth meldete der Regierung der Oberpfalz, daß es schwierig sei, Vorschüsse für Erwerbslose aufzubringen, da allein für die Arbeiter der Glasfabrik Mitterteich monatlich 40 000 M benötigt würden⁸¹. Am 9. Januar 1919 berichtete das Bezirksamt Neustadt/WN. an die Kammer des Innern der Regierung in Regensburg, daß wegen des Ausbleibens staatlicher Mittel die Distriktsräteversammlungen von Weiden und Neustadt/WN. am 26. bzw. 29. November 1918 beschlossen hätten, einen Kredit bei der Filialbank Amberg zu beantragen. Jetzt bestünde die Möglichkeit, einen Zwischenkredit von 100 000 M zu erhalten. Die Regierung wurde dringend um die Genehmigung der Kreditaufnahme gebeten, da die Mittel der Distrikte für die Erwerbslosenfürsorge nicht mehr lange ausreichen würden⁸². In ihrem Antwortschreiben beanstandete die Regierung das nicht erlaubte Vorgehen des Bezirksamts und machte weitere Zustimmung von der nachträglichen Beantragung auf Bewilligung des ersten Kredits abhängig⁸³. Am 22. Januar suchte das Bezirksamt Neustadt/WN. erneut dringend um Zustimmung nach, da bei Ausbleiben der Geldmittel blutige Unruhen nicht auszuschließen seien⁸⁴. Für den 24. Januar findet sich dann eine Kreditbewilligung der Filialbank Amberg für die Erwerbslosenfürsorgestelle des Bezirksamts Neustadt/WN. in Weiden in Höhe von 100 000 M⁸⁵.

Die Zeit, die vom Beschluß zur Aufnahme eines Kredits bis zum Erhalt des Geldes verging, zeigt, wie die Amtswege eine schnelle Ausgabe der Fürsorge verzögern konnten.

Die verhältnismäßig großzügig ausgegebene Erwerbslosenfürsorge stellte jedoch auch eine Verlockung dar, die einen Andrang von unbegründeten Ansprüchen zur Folge hatte. In einer Landgemeinde in der Oberpfalz bewarben sich fast sämtliche männliche Personen mit dem Bürgermeister an der Spitze um die Unterstützung, obwohl sie Bodenbesitz von je 25 bis 30 Tagwerk und sechs bis zwölf Stück Nutzvieh ihr eigen nannten⁸⁶.

Den Arbeitslosen, die keine gewünschte Beschäftigung fanden, wurde Gelegenheit geboten, bei den staatlichen und gemeindlichen Notstandsarbeiten eingestellt zu werden. Am 24. Februar 1919 waren in der Oberpfalz insgesamt 327 Mann bei staatlichen Tiefbau- und 194 Mann bei staatlichen Kulturbaumaßnahmen untergebracht, 600 waren in gemeindlichen Unternehmungen beschäftigt⁸⁷. Ende April waren es 736 Personen beim Tiefbau und 672 beim Kulturbau⁸⁸.

⁷⁹ RGB 1918, Nr. 6530, S. 1305 ff. Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge.

⁸⁰ WB 1525, 9. 12. 18.

⁸¹ WB 1604, 30. 12. 18.

⁸² NAD, 9. 1. 19. Bezirksamt Neustadt/WN. an Regierung der Oberpfalz.

⁸³ NAD, 22. 1. 19. Regierung der Oberpfalz an Bezirksamt Neustadt/WN.

⁸⁴ NA, 22. 2. 19. Bezirksamt Neustadt/WN. an Regierung der Oberpfalz.

⁸⁵ NA, 24. 1. 19. Bezirksamt Neustadt/WN. an Regierung der Oberpfalz.

⁸⁶ WB 188, 24. 2. 19.

⁸⁷ WB 188, 24. 2. 19.

⁸⁸ WB 425, 28. 4. 19.

7. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt

Ein weiteres Problem, das die schlechte Lage der Bevölkerung noch vergrößerte, war die Wohnungsnot. Im April 1918 klagte die Regierung in Regensburg bereits über eine allgemeine Wohnungsnot in der gesamten Oberpfalz⁸⁹. Zurückzuführen sei die momentane Situation auf den Mangel an Ziegeln und Platten, da die Ziegeleien, wie die anderen Betriebe auch, unter Kohlenmangel litten⁹⁰. Das Wohnungselend selbst jedoch hatte nach den Ausführungen der Regierung nicht erst mit dem Kriege begonnen, es sei eine jahrzehntelange Entwicklung im Gefolge der Industrialisierung gewesen, die von offizieller Seite nicht genügend beachtet worden sei. Durch die Wandlung der Dinge sei alles blitzartig in den Vordergrund getreten und der Staat sei teilweise mit an der jetzigen Lage schuld⁹¹. Der Krieg hatte allerdings nicht nur für eine Verknappung der Baustoffe gesorgt, sondern auch die Bodenpreise in die Höhe getrieben. So wurden in Floß 10 qm Bauland für 900 M verkauft, pro Tagwerk verlangte man 300 000 M⁹². In der öffentlichen Diskussion wurde auch eine Reform des Mietrechts gefordert. Der „Weidener Anzeiger“ verlangte, daß niemandem gekündigt werden sollte, wenn dieser obdachlos würde⁹³, er hatte schon vorher einmal einen Kündigungsschutz für Mieter und Schutz vor Mieterhöhungen gefordert⁹⁴. Im „Tirschenreuther Volksboten“ wurde geklagt, daß das jahrelange Aussetzen der Bautätigkeit an der jetzigen Misere schuld sei, in Tirschenreuth allein suchten 22 Familien eine Wohnung. Es wurde ein Wohnungsgesetz verlangt, das Besitzer leerstehender Zimmer und Wohnungen zwingen sollte, diese den Wohnungssuchenden zur Verfügung zu stellen⁹⁵. Manche Stadtverwaltungen versuchten durch drastische Maßnahmen der Wohnungsnot zu begegnen. In Waldsassen etwa erließ der Bürgermeister Hierl ein Zuzugsverbot für Fremde⁹⁶. Andernorts wurde die Gründung von gemeinnützigen Bauvereinen erwogen, wie in Weiden, wo schon im Mai 1918 eine diesbezügliche Diskussion mit einem kgl. Regierungsrat und dem Landeswohnungsrat Dr. Lohner stattfand⁹⁷. Einen Monat vorher war in Windisch-Eschenbach eine Genossenschaft für den Erwerb von Bauland gegründet worden, auf deren Gelände dann Kleinwohnungen errichtet werden sollten⁹⁸. Derartige Vereinigungen mochten eine gewisse Hilfe bieten, die hohen Bodenpreise konnten sie jedoch auch nicht senken, diese hielten sich bis in den April 1919⁹⁹.

8. Textilknappheit

Vor allem für die einfacheren Leute, die ihre Kleidung schon vom finanziellen Gesichtspunkt her nicht beliebig ergänzen konnten und keine allzu umfangreichen Garderoben besaßen, mußte sich die zunehmende Knappheit an Kleidung und

⁸⁹ WB 489, 14. 4. 18.

⁹⁰ WB 188, 24. 2. 19.

⁹¹ WB 400, 22. 4. 19.

⁹² TV 140, 18. 6. 18.

⁹³ WA 128, 5. 6. 18.

⁹⁴ WA 75, 30. 3. 18.

⁹⁵ TV 120, 24. 5. 18.

⁹⁶ GZ 96, 26. 4. 19.

⁹⁷ WA 122, 28. 5. 18.

⁹⁸ OK 100, 30. 4. 18.

⁹⁹ OK 75, 1. 4. 19. Klage über hohe Bodenpreise, in Neustadt/WN. bis zu 26 M pro Dezimale.

Nähmaterial spürbar auswirken. Durch den Kriegseintritt der USA fielen große Mengen überseeischer Baumwolle aus, und in Deutschland mußte versucht werden, dafür Ersatzstoffe zu finden. Im Januar 1918 wurde die Bayerische Nesselstelle geschaffen, die das Sammeln und Abliefern von Brennesselstengeln regeln sollte. Für 100 Kilo Brennesseln wurden 18 M bezahlt, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahrespreis um 100 Prozent¹⁰⁰. Im weiteren folgten von staatlicher Seite jedoch anstelle einer Verteilung daraus gefertigter Stoffe die Beschlagnahme auch von Ersatzstoffen, wie Spinnpapier oder Papiergarnen¹⁰¹. So ist es nicht verwunderlich, daß bei sich immer mehr häufenden Diebstählen vermehrt Kleider gestohlen wurden, wie es am 12. Februar in Weiden der Fall war¹⁰². Die Regelung der Verteilung von Bekleidungsgutscheinen half bedürftigen Personen aber nur wenig: Bezugsscheine wurden nur gegen die Abgabe alter, einigermaßen erhaltener Kleidungsstücke ausgegeben¹⁰³. Trotz umfangreicher Aufforderungen in der Tagespresse zur Abgabe von Oberbekleidung besonders für Männer, stieß die Ablieferung bei der städtischen und ländlichen Bevölkerung auf Ablehnung, ja sogar auf Widerstand¹⁰⁴. Die Werbeaktionen wurden meist nur für bestimmte Bevölkerungsgruppen gestartet, so im Juni Oberbekleidung für Angehörige der Rüstungsbetriebe¹⁰⁵, da jedoch gerade in der Nördlichen Oberpfalz wenig kriegswirtschaftlich wichtige Betriebe waren, erzielten die Anzeigen nur geringen Erfolg. Die meisten behielten ihre abgetragenen Sachen lieber, anstatt sie abzugeben und gegen Kleidung mangelhafter Qualität einzutauschen, oder sie verkauften sie unter der Hand¹⁰⁶. Die Unausgewogenheit staatlicher Regulierung auf dem Textilsektor zeigte sich, wenn ein Weidener Konfektionsgeschäft im Februar 1918 in der Zeitung mehrmals mit halbseitigen Anzeigen eine große Auswahl von Vorkriegsanzügen und -kostümen zum Verkauf anbieten¹⁰⁷ oder ein Mitterteicher Händler ein ganzes Lager von Anzügen und bezugsscheinpflichtigen Stoffen horten konnte, das erst Mitte Juli entdeckt wurde¹⁰⁸. Während derselben Zeit erließ der Kommunalverband Tirschenreuth einen dringenden Aufruf zur Abgabe von Anzügen, da er zur Altkleiderabgabe 470 Anzüge zu stellen habe und bisher nicht genügend eingetroffen seien¹⁰⁹. Auch von staatlicher Seite erfolgten Beschlagnahmen, wie Ende Juli die Beschlagnahme von Sonnenvorhängen und Stores in öffentlichen Gebäuden, von der sich 40 Millionen Meter Stoff für die Bekleidung der Zivilbevölkerung erhofft wurden¹¹⁰. Kamen schließlich einmal Kleidung oder Schuhe, ein ähnliches Problem, zur Ausgabe, dann waren sie so verteuert, daß ein Landarbeiter, nur um seine Familie zu kleiden, fast seinen gesamten Lohn ausgeben mußte, und ihm für die Ernährung nichts mehr blieb, so daß immer mehr zu unerlaubten Mitteln griffen und sich auf dem Lande Unsicherheit ausbreitete¹¹¹.

¹⁰⁰ WA 17, 21. 1. 18.

¹⁰¹ WA 31, 2. 2. 18.

¹⁰² WA 37, 13. 2. 18.

¹⁰³ WA 43, 20. 2. 18.

¹⁰⁴ WB 725, 2. 6. 18.

¹⁰⁵ WA 125, 1. 6. 18.

¹⁰⁶ GZ 40, 16. 2. 18.

¹⁰⁷ WA 41, 18. 2. 18, WA 49, 27. 2. 18, WA 132, 10. 6. 18.

¹⁰⁸ GZ 164, 18. 7. 18.

¹⁰⁹ GZ 157, 10. 7. 18.

¹¹⁰ GZ 174, 30. 7. 18.

¹¹¹ GZ 252, 29. 10. 18.

II. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Während des letzten Kriegsjahres stieg die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit unaufhaltsam an. Vor allem Eigentumsdelikte häuften sich und mit der steigenden Not nahm auch die Gewalt gegen Personen zu. Betrachtet man die verschiedenen Delikte, so kann man sie in zwei Kategorien einteilen, nämlich in solche, die aus persönlicher Not begangen wurden, und solche, die organisiert durchgeführt wurden, um durch den Verkauf des Diebesgutes Gewinn zu machen. Unter anderem zeigt sich hier auch ein weiterer Aspekt des Schleichhandels, der nicht nur, wie im vorigen dargelegt, zu einer Verminderung der verfügbaren Lebensmittelmengen führte, sondern durch seine Methoden, die vor Diebstahl nicht haltmachten, auch eine erhebliche Beeinträchtigung der Sicherheit besonders der ländlichen Gebiete darstellte.

Zwischen aus Not begangenen und geplanten Delikten zu unterscheiden, bereitet insofern Schwierigkeiten, als es genügend Grenzfälle gibt, die sich nicht eindeutig einordnen lassen. Im folgenden sollen daher unter „Organisierte Delikte“ nur diejenigen Straftaten erscheinen, bei denen rein persönliche Not nach Betrachtung der Umstände ausscheiden muß.

1. Delikte aus persönlicher Not

Persönliche Not führte nicht immer zu Diebstählen und Einbrüchen, und es wäre sicher falsch, jeden kleinen Hamsterer gleich für einen potentiellen Dieb zu halten, es gab jedoch auch Fälle, wo Personen auf das Mitgefühl der Landbevölkerung abzielend, sich als Notleidende ausgaben, um sich Zugang zu Haus und Hof zu verschaffen und dann zu plündern. Die Reaktion der Betroffenen war entsprechend und wachsendes Mißtrauen und der Ruf nach Bewaffnung der Bauern breitete sich auf dem Lande immer mehr aus.

Typisch für die kleineren Delikte sind der Diebstahl zweier Gänse im Wert von 60 M von einem Bauernhof in Engelsdorf bei Tirschenreuth¹ oder das Stehlen sämtlicher Hühner eines Hühnerhalters in Weiden, dem, das als Beispiel für die Dreistigkeit der Diebe, nur der magere Hahn zurückgelassen wurde mit einem Zettel: „Zurückgestellt bis zur nächsten Musterung“². Daß auf Grund solcher Ereignisse Hamsterer mit Drohungen von den Höfen vertrieben wurden, ist nicht verwunderlich, doch auch die Bauern wurden mit der Anwendung von Gewalt bedroht³. Die Städte blieben ebenfalls nicht von Dieben und Einbrechern verschont. Vor allem Kleintierhalter und Lebensmittelhändler waren die Opfer. So wurde in Weiden ein elfeinhalb Jahre alter Maurerssohn ertappt, wie er bei einem Metzger einsteigen wollte⁴. In der gleichen Stadt wurden dem Stadtmüller in einer Nacht 16 Hühner entwendet⁵. Der Häufigkeit von Vorkommnissen dieser Art nach waren die Landbewohner allerdings öfter davon betroffen. Sogar abseits liegende Kirchen wurden nicht verschont, wie die Kirche auf dem Gammelberg bei Pleußen, in die zweimal eingebrochen wurde. Beim ersten Mal fehlten

¹ WA 8, 10. 1. 18.

² WA 25, 30. 1. 18.

³ WA 21, 25. 1. 18.

⁴ WA 51, 1. 3. 18.

⁵ WA 107, 8. 5. 18.

zehn Wachskerzen, beim zweiten Mal war der Opferstock aufgebrochen worden⁶. Die Dreistigkeit, mit der die Diebe bisweilen vorgehen, war bemerkenswert. Am hellen Tage drangen drei Jugendliche nacheinander in drei Anwesen in Gumpen ein, wo sie Geld und Eßwaren erbeuteten. Obwohl sie entdeckt und verfolgt wurden, gelang es ihnen, unter Zurücklassung der Eßvorräte mit dem Geld zu entkommen⁷. Da in den kleineren Orten und Dörfern tagsüber oft alle Hausbewohner auf den Feldern arbeiteten, war diese Art des Einbruchs keine Seltenheit. Auch in Neuhaus bei Windisch-Eschenbach wurden zwei Bauernhöfe und das Haus eines Fabrikarbeiters durchsucht, wobei den Tätern mehrere kleine Geldbeträge in die Hände fielen. Sämtliche Bewohner der drei Anwesen waren bei der Kartoffelernte auf den Feldern⁸.

Doch nicht nur die Häuser und Höfe der Landbewohner waren gefährdet, auch die Felder wurden heimgesucht. Bei dem Bahnhofpunkt Lampelmühle bei Windisch-Eschenbach wurden mehrere Durchreisende gestellt, die einem Bauern bei Wurz die Spätkartoffelstöcke aus dem Acker gerissen hatten, in der Hoffnung, schon reife Kartoffeln daran zu finden⁹, ein Vorgehen, dessen Häufigkeit schon im Juli zu Klagen in der Presse geführt hatte, da dadurch die Ernte und die Versorgung der Bevölkerung gefährdet würde¹⁰. In einer Meldung des „Oberpfälzer Kuriers“ vom 8. August hieß es, daß viele Sommerfrischler, die in der Gegend von Weiden Urlaub machten, beim Spaziergehen Gerste von den Feldern stehlen würden, um daraus Kaffee zu machen¹¹. Daß allerdings nicht alle Bauern gegen die Hamsterer zusammenhielten, und sie sich mitunter sogar zuzunutzen machten, um alte Rechnungen zu begleichen, zeigt ein Fall, der sich an der Haidenaab (keine genaue Ortsangabe) zugetragen hatte. Dort war zwei Hamstern, als sie bei einem Bauern fragten, ob sie von einem neben seiner Wiese stehenden Apfelbaum Äpfel ernten dürften, die Erlaubnis gegeben worden, abzupflücken, soviel sie wollten. Als sie sich bei dem Bauern dafür bedanken wollten, antwortete dieser, das sei schon in Ordnung, der Baum gehöre nicht ihm, sondern seinem geizigen Nachbarn, und dem schade der Verlust nichts¹². Wenn man diese Begebenheit, die ausdrücklich unter den Lokalnachrichten stand, auch nicht überbewerten und verallgemeinern darf, so zeigt sie doch, daß mit dem Auftreten neuer Schwierigkeiten, in diesem Falle Bettler und Hamsterer, alte Probleme und Querelen nicht einfach vergessen wurden.

Ein weiteres Problem, das in der Nördlichen Oberpfalz durch den Hunger des Krieges zunahm, war das des Wildfrevels. Zwar bei weitem nicht so häufig wie etwa Felddiebstähle, wogen sie vom Standpunkt der Sicherheit schwerer, weil hier leichter die Möglichkeit zu Gewaltverbrechen vorhanden war. Fischteiche wurden mit Sprengstoff abgefischt, wie Ende Juli in Mantel bei Weiden. Über ein Zentner Fische wurden getötet, aber nur wenige konnten von den Tätern abtransportiert werden. Der angerichtete Schaden aber blieb¹³. In einem Jagdrevier bei Rothenstadt schoß ein Wilderer zweimal auf den Jagdgehilfen des

⁶ TV 148, 27. 6. 18.

⁷ WA 173, 27. 7. 18, GZ 174, 30. 7. 18.

⁸ WA 229, 3. 10. 18, GZ 228, 2. 10. 18.

⁹ WA 184, 10. 8. 18.

¹⁰ GZ 174, 30. 7. 18.

¹¹ OK 182, 8. 8. 18.

¹² GZ 241, 16. 10. 18.

¹³ WA 176, 1. 8. 18.

Schloßgutbesitzers Major von Steppers, traf aber nur die Kleidung¹⁴. Zwei Monate später wurde beim Grenzübergang Waidhaus der dortige Forstamtsassistent bei einer Patrouille von vermutlich österreichischen Wilderern aus dem Hinterhalt niedergeschossen¹⁵ und durch mehrere Schüsse in den Rücken schwer verletzt. Von den Tätern fehlte jede Spur¹⁶. Berichten diese Vorfälle auch nur von fehlgeschlagenen Wildererunternehmungen, so dürfte die Zahl der nicht entdeckten Wildfrevel doch um etliches höher gewesen sein. Am 2. Oktober 1918 wurde dann in Mitterteich die Jagd auf Hasen durch das Aussetzen einer Prämie begünstigt, da „die Jagd die Fleischversorgung günstig beeinflussen müsse“¹⁷. In Mantel erlegte der dortige Forstassistent im gleichen Monat zwei Hirsche¹⁸. Manchem fiel es allerdings recht schwer, die Jagd auf Wild nur den zuständigen Personen zu überlassen, zumal viele hungerten und die Bauern das Wild als Schädlinge und Gefahr für ihre Feldfrüchte betrachteten.

2. Organisierte Delikte

Neben den persönlichen Bedürfnissen war als Motiv für Diebstähle und Einbrüche vor allem die Aussicht ausschlaggebend, durch Stehlen und Verkaufen rationierter und seltener Waren erheblichen Profit zu erzielen. Dabei kann unterschieden werden zwischen Unternehmungen Einzelner und Bandendiebstählen. Einzelne Personen hielten sich an Objekte, die verhältnismäßig leicht zugänglich waren und entwendeten Gegenstände, die einfach abzutransportieren waren. Banden hingegen schreckten auch vor größeren Posten nicht zurück. Allen gemeinsam war, daß das Diebesgut nicht direkt vom Täter zu verwerten war, sondern wegen der Beschaffenheit oder Größe der Posten Zwischenhändler eingeschaltet werden mußten.

Ein Beispiel für das organisierte Stehlen in kleinem Maßstab stellt der Fall zweier jugendlicher Diebinnen dar, die am 21. Januar in einem Gasthof in Windisch-Eschenbach beim Diebstahl von Geld und Fleisch entdeckt worden waren. Die beiden zehn und zwölf Jahre alten Mädchen, die aus Selb stammten und beide bereits vorbestraft waren, wurden von ihrem Bruder, der Soldat war, auf Diebestour geschickt und mußten ihm ihre Beute abliefern¹⁹. Eines der häufigsten Ziele, auf das es Einzeltäter oder kleine Gruppen abgesehen hatten, waren Betriebe, in denen größere Maschinen benutzt wurden. Die ledernen Treibriemen, die dort über die Transmissionen liefen, stellten ihre bevorzugte Beute dar. Sie waren leicht zu entfernen, zu transportieren und bei dem herrschenden Leder-mangel nicht schwer abzusetzen. So wurde am 1. Januar aus einer Arzberger Sägemühle ein Treibriemen gestohlen²⁰, in einem Betrieb in Moosbach ebenso²¹. Zwei weitere fielen Dieben in der Nacht zum 22. März im Basaltwerk Steinmühle bei Pleußen in die Hände, die einen Wert von 2000 M besaßen²². Nicht nur der

¹⁴ OK 79, 5. 4. 18.

¹⁵ WA 127, 4. 6. 18.

¹⁶ TV 130, 6. 6. 18.

¹⁷ GZ 229, 3. 10. 18.

¹⁸ WA 240, 26. 10. 18.

¹⁹ WA 19, 23. 1. 18.

²⁰ GZ 2, 3. 1. 18.

²¹ WA 52, 2. 3. 18.

²² GZ 71, 24. 3. 18.

materielle Wert der Treibriemen stellte einen Schaden für den Besitzer dar, schlimmer noch für die Versorgung und die Arbeitsplätze war der Arbeitsausfall, der durch das Fehlen der schwer neuzubeschaffenden Antriebsriemen verursacht wurde. Da nicht nur in Bayern solche Diebstähle an der Tagesordnung waren, erließ ein Kriegsgericht auf der Festung Köln am 23. März 1918 die Anordnung, daß Treibriemendiebstähle als Landesverrat zu behandeln seien, da durch das Entfernen und die schlechte Beschaffungssituation ganze Betriebe stillgelegt werden könnten²³. Von solchen „Maßnahmen“ ließen sich die Diebe jedoch nicht abschrecken, sie drangen sogar öfter in dasselbe Werk ein, wie am 11. Juli in Arzberg, wo schon zum dritten Mal aus einem Sägewerk Treibriemen gestohlen worden waren²⁴. Am 20. Oktober fehlte in der Bergmühle bei Neustadt/WN. ein Treibriemen im Wert von 2000 M²⁵.

Neben Treibriemen waren aber auch andere rationierte Güter, vor allem Lebensmittel und Kleidung, gefragte Beute. Oft wurde dabei in größerem Rahmen vorgegangen wie am 2. März in Erbdorf, wo auf dem Südbahnhof ein Eisenbahnwaggon aufgebrochen und eineinhalb Zentner Zucker gestohlen wurden²⁶. In der Nacht 26. Juni versuchten, wie vermutet wurde, internationale Einbrecher in zwei Konfektionsgeschäfte in Weiden einzudringen²⁷. Nachdem sie zuerst vergeblich versucht hatten, in ein Tuchgeschäft einzubrechen, machten sie einen weiteren Versuch in einem Pelz- und Modewarengeschäft. Dort wurden sie beim Einpacken von Pelzwaren von der Polizei überrascht und mußten fliehen. Nach einer zweistündigen Jagd über die Hausdächer konnten sie entkommen²⁸. Am 2. August wurde in Weiden dann eine neunköpfige Diebesbande vor Gericht gestellt, der umfangreiche Einbrüche in Weiden und Umgebung zur Last gelegt wurden²⁹.

Obwohl die Bevölkerung der Nördlichen Oberpfalz die sich immer vermehrenden Diebstähle und Einbrüche deutlich bemerkte, schien die Regierung in Regensburg sie nicht ernst genug zu nehmen. Wenn auch insbesondere Eigentumsdelikte begangen wurden, so erscheint die Meldung des Regierungspräsidenten der Oberpfalz in seinem Wochenbericht vom 4. August 1918 nicht sehr besorgt. Unter dem Vermerk Sicherheit wurde zwar der Anstieg von Feld- und Kartoffeldiebstählen verzeichnet, aber sonst, so hieß es, bestehe kein ernster Anlaß zur Sorge³⁰.

3. Grenzprobleme mit Böhmen

Ein Punkt, der auch unter die beiden vorhergehenden Überschriften gepaßt hätte, verdient es, wegen der Häufigkeit der Ereignisse gesondert behandelt zu werden. Gemeint sind die Grenzgänger aus Böhmen, die vor allem in den grenznahen Bezirken der Nördlichen Oberpfalz die Dörfer heimsuchten und denen kaum Einhalt zu gebieten war.

²³ WA 71, 25. 3. 18.

²⁴ WA 160, 13. 7. 18.

²⁵ WA 244, 21. 10. 18.

²⁶ WA 54, 5. 3. 18.

²⁷ WA 146, 26. 6. 18.

²⁸ GZ 152, 4. 7. 18.

²⁹ WA 178, 3. 8. 18.

³⁰ WB 966, 4. 8. 18.

Im Gegensatz zu grenznahen Gebieten in Niederbayern scheint es Zeitungs- und Regierungsberichten zufolge kaum einen organisierten Schmuggel von bayerischer Seite aus nach Böhmen gegeben zu haben. Während in Freyung bei Passau am 26. Januar und am 7. Februar zwei Schmugglertrupps mit mehreren Rucksäcken voller Tabakwaren gefaßt und am 18. September im Gebiet des Lusen 15 Schmuggler mit Mehl und Fleisch beim Grenzübertritt entdeckt wurden³¹, so scheint die hohe Zahl von bettelnden und hamsternden böhmischen Grenzgängern einen heimlichen Handel nach Böhmen hinein unnötig gemacht zu haben. Daß dabei auch höhere Kreise zu finden waren, zeigt der Fall eines Bauern aus Gosl bei Neu-albenreuth, von dessen Feld ein ungarischer Oberst vom Wachbattalion eines Gefangenenlagers in Eger mehrmals von seinem Kutscher Hafer stehlen ließ, während er selbst in der Kutsche dabei saß. Nachdem der Bauer mit seinen Schadensersatzforderungen von verschiedenen Stellen in Eger abgewiesen worden war, erhob er Klage bei der Militär-anwaltschaft in Pilsen, woraufhin der Oberst, wie es hieß, zur Verantwortung gezogen wurde, und sein Kutscher zehn Tage Kasernenarrest erhielt. Auf Befehl seiner vorgesetzten Dienstbehörde hin erhob nun der Oberst Gegenklage gegen den Goseler Landwirt wegen Verleumdung. Das Argument der Anklage lautete, daß allein schon der Rang eines Obersten klarstellte, daß ein Vergehen wie Getreidediebstahl unmöglich gewesen sei. Der Richter schloß sich jedoch der Auffassung der Verteidigung an, die feststellte, daß Angehörige jeder Berufsschicht schon Verbrechen begangen hätten, und sprach den angeklagten Landwirt frei³². Der hier beschriebene Fall zeigt unter anderem in aller Deutlichkeit die Schwierigkeiten, mit denen Straftaten, die von österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen auf bayerischem Gebiet begangen wurden, geahndet werden konnten.

Besonders ab Juni 1918 kam es zu vermehrten Klagen über Bettler aus Böhmen. In einem Bericht von der böhmischen Grenze in der „Grenzzeitung Waldsassen“ ist von Kindern die Rede, die sich vor die Türen knieten und um ein Stück Brot oder eine Kartoffel baten. Diejenigen, die nichts einzutauschen hatten, zahlten sehr hohe Preise für Lebensmittel, so für ein Kilo Kartoffeln 75 bis 80 Kreuzer, also ungefähr 1,10 M³³. Doch wie es hieß, konnten die böhmischen Hamsterer nicht nur eindringlich betteln, sondern auch drohen, und viele Bauern waren froh um die eingesetzten Grenzschutzwachen³⁴. Besonders im Grenzgebiet des Bezirksamts Tirschenreuth kam es verstärkt zu Zusammenstößen zwischen Böhmen und Gendarmen, die die Unsicherheit dort erhöhten³⁵. Der Sicherheitszustand verschlechterte sich so sehr, daß der Tirschenreuther Bezirksamtmann eine Verstärkung der Grenzschutzkommandos beantragte³⁶. Auch der Bezirk Vohenstrauß wurde von böhmischen Hamsterern überschwemmt, die oft in ganzen Banden auftraten³⁷. Anfang August schließlich genehmigte die Regierung der Oberpfalz die Verstärkung der Grenztruppe, die nach ihrem Eintreffen im Grenzgebiet des Bezirksamts Tirschenreuth laut Wochenbericht eine gute Wirkung hatte, da aus

³¹ WA 23, 28. 1. 18, WA 34, 9. 2. 18.

³² GZ 25, 30. 1. 18.

³³ GZ 165, 19. 7. 18.

³⁴ TV 145, 23. 6. 18.

³⁵ WB 784, 16. 6. 18.

³⁶ WB 810, 23. 6. 18.

³⁷ WB 833, 30. 6. 18.

den dortigen Gemeinden keine Diebstähle mehr gemeldet worden seien³⁸. Die Befriedigung in dieser Meldung scheint allerdings verfrüht gewesen zu sein, da später noch am 3. November der Grenzschutz in Eslarn und Waidhaus gegen böhmische Hamsterer verstärkt werden mußte³⁹, und am 9. November weitere Grenzschutzmannschaften in Bärnau im Bezirksamt Tirschenreuth einquartiert wurden⁴⁰. Der Unsicherheitsfaktor war also nicht geringer geworden.

III. Die allgemeine Stimmung der Bevölkerung

Die Stimmung der Bevölkerung der Nördlichen Oberpfalz und auch anderswo wurde von verschiedenen Faktoren geprägt, die zum Teil gezielt zur Beeinflussung benutzt wurden, wie staatliche Propaganda oder manche Gerichte, hauptsächlich richtete sich die Stimmung aber nach den Erfahrungen, mit denen die Menschen mittelbar oder unmittelbar durch den Krieg in Berührung kamen. Die wichtigsten sollen im folgenden dargestellt werden, wobei einige im wesentlichen Folgen aus den in den vorhergehenden Kapiteln geschilderten Zuständen sind.

1. Der Einfluß der Versorgungs- und Sicherheitslage auf die Stimmung der Bevölkerung

Die Mängel der staatlichen Versorgung mit allem, was zum täglichen Leben nötig war, erzeugten einen Vertrauensschwund gegenüber den Fähigkeiten der Regierungen und ihrer untergeordneten Dienststellen. Weniger die tatsächliche Knappheit an Versorgungsgütern spielte wohl hierbei eine Rolle, da sie von einem einigermaßen einsichtigen Bürger noch hätte verstanden werden können, sondern die als ungerecht empfundene Art der Verteilung bzw. die rücksichtslose Art ihrer Rationierung und Beschlagnahme erregten die Gemüter. Ungleichmäßige Fleischverteilung auf der einen Seite, uneingeschränkter Fleischverkauf in manchen Gaststätten auf der anderen⁴¹, ließen bei den meisten das Gefühl aufkommen, es werde mit zweierlei Maß gemessen, genauso wie zu niedrige Höchstpreise und zu hohe Kommissionärsvergütungen bei den Viehlieferungen⁴². Dazu kam noch die Überschwemmung der Nördlichen Oberpfalz mit zahlungskräftigen Hamsterern und Schleichhändlern, die besonders den Armen vor Augen führten, daß trotz staatlicher Reglementierung für Geld immer noch alles zu haben war⁴³. Wucherpreise für Alltagsgüter verschlechterten die Stimmung ebenfalls. Ein oberpfälzer Bauer kaufte sich in Rosenheim ein Paar Stiefel, die vor dem Krieg acht bis neun Mark gekostet hätten. Jetzt mußte er 100 M dafür bezahlen, und für ein abgeliefertes Kalb hatte er 95 M erhalten. Die „Grenzzeitung Waldsassen“ kommentierte dazu: „Das meint das Volk, wenn es von dem ‚großen Schwindel‘ redet“⁴⁴.

³⁸ WB 966, 4. 8. 18.

³⁹ OK 255, 3. 11. 18.

⁴⁰ OK 258, 9. 11. 18.

⁴¹ Siehe oben S. 132 f.

⁴² Siehe oben S. 131.

⁴³ Siehe oben S. 133.

⁴⁴ GZ 229, 3. 10. 18.

Die von den Hamsterbanden verursachte Unsicherheit zeigte besonders der Landbevölkerung, wie wenig die Obrigkeit in der Lage war, für ihren Schutz zu sorgen. In dem Maße, wie Hamsterer es sich herausnehmen konnten, Hausbewohner auf ihrem eigenen Grund und Boden zu bedrohen und tagsüber in leerstehende Anwesen einzudringen⁴⁶, ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden, mußte das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Sicherheitsorgane schwinden. Ähnlich verhielt es sich mit dem Grenzschutz. Weder waren die dafür zuständigen Truppen in der Lage, die eindringenden Hamsterer und Bettler zurückzuhalten, noch konnten sie wirksam verhindern, daß große Mengen von Nahrungsmitteln nach Böhmen abtransportiert wurden. Verstärkungen der Grenztruppen fanden vor Mitte 1918 nicht statt und hatten auch dann nur anfänglich Erfolge⁴⁶.

2. Abneigung gegen Fremde

Sowohl im Hinblick auf die Auswärtigen, die ihres Geldes wegen von der allgemeinen Not nicht betroffen waren, als auch im Hinblick auf die durch das Hamsterunwesen steigende Unsicherheit breitete sich in der Nördlichen Oberpfalz, ähnlich wie in weiten Kreisen Bayerns, eine zunehmende Abneigung gegen Fremde aus. In all den Unmutsäußerungen gegen Hamsterer und Schleichhändler ist durchweg nur von Leuten aus Sachsen und Böhmen die Rede, obwohl es auch einheimische Hamsterer gegeben haben muß. Aufgrund ihres Wohlstands und der damit verbundenen Kaufkraft galten die Schleichhändler aus Sachsen und Böhmen wohl am meisten als diejenigen, die der notleidenden Bevölkerung der nördlichen Oberpfalz noch erhebliche Mengen an Nahrungsmitteln entzogen. Schon Anfang 1918 regten sich empörte Stimmen, die auch öffentlich gegen fremde Hamsterer das Wort richteten, wie in einem kritischen Artikel der „Grenzzeitung Waldsassen“ vom 3. Januar 1918, in dem gegen das zunehmende sächsische Hamsterunwesen protestiert und auch bereits auf dessen Unterstützung durch profitbegierige Einheimische hingewiesen wurde⁴⁷. Als in Waldsassen Mitte März eine Krise in der Fleischversorgung einsetzte, war den meisten Einwohnern bekannt, daß es bestimmte Gaststätten gab, wo vor allem Besucher aus dem benachbarten böhmischen Eger gegen hohe Preise jede beliebige Menge Fleisch erhalten konnten⁴⁸. In den Kurorten des Fichtelgebirges waren die Zustände wegen der größeren Zahl länger bleibender Kurgäste noch schlimmer. Während pro Kopf 170 Gramm Fleisch für Ortsansässige festgesetzt war, verzehrten die Fremden in den Restaurants ganze Braten und kauften Lebensmittel zu enormen Preisen, so daß Mitte des Jahres der Zorn der Einheimischen eine kritische Grenze erreichte⁴⁹. Am 8. August schließlich kam es in Alexanderbad bei Wunsiedel zu Ausschreitungen. Eine Anzahl Frauen versuchte, von ihren Kindern begleitet, die fremden Kurgäste zu vertreiben, wobei ein Gast verprügelt und die Fenster mehrerer Gastwirtschaften eingeworfen wurden⁵⁰. Obwohl durch die Lokalpresse die Nachrichten von diesen Ereignissen in der unmittelbaren Nachbarschaft der Nördlichen Oberpfalz deren Bevölkerung sofort erreichten, haben sie doch nicht

⁴⁵ Siehe oben S. 142.

⁴⁶ Siehe oben S. 146 f.

⁴⁷ GZ 2, 3. 1. 18.

⁴⁸ GZ 65, 17. 3. 18.

⁴⁹ GZ 157, 10. 7. 18.

⁵⁰ WA 183, 9. 8. 18.

als Anlaß zu ähnlichen Ausschreitungen gedient. Das mag daran liegen, daß es in der Nördlichen Oberpfalz kaum größere Kurorte gab und daher auch keine in Luxus lebenden Kurgäste. Auf der anderen Seite genügte aber auch, wie schon erwähnt, die große Zahl umherziehender Schleichhändler, um den Unmut gegen die Fremden immer mehr zu steigern.

3. Gerüchte, Frontnachrichten und Propaganda

Einen großen Einfluß auf die Stimmung der Bevölkerung besaßen Gerüchte und Propaganda. Sowohl im positiven als auch im negativen Sinne konnten z. B. Frontberichte, öffentlich verkündete oder heimlich ausgestreute Nachrichten dazu benutzt werden, die Menschen zu beeinflussen, wobei bei Gerüchten meist eine Verzerrung und Übertreibung durch die Übermittlung hinzukam. Ausschlaggebend für den Erfolg eines Gerüchts oder einer staatlichen Propagandanachricht war die grundlegende Stimmung, die in der Bevölkerung vorherrschte. Die hohe Zahl von Gerüchten mit panikerregendem oder hoffnungsvollem Inhalt zeigt, in welchem Maße in der Bevölkerung Angst und Friedenssehnsucht die staatliche Durchhaltepropaganda übertrafen, obwohl sich die letztere gesetzlicher und vom Staat geförderter Mittel bedienen konnte.

Während des ganzen Krieges waren bereits Gerüchte der verschiedensten Art zu hören gewesen⁵¹, so daß es sich bei denjenigen, die im bearbeiteten Zeitraum dargestellt sind, um keine neuen Folgen der wachsenden negativen Bevölkerungstimmung handelte. Ende Januar 1918 sah man sich von staatlicher Seite veranlaßt, in der Presse Warnungen gegen die Ausstreuung von Gerüchten zu veröffentlichen, die geeignet sein könnten, die Bevölkerung zu beunruhigen⁵². Verbreitern falscher Gerüchte drohte bis zu ein Jahr Gefängnis oder 1500 M Geldstrafe⁵³. Dennoch war es in der folgenden Zeit nicht möglich, die Weiterverbreitung von Falschmeldungen zu verhindern. Der Wochenbericht der Regierung der Oberpfalz vom 2. Juni 1918 sprach von einem Gerücht im Bezirksamt Tirschenreuth, wonach mindergewichtiges bayerisches Vieh billig nach Norddeutschland ginge, um dort gemästet und später erst teuer an das Heer verkauft zu werden⁵⁴. Ende Juli wurde im „Weidener Anzeiger“ die Nachricht dementiert, daß größere Mengen Kartoffeln von Bayern nach Österreich geschickt würden. Dies sei nicht wahr, in Bayern würden die Kartoffeln selbst dringend benötigt⁵⁵. Ein Gerücht, das im ganzen süddeutschen Raum vertreten war, lautete im Juli 1918, daß Hindenburg ermordet worden und der bayerische Kronprinz im Zusammenhang damit nach München gebracht worden sei. Ein Soldat berichtete der „Grenzzeitung“ gegenüber, es sei in München und Nürnberg überall zu hören gewesen, auch in den Eisenbahnzügen auf dem Lande und jetzt auch in der Nördlichen Oberpfalz⁵⁶. Die Redaktion der „Grenzzeitung“ tat dies als wunderlichen Auswuchs der Kriegsnervosität ab⁵⁷. Anfang August war in Bayern in einzelnen Zeitungen die Mitteilung erschienen, daß wegen der durch die Ernährungspro-

⁵¹ Vgl.: Ay, S. 178 ff.

⁵² WA 20, 24. 1. 18.

⁵³ GZ 22, 26. 1. 18.

⁵⁴ WB 725, 2. 6. 18.

⁵⁵ WA 145, 25. 6. 18.

⁵⁶ GZ 169, 24. 7. 18.

⁵⁷ Ibid.

bleme bedingten Einschränkung des Fremdenverkehrs Gegenmaßnahmen beteiligter Stellen (so der Text) zu befürchten seien, die auf eine Verringerung der Kohlelieferungen nach Bayern abzielten. Dem „Oberpfälzischen Kurier“ zufolge war diese Falschmeldung jetzt auch in die Nördliche Oberpfalz vorgedrungen⁵⁸. In Waldsassen kursierte Anfang Oktober das Gerücht über einen bereits vollzogenen Waffenstillstand, das von vielen Leuten ernstgenommen wurde, wie die diesbezüglichen Anfragen bei der Redaktion der „Grenzzeitung“ zeigten⁵⁹. Über eine Woche später glaubten in dieser Gegend immer noch viele daran, einige wollten es sogar an den Depeschenanschlagtafeln der Großstädte gelesen haben⁶⁰. Dieses hartnäckige Festhalten an einer derart hoffnungsvollen Meldung war kein Einzelfall. Bereits im Sommer 1917 hatte im Allgäu in der Umgebung von Kempten ein solches Gerücht starken Widerhall gefunden⁶¹. Der Inhalt von Gerüchten und Falschmeldungen dieser Art wechselte je nach den jeweils krassesten Mißständen von Politik zu Wirtschaft und Sozialem etc. Der bestehende Mangel an Barzahlungsmitteln dürfte so der Anlaß für die Befürchtung gewesen sein, daß bei Banken und Sparkassen das Bargeld beschlagnahmt würde⁶². Die Bevölkerung der Grenze zu Böhmen wurde Ende Oktober durch die Nachricht erschreckt, daß die in Böhmen um sich greifende Grippe sich in Lungenpest verwandelt habe und daß für diesen Fall die Grenze nicht scharf genug überwacht würde⁶³. Von der Grenze hieß es auch, daß nach der Auflösung der österreichisch-ungarischen Front plündernde Banden über Tirol und Böhmen nach Bayern eindringen wollten. Dem wurde entgegengehalten, daß die Grenztruppen an den Grenzen Bayerns solche Unternehmungen unmöglich machen würden⁶⁴. Die ausgelöste Furcht zeigt jedoch, daß das Vertrauen in die Sicherheit der Grenzen nicht sehr hoch war.

Ein etwas anders gearteter Fall als die Gerüchte waren die Berichte, die die beurlaubten Soldaten von der Westfront mit nach Hause brachten. Gerade durch ihre Einfachheit, die nichts mit den Übertreibungen der Gerüchte zu tun hatte, und durch ihren Wahrheitsgehalt wirkten sie auf die Bevölkerung, die ihnen mehr Glauben schenkte, als den Berichten über die Kriegsschauplätze in den Tageszeitungen. Allerdings wurden dann auch Erlebnisse einzelner Soldaten des öfteren verallgemeinert. Als Ende August die deutsche Front im Westen zurückgenommen werden mußte⁶⁵, ließ sich das auch in der Presse nicht mehr verschleiern und die entsprechenden Nachrichten von Fronturlaubern führten dazu, daß die Stimmung der Bevölkerung auch in der Nördlichen Oberpfalz allgemein gedrückt war⁶⁶. Als sich die Niederlage Bulgariens abzeichnete und das Land am 29. September 1918 schließlich die Bedingungen für einen Waffenstillstand akzeptierte⁶⁷, verstärkte sich die Niedergeschlagenheit in Bayern und Deutschland⁶⁸. Nachdem

⁵⁸ OK 178, 3. 8. 18.

⁵⁹ GZ 235, 9. 10. 18.

⁶⁰ GZ 242, 17. 10. 18.

⁶¹ Wochenbericht der Regierung von Schwaben und Neuburg, 25. 6. 17. Zit. nach: Ay, S. 180.

⁶² WA 244, 21. 10. 18. Not an Bargeld in: GZ 255, 1. 11. 18.

⁶³ GZ 252, 29. 10. 18.

⁶⁴ GZ 256, 3. 10. 18.

⁶⁵ Vgl.: Gebhardt, Bd. 4/1, S. 134.

⁶⁶ WB 1075, 1. 9. 18, und die Wochenberichte für den ganzen Monat September.

⁶⁷ Gebhardt, Bd. 4/1, S. 135.

⁶⁸ WB 1188, 29. 9. 18.

sich Hindenburg und Ludendorff seit Ende September die Niederlage eingestanden hatten und nach einem sofortigen Waffenstillstand strebten⁶⁹, wurden von den Distriktsbehörden überall in der Oberpfalz Versammlungen zur Hebung der Stimmung durchgeführt⁷⁰, doch nach dem langen Bekunden des Siegeswillens durch die Regierungen war der Schock der eingestandenen Niederlage wohl zu groß. Die Stimmung der Bevölkerung blieb bis zum November sehr gedrückt⁷¹, wenn auch von seiten der Regierung der Oberpfalz keine Unruhen als Folge befürchtet wurden⁷².

Die staatliche Propaganda wurde in der Nördlichen Oberpfalz vorwiegend in Gestalt von Vorträgen und Presseartikeln durchgeführt. Bei den letzteren waren es einmal amtliche Meldungen, wie Siegesmeldungen von den Kriegsschauplätzen, die weitergegeben wurden, zum anderen waren aber auch die Redaktionen der Lokalpresse von sich aus schon mehr konservativ eingestellt und unterstützten daher die Politik der Regierung. So mißbilligte die „Grenzzeitung Waldsassen“ etwa den oben erwähnten Widerstand zweier Kinder gegen die Vieh-ablieferungskommission und stellte ihn als unvernünftig dar⁷³. Als nach dem Putsch Eisners am 15. November die BVP gegründet worden war, warben die „Grenzzeitung“, der „Oberpfälzische Kurier“ und der „Weidener Anzeiger“ beständig um Mitglieder⁷⁴. Da im bearbeiteten Raum kein linksliberales Blatt erschien, stand die Presse ausschließlich der staatlichen Meinungsbildung zur Verfügung.

Als am 21. März 1918 die deutschen Truppen im Westen zur Offensive übergegangen und zunächst große Erfolge zu vermelden waren, erschienen neben Siegesmeldungen auch Schmähartikel gegen England⁷⁵. Aber auch Redner von staatlicher Seite traten zu dieser Zeit auf, wie etwa der Reichstagsabgeordnete Dr. Pfleger aus Weiden, der in Tirschenreuth am 14. April zur Kriegslage sprach. Als eventueller Redner war auch der Abgeordnete Dr. Schlittenbauer angekündigt worden⁷⁶. In Thumsenreuth wurde am 15. April in einem Gasthaus eine Versammlung abgehalten, auf der der Stadtpfarrkooperator Lehner sich für eine Aufklärung der Bevölkerung über die Ziele der Heeresleitung aussprach, da ein allgemeines Verständnis notwendig sei, wenn die Absichten des Oberkommandos gelingen sollten. Der ebenfalls anwesende Landtagsabgeordnete Bauernfeind sprach sich für eine Verstärkung der Kriegsanstrengungen in der Bevölkerung aus⁷⁷. Diese Meldung ist auch ein Beispiel für die propagandistische Tätigkeit der kirchlichen Stellen für den Staat, um die bereits im März 1916 der bayerische Kultusminister Knilling den katholischen Episkopat und die protestantischen Konsistorien gebeten hatte⁷⁸. Als sich im Mai die deutsche Offensive festgefahren hatte, erschien im „Weidener Anzeiger“ ein Artikel, in dem es hieß, daß manchem die Fortschritte im Westen zu langsam gingen. Um einer solchen Einstellung

⁶⁹ Gebhardt, Bd. 4/1, S. 137.

⁷⁰ WB 1219, 6. 10. 18.

⁷¹ WB 1253, 13. 10. 18. WB 1292, 20. 10. 18.

⁷² WB 1253, 13. 10. 18.

⁷³ Siehe oben S. 131, Anm. 13.

⁷⁴ Vgl. die entsprechenden Anzeigen in den Ausgaben von GZ, OK, WA, nach dem 15. 11. 18.

⁷⁵ OK 77, 3. 4. 18.

⁷⁶ TV 78, 3. 4. 18.

⁷⁷ TV 90, 17. 4. 18.

⁷⁸ Ay, S. 64, Anm. 82.

entgegenzutreten, wurde ein sehr optimistischer Feldpostbrief zitiert⁷⁹. Ähnlich zuversichtliche Darstellungen fanden sich im Mai auch in den anderen Blättern⁸⁰. Manchmal sorgten aber gerade die Zeitungen durch die Weitergabe unbestätigter Meldungen für das Aufflammen unbegründeter Hoffnung, wie der „Tirschenreuther Volksbote“ vom 15. Juni 1918, in dem von einem Besuch König Friedrich-Augusts von Sachsen in einem Etappenlazarett berichtet wurde, wo er zu Verwundeten gesagt haben sollte: „Na, Kinder, jetzt hören wir bald auf“⁸¹.

Über Versammlungen der SPD oder liberaler Gruppen und Parteien wird in allen in Frage kommenden Zeitungen nur spärlich berichtet, meist nur indirekt, wenn konservative Interessen betroffen waren. So in der „Grenzzeitung Waldsassen“ vom 23. Juli, als sich das katholische Pfarramt Mitterteich veranlaßt sah, Protest gegen eine SPD-Versammlung zu erheben, die am vorhergehenden Sonntag in einem Gasthof in Mitterteich während des Hauptgottesdienstes stattgefunden hatte⁸². Anfang Oktober hielt der Züricher Redakteur Ferdinand Ilg, der als „neutraler Bewunderer Deutschlands“ bezeichnet wurde⁸³, in mehreren Städten der Nördlichen Oberpfalz Vorträge über die aktuellen Kriegsverhältnisse. Daß er in Wirklichkeit jedoch nicht neutral war, sondern für die Sache der Regierung eintrat, zeigte sich in einigen Punkten. Als er am Sonntag, den 6. Oktober, in Neualbenreuth sprechen sollte, wurde seinetwegen der Nachmittagsgottesdienst um eine Stunde vorverlegt⁸⁴. Wenn man es mit dem Vorfall in Mitterteich vergleicht, muß er die Sympathien der Kirche und damit wohl auch des Staates gehabt haben. Aber auch seine Ausführungen, wie z. B. am 7. Oktober in Waldsassen, zeigten seinen Standpunkt. Er tadelte, daß die deutschen Truppen von der Bevölkerung im Stich gelassen würden und daß sich Kleinmut breitmache, der den Durchhaltewillen schwäche⁸⁵. Vorträge ähnlichen Inhalts hielt er auch in Wiesau und Mitterteich⁸⁶.

Redner des katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenverbandes versuchten während der gleichen Zeit, wie etwa in Mitterteich am 6. Oktober, Arbeiter und Arbeiterinnen durch eine Werbung mit einer Krankenversicherung zum Beitritt zu bewegen⁸⁷.

In der Presse und in amtlichen Akten finden sich keine Hinweise auf linksradikale Propagandatätigkeit, die den oben geschilderten staatlichen Aktivitäten entsprechen würde, bis auf vereinzelte indirekte Angaben wie die in Anmerkung 82 dargestellte Begebenheit. Ob es daran liegt, daß solche Versammlungen von der Berichterstattung vernachlässigt wurden, oder ob keine stattfanden, ist schwer festzustellen, betrachtet man aber die Tatsache, daß sowohl die Januarstreiks 1918 in der Oberpfalz kein Echo fanden⁸⁸, als auch die Regierung der Oberpfalz im Mai keine USPD-Aktivitäten feststellen konnte⁸⁹, so scheinen

⁷⁹ WA 110, 13. 5. 18.

⁸⁰ Vgl.: TV 115—117, 17. 5.—19. 5. 18.

⁸¹ TV 137, 15. 6. 18.

⁸² GZ 168, 23. 7. 18.

⁸³ GZ 232, 6. 10. 18.

⁸⁴ GZ 231, 5. 10. 18, vgl. Anm. 82.

⁸⁵ GZ 236, 10. 10. 18.

⁸⁶ GZ 232, 6. 10. 18, bzw. GZ 234, 8. 10. 18.

⁸⁷ GZ 232, 6. 10. 18.

⁸⁸ Ay, S. 124.

⁸⁹ AV/BvU, 22. 5. bzw. 27. 5. 18. In den Bezirksamtern Tirschenreuth, Neustadt/WN., Amberg auf Anfrage der Regierung der Oberpfalz keine USPD-Aktivitäten festgestellt.

regelrechte Propagandaveranstaltungen selten gewesen zu sein. Angesichts der allgemein herrschenden Mißstände fragt es sich wohl auch, ob derartig große Unternehmungen gegen den Krieg 1918 noch nötig waren, und ob nicht die Ereignisse der Zeit für sich sprachen, so daß lediglich den Regierungsstellen daran gelegen sein mußte, sie zu beschönigen und daher einen entsprechenden Propagandaaufwand zu betreiben.

4. Allgemeine Kriegsmüdigkeit

Die im vorhergehenden aufgezeigten Mißstände führten in fast allen Bevölkerungskreisen zu einer wachsenden Kriegsmüdigkeit. Die Arbeiter, die in ihrer Versorgung von den Lieferungen der Kommunalverbände abhängig waren und sich kaum selbst versorgen konnten, schoben ihre Notlage auf den Krieg, dazu kam noch die abzusehende Bedrohung ihrer Arbeitsplätze durch den zunehmenden Brennstoff- und Kohlenmangel⁹⁰. Die Bauern wurden zum einen durch den staatlichen Zwang zur Ablieferung ihrer Produkte betroffen, zum anderen setzten ihnen Hamsterer und Schleichhändler immer mehr zu, wobei es der Obrigkeit kaum möglich war, ihr Eigentum zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten. Im Oktober machte unter den Bauern im Grenzgebiet zu Böhmen das Argument die Runde, daß der Krieg von selbst beendet sein würde, wenn man aufhöre, Kriegsanleihen zu zeichnen⁹¹. Auch die Angehörigen des Mittelstandes blickten mit Sorge in die Zukunft, da, wenn sie nicht gerade sehr wohlhabend waren, auch ihnen die Entbehrungen des Krieges zu schaffen machten und sie manchmal sogar schlechter daran waren als die Arbeiter. Diese waren immerhin in verschiedener Weise organisiert, sei es in der SPD, oder in freien und christlichen Gewerkschaften, während die konservativen Parteien, zu denen sich der Mittelstand meist bekannte, auf der Seite der Obrigkeit standen und daher als Interessenvertreter gegen die durch den Krieg entstandene Notlage oft kaum in Frage kamen. Rohstoffmangel und Einberufungen legten gerade kleinere Betriebe, die in der Nördlichen Oberpfalz meist nicht kriegswichtig waren, schneller lahm als große und brachten manche mittelständische Familien an den Rand des Ruins, so daß viele nicht zuletzt einen sozialen Abstieg befürchteten⁹². All diesen sozialen Schichten gemeinsam war, wenn auch aus teilweise verschiedenen Motiven, eine zunehmende Ablehnung des Krieges und derer, die ihn verfochten. Sie waren immer weniger bereit, die stetig steigenden Anforderungen und Entbehrungen zu ertragen, wenn dadurch trotzdem kein Erfolg der Regierung zu erzielen war. Als Hindenburg und Ludendorff die Niederlage eingestanden, mußten sich viele fragen, wofür sie eigentlich so viel erduldet hatten. Daraus dürfte sich wohl auch in der Nördlichen Oberpfalz die Bereitschaft erklären lassen, denjenigen zu begrüßen, der diese Mißstände abzuschaffen in der Lage war.

5. Streiks und Unruhen

Unruhen und Krawalle kamen in der Nördlichen Oberpfalz bereits vor 1918 vor, allerdings nicht in größerem Rahmen. Im Oktober 1916 wurden aus dem Bezirk Neustadt/WN. kleinere Arbeiterkrawalle wegen „einer versehentlich zu

⁹⁰ Siehe oben S. 134, 137.

⁹¹ GZ 230, 4. 10. 18.

⁹² Vgl. hierzu auch: Ay, S. 98 ff.

geringen Zuckerverteilung“ gemeldet⁹³. Am 7. August 1917 kam es dann zu den wohl schwersten Unruhen in der Nördlichen Oberpfalz in Weiden, als neben der späteren Hauptangeklagten, der Schreinersfrau Kathi Sommer, noch 94 weitere, als „radausüchtige Weiber und halbwüchsige Burschen“ bezeichnete Personen von abends acht Uhr bis Mitternacht in den Straßen der Stadt Aufruhr stifteten und durch Sachbeschädigungen, wie dem Einwerfen von Fensterscheiben, einen Schaden von 10 000 M anrichteten⁹⁴. Dieser Krawall war der schwerste einer Reihe von Lebensmitteldemonstrationen in der Oberpfalz und Oberfranken, die von Hof ausgingen⁹⁵. Gerade der Aufstand in Weiden wurde als Grund für eine Warnung des bayerischen Innenministers Brettreich an den Regierungspräsidenten und die Bezirksamtsvorstände benutzt, zur Unterdrückung von Unruhen stets vorbereitet zu sein⁹⁶. Beim Prozeßbeginn am 14. Mai 1918 in Weiden wurde der unpolitische Anlaß des Krawalls nicht berücksichtigt und Kathi Sommer und 94 weitere Teilnehmer des Landfriedensbruchs angeklagt⁹⁷. Wegen der großen Zahl der Angeklagten mußte zur Verhandlung in die Aula des dortigen humanistischen Gymnasiums ausgewichen werden⁹⁸. Am 24. Mai kam der Prozeß zum Abschluß. Von den 95 Angeklagten wurden 75 zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis herab zu einer Woche verurteilt. Das Urteil machte auf die Bevölkerung großen Eindruck⁹⁹.

Nach diesem Aufruhr im August 1917 blieb es trotz der allgemein gespannten Lage in Bayern¹⁰⁰ im Norden der Oberpfalz ruhig. Als dann im Januar 1918 die Streikwelle durch fast alle großen Städte Bayerns lief¹⁰¹, fand sie in der gesamten Oberpfalz kein Echo¹⁰². Während der letzten Januarwoche war der Regierung der Oberpfalz nichts von Ausschreitungen der USPD, Demonstrationen oder Streiks bekannt¹⁰³. Eine unruhige Stimmung war in der Nördlichen Oberpfalz aber vorhanden, wie eine Meldung des Bezirksamts Neustadt/WN. zeigt, in der es hieß, daß es in diesem Bezirk zwar keine Streiks gebe, aber in Weiden viele Unruhestifter ihr Unwesen trieben¹⁰⁴. Am 2. Februar fand dort eine Versammlung der SPD-Abgeordneten Roßhaupter statt, der in seiner Rede über „Freiheit und Frieden“ scharf gegen die Vaterlandspartei sprach. Die Veranstaltung verlief ruhig¹⁰⁵. Im Februar und März blieb es ruhig, die Streiks anderswo würden, so im Wochenbericht der Regierung der Oberpfalz, vom einsichtigen Teil der Bevölkerung und auch von der gutgesinnten Arbeiterschaft verurteilt¹⁰⁶, eine Einschätzung, die allerdings von der Interpretation von „einsichtig“ und „gut-

⁹³ Ay, S. 185.

⁹⁴ TV 114, 16. 5. 18.

⁹⁵ Ay, S. 185.

⁹⁶ Vgl.: Ay, S. 185.

⁹⁷ TV 114, 16. 5. 18.

⁹⁸ OK 111, 14. 5. 18.

⁹⁹ WB 699, 26. 5. 18.

¹⁰⁰ Ay, S. 185.

¹⁰¹ Vgl.: Albrecht, D., Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1871—1918), in: Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. 4/1, hsg. von M. Spindler, München 1974, S. 387—426, S. 383. Ay, S. 196 ff.

¹⁰² Ay, S. 124.

¹⁰³ WB 151, 28. 1. 18.

¹⁰⁴ WB 196, 4. 2. 18.

¹⁰⁵ Ibid.

¹⁰⁶ WB 227, 10. 2. 18, WB 290, 25. 2. 18, WB 339, 10. 3. 18.

gesinnt“ abhing. Als im April 1918 in Waldsassen 80 Frauen beim Amtsvorstand des Bezirksamts Tirschenreuth Klage führten, ging es wie in Weiden nicht um Politik, sondern um Lebensmittel. Zudem verlief der Aufmarsch ruhig, so daß es sich um keinen richtigen Aufruhr handelte¹⁰⁷. Der erste Mai verlief ebenfalls ohne bedeutsame Veranstaltungen der SPD und ohne Streiks¹⁰⁸. Ab Mai ersuchte die Regierung in Regensburg dann die Bezirksamter, im Hinblick auf Organisationen und Aktivitäten der USPD Untersuchungen anzustellen. Alle diesbezüglichen Bescheide der Bezirksamter waren negativ, es gab weder Gruppierungen noch Betätigungen der USPD¹⁰⁹. Lediglich in Amberg wurden zwei Mitglieder der USPD festgestellt, die in der dortigen Gewehrfabrik arbeiteten und zur USPD-Ortsgruppe Nürnberg gehörten¹¹⁰. Für den 24. und 25. Juni wurden in Weiden in der dortigen Zentralwerkstätte nach einer Information eines Mittelsmannes Unruhen befürchtet und entsprechende Vorbereitungen getroffen¹¹¹. Es blieb jedoch alles ruhig. Ende August bis Anfang September wurden von der Regierung der Oberpfalz erneut Erkundigungen über die USPD eingezogen, die das gleiche Ergebnis wie die vorigen hatten. Allerdings stellten die Bezirksamter Tirschenreuth und Neustadt/WN. fest, daß in ihrem Bereich die Fabrikbesitzer verständigt seien und etwaige Unruheversuche zu melden hätten¹¹². Es fanden bis zum Putsch Eisners jedoch keine Unruhen statt. Zwar war ein Unruhepotential vorhanden, das, wie die oben genannten Beispiele zeigen, auch hin und wieder ausgelöst wurde, doch waren dafür keine politischen, sondern in erster Linie versorgungstechnische Gründe ausschlaggebend. Eine langfristige Vorbereitung der Revolution durch eine gezielte Propagandaarbeit der USPD etwa fand nicht statt.

2. Kapitel: Der Volksstaat Bayern unter der Regierung Eisner

I. Die politische Lage in der Nördlichen Oberpfalz

1. Die Einrichtung von Räten

Nachdem sich die Nachricht von der Machtübernahme Eisners in der Nördlichen Oberpfalz verbreitet hatte, fand die neue Regierungsform in der Gestalt von Rätegruppierungen dort ein relativ schnelles Echo.

Obwohl die Rätebildung von seiten der Regierung in München zumindest anfangs nicht genau vorgeschrieben war, wurden fast in jedem Ort Räte gegründet. Als erste begannen damit die größeren Städte wie Weiden, dann folgten die Kleinstädte und Märkte und schließlich die Dörfer und kleinen Ortschaften.

¹⁰⁷ WB 514, 21. 4. 18.

¹⁰⁸ WB 592, 6. 5. 18

¹⁰⁹ AV/BvU, 13. 5.—27. 5. 18. Entsprechende Meldungen der Bezirksamter Tirschenreuth, Neustadt/WN., Amberg, Eschenbach, Burglengenfeld an die Regierung der Oberpfalz.

¹¹⁰ AV/BvU, 21. 5. 18. Bezirksamter Amberg an die Regierung der Oberpfalz.

¹¹¹ WB 810, 23. 6. 18.

¹¹² AV/BvU, 31. 8. bzw. 13. 9. 18. Meldungen der Bezirksamter Tirschenreuth und Neustadt/WN. an die Regierung der Oberpfalz.

Die allererste Reaktion auf die Ausrufung des Volksstaates Bayern freilich waren allgemeine öffentliche Aufrufe, Ruhe und Ordnung zu bewahren und „erst einmal abzuwarten“¹. Am 10. November dann wurde in Weiden am Vormittag vor dem Rathaus durch eine einberufene Volksversammlung ein Arbeiterrat von acht Personen gewählt, und in der Garnison konstituierte sich ein Soldatenrat mit einem Sergeanten als Vorsitzenden². Nachmittags fand eine erneute Versammlung statt, auf der Redner der frischgewählten Räte und Bürgermeister Knorr die Bevölkerung aufklärten. Alle diese Vorgänge vollzogen sich in Ruhe³. Am darauffolgenden Donnerstag wurde in der Presse die namentliche Zusammensetzung des Arbeiterrates und seine Ziele, die vor allem auf Lebensmittel-, Kohle- und Wohnungsbeschaffung hinausliefen, verkündet⁴. Am 16. November fand in Mitterteich bei einer Massenveranstaltung in einem Gasthaus die Wahl eines Arbeiter-, Bürger- und Bauernrates statt. Die zehn Mitglieder des Arbeiterrates bestanden aus Arbeitern der örtlichen Glas- und Porzellanindustrie, die sechs Bürgerräte waren Handwerksmeister und ein Gastwirt und der Bauernrat bestand aus drei Landwirten von drei Dörfern aus der Umgebung⁵. Hier zeigte sich zum ersten Mal eine Besonderheit der Rätebildung, die in der Nördlichen Oberpfalz noch öfter zu finden war, nämlich daß die Bürger sich an der Rätebildung beteiligten. Dabei mag natürlich eine Rolle gespielt haben, daß man lieber selbst an einer neuen Verwaltungsform teilnahm, bevor man sich von Gruppierungen leiten ließ, denen man nicht nahestand und vertraute, doch zeigt sich hier wohl auch die Bereitschaft, die bisherige staatliche Gewalt nicht mehr anzuerkennen und einer gebotenen Alternative zuzustimmen⁶. Am 15. November wurde in Windisch-Eschenbach ein Arbeiter- und Bauernrat gegründet⁷ und am 16. November in Neustadt/WN. ein Arbeiterrat⁸. In Waldsassen wurde am 18. November ein Arbeiter-, Bürger- und Bauernrat gewählt. Der Arbeiterrat bestand aus zehn Arbeitern der Glas- und Porzellanindustrie, der Bürgerrat besaß drei Handwerksmeister, einen Direktor und einen Landwirt, der sein Anwesen vermutlich im Ort selbst hatte, während die zwei Bauernräte aus dem benachbarten Kondrau stammten⁹. Der Wahlvorgang war typisch für alle diese Vorgänge. Eine großangelegte Massenveranstaltung mit Musik und einstimmenden Reden, mündlichen Wahlvorschlägen und Akklamation durch die Anwesenden. Die „Grenzzeitung“ vom 19. November brachte die erste Aufklärung über die Zuständigkeit der Räte, die nach Äußerungen des Innenministers Auer nicht für vollzugsfähige Beschlüsse zuständig waren, sondern nur antragstellende Organe darstellten, mit denen die bisherigen Stadtverwaltungen zusammenarbeiten sollten¹⁰. Eine ähnliche Aufklärung fand sich für die Weidener Gegend im „Weidener Anzeiger“ vom 23. November, die sich gegen die Amtsmaßnahme einzelner Räte richtete. Dabei wurde auch die Gründung eines Bürgerrates angeregt, der

¹ GZ 261, 10. 11. 18.

² OK 262, 12. 11. 18.

³ WA 26, 11. 11. 18.

⁴ OK 264, 14. 11. 18.

⁵ ASBBR, Meldung undatiert.

⁶ Vgl. S. 153, Kriegsmüdigkeit.

⁷ OK 266, 16. 11. 18.

⁸ OK 267, 17. 11. 18.

⁹ GZ 269, 19. 11. 18.

¹⁰ Ibid.

nicht zur Zusammenarbeit, sondern als Gegengewicht zu den Arbeiter- und Soldatenräten gedacht war¹¹. Für das Bezirksamt Neustadt/WN. kam es am 22. November zur Wahl eines Bezirksbauernrates von 14 Personen, in Krummenaab wurde gleichzeitig ein Bauern- und Arbeiterrat gewählt¹². Am 30. November fand in Steinmühle bei Waldsassen die Wahl eines fünfköpfigen Arbeiterrates statt; bei dessen Wahl sprach der christliche Gewerkschaftssekretär Schwarz aus Weiden und rief nach der Schilderung der allgemeinen politischen Lage zur Einhaltung der christlichen Grundsätze auf. Sämtliche anwesende Arbeiter, also auch die Räte, sprachen sich daraufhin für einen Anschluß an den Zentralverband der christlichen Keram- und Steinarbeiter aus¹³. In Wiesau gründete man am 5. Dezember nach einer Volksversammlung einen Arbeiterrat, der aus zwei Tonarbeitern bestand, ein Redakteur und ein Landwirt wurden zum Bauernrat und ein Unteroffizier und ein Gefreiter zu einem Soldatenrat gewählt¹⁴.

Auf den Dörfern kam es naturgemäß zunächst zur Wahl von Bauernräten, wie in Neualbenreuth am 26. Dezember 1918¹⁵. Allerdings mußte der ungewohnte Umgang mit dem Rätssystem hin und wieder zu einigen Besonderheiten führen, etwa als am 24. Januar 1919 in einer Schule sich ein Schülerrat gebildet hatte und dem Lehrer einen Katalog mit seinen Forderungen unterbreitete¹⁶. In Vohenstrauß konstituierte sich auf Veranlassung des dortigen Bezirksamts eine „Ortsgruppe des Rates der geistigen Arbeiter“ unter der Führung des örtlichen Bahnvorstandes¹⁷. Am 5. Februar erhielt die Stadt Weiden nach erfolgter Antragstellung vom Minister für militärische Angelegenheiten die Genehmigung zur Errichtung eines Volksgerichtes für den nordoberpfälzer Raum¹⁸. Gemäß einer EntschlieÙung des Staatsministerium vom 17. Dezember 1918 wurde am 4. Februar für das Bezirksamt Tirschenreuth die Wahl eines Bezirksbauernrates angesetzt. Sämtliche Mitglieder der örtlichen Bauernräte sollten sich zu diesem Zweck in einem Gasthof in Tirschenreuth versammeln¹⁹. Der Amtsbezirk wurde in zwei Wahlbezirke aufgeteilt mit Waldsassen und Tirschenreuth als Wahlorte. In Waldsassen wurden sieben, in Tirschenreuth fünf Bauern für den Bezirksrat gewählt. Aus jedem Wahlbezirk wurde dann je ein Mitglied in den Zentralbauernrat in München geschickt. Für Waldsassen war es Egidius Schmid aus Pechofen und für Tirschenreuth Silvan Tretter aus Schwarzenbach²⁰.

Nach dem ersten Schock des Regierungswechsels machte sich bald auch eine mehr oder minder starke Opposition bemerkbar. Am 23. November 1918 hielt der oben erwähnte christliche Gewerkschaftssekretär Schwarz in Waldsassen eine Versammlung der Arbeiter der dortigen Chamotte- und Klingerfabrik ab, bei der er sich zwar für den Achtstundentag und die 48-Stundenwoche aussprach, jedoch

¹¹ WA 272, 23. 11. 18

¹² OK 274, 24. 11. 18.

¹³ GZ 280, 1. 12. 18.

¹⁴ GZ 285, 7. 12. 18.

¹⁵ GZ 302, 29. 12. 18.

¹⁶ GZ 19, 24. 1. 19.

¹⁷ OK 24, 30. 1. 19. Schmitt, F. A., Die Neue Zeit in Bayern, München 1919, S. 18: Am 13. 11. 18 Gründung eines Rates der geistigen Arbeiter in München unter Vorsitz von Prof. Dr. L. Brentano.

¹⁸ WA 29, 5. 2. 19.

¹⁹ GZ 27, 2. 2. 19.

²⁰ GZ 37, 14. 2. 19.

nicht der Ansicht war, daß dies nur durch die Organisation der Arbeiter in der SPD zu erreichen sei, da ja die neue Regierung die Freiheit der Gesinnung versprochen habe und daher auch andere Institutionen sich für die Arbeiter einsetzen dürften²¹. Daß seine Reden Erfolg erzielten, zeigt die Anwendung von Räten für eine christliche Gewerkschaftsorganisation in Steinmühle²². Ein derartiges Vorgehen widersprach den revolutionären Grundideen Eisners und der USPD. Auch die Presse in der Nördlichen Oberpfalz sparte nicht mit Kritik an der Regierungsführung Eisners und seines Kabinetts. So brachte der „Weidener Anzeiger“ am 4. Dezember einen Artikel, in welchem das neue Kabinett kritisiert wurde²³, ebenso am 6. Dezember, dabei wurde bereits auf die Landtagswahlen in Bayern am 12. Januar verwiesen²⁴. Fast jeden Tag folgten in diesem Blatt Artikel, die entweder von der Redaktion selbst stammten oder von der DVP geliefert wurden und an Eisner praktisch kein gutes Haar mehr ließen²⁵. Die „Grenzzeitung Waldsassen“ war ebenfalls mit den meisten Neuerungen der Münchner Regierung nicht einverstanden. In zwei Artikeln wandte sie sich scharf gegen eine Trennung von Kirche und Staat bei der Schulverwaltung, anspielend auf die allgemeine gespannte Lage hieß es, das christliche Volk sehe ja, „wohin die Fahrt gehe“²⁶. Ein Artikel des „Oberpfälzischen Kuriers“ vom 1. Januar bezeichnete das Kabinett Eisner als „sozialistische Staatskünstler“²⁷. Bei der Veröffentlichung dieser Artikel ist die Freizügigkeit bemerkenswert, mit der die Kritik angebracht werden konnte, ohne daß die Presse von staatlicher Seite oder von den örtlichen Räten gemäßregelt wurde, und wenn in den Zeitungen auf die Ablösung der neuen Machthaber gedungen wurde, so wurde dabei keine Gewalt gefordert, sondern auf die anstehenden Landtagswahlen verwiesen.

2. Die Arbeit der Räte und ihre Zusammenarbeit mit den bisherigen Gemeindeverwaltungen

Genauso wie anfangs der Aufbau der Räte nicht ganz klar war, blieben auch ihre Zuständigkeit und ihre Befugnisse in den ersten Wochen nicht genau umgrenzt. Dadurch mußte es zu Konflikten zwischen den Räten und den anderen Verwaltungsorganen kommen. Mitte November meldeten einzelne Gemeinden in der Umgebung Weidens Eingriffe von Arbeiter- und Soldatenräten in die Lebensmittelversorgung, die zu einer Schädigung der Lieferungen führen würden²⁸. Die Unzufriedenheit mit der Versorgung führte anscheinend zu den meisten Eigenmächtigkeiten der Räte. In Flossenbürg wurde wegen ungenügender Belieferung der Arbeiter mit Lebensmitteln der Bürgermeister vom dortigen Arbeiter- und Bauernrat abgesetzt und ein neuer bestimmt²⁹. Die vom örtlichen Pfarramt benachrichtigte Regierung in München wies das Bezirksamt Tirschenreuth an, dafür Sorge zu tragen, daß die eigenmächtige Maßnahme der Räte, die

²¹ GZ 274, 24. 11. 18.

²² Siehe oben S. 157, Anm. 13.

²³ WA 281, 4. 12. 18.

²⁴ WA 283, 6. 12. 18.

²⁵ WA 290, 14. 12. 18. WA 295, 19. 12. 18. u. a.

²⁶ GZ 293, 17. 12. 18. GZ 294, 8. 12. 18. (darin auch obiges Zitat).

²⁷ OK 1, 1. 1. 19.

²⁸ WA 265, 15. 11. 18.

²⁹ OK 269, 20. 11. 18.

sich die gesamten Machtbefugnisse der Gemeindeverwaltung angeeignet hätten, rückgängig gemacht würde³⁰. Am 27. November gab dieses Bezirksamt dann eine Anordnung des Innenministers Auer vom 19. November weiter an die Magistrate der Orte, in der die Befugnisse der Räte umrissen wurden. Danach waren sie vor allem zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zuständig und besaßen keine behördlichen Eigenschaften³¹.

Tatsächlich sind die meisten Aktivitäten von Räten bei der Regelung der Abliefer- und Verteilungstätigkeit sowie bei der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung festzustellen und nicht bei direkten Verwaltungsvorgängen. In Waldsassen rief der Arbeiter-, Bürger- und Bauernrat die im Umkreis wohnenden Landwirte auf, für die heimkehrenden Soldaten zu spenden und forderte alle Bürger auf, mit ihm zusammenzuarbeiten³², und in Mitterteich übernahm der dortige Arbeiterrat ab 1. Dezember die Zuweisung von Milch für diesen Versorgungsbezirk³³. Der Soldatenrat Weiden durchsuchte das Gepäck von Frontheimkehrern und beschlagnahmte alle Lebensmittelmengen, die über den persönlichen Bedarf hinausgingen³⁴. Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsplatzsituation sind ebenfalls festzustellen. So setzte sich der Arbeiterrat Mitterteich Anfang Dezember beim Stadtmagistrat für die Einrichtung einer kostenlosen Arbeitsvermittlungsstelle ein³⁵. Einer Darstellung im Wochenbericht der Regierung der Oberpfalz zufolge hatte sich der Soldaten- und Arbeiterrat Neustadt/WN. ebenfalls verdient gemacht um die Kartoffelablieferung und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung³⁶. In Vohenstrauß wurde ein Mitglied des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates ständig in die Verwaltung des dortigen Kommunalverbandes abgeordnet, um sowohl mitzuarbeiten, als auch eine gewisse Kontrolle auszuüben³⁷. Der Soldatenrat in Waldsassen erließ nach Weisung des stellvertretenden Generalkommandos Nürnberg die Anweisung, daß alle in Privatbesitz befindlichen Schußwaffen bei ihm abzuliefern seien. Sollte dies nicht geschehen, so würden Haussuchungen stattfinden³⁸. Daß die Zusammenarbeit mit den Verwaltungen nicht immer reibungslos verlief, zeigt z. B. die Festlegung der Ablieferungskontingente für Milch im Versorgungsraum Mitterteich. Der dortige Arbeiterrat beschuldigte den Magistrat, die Verantwortung für die schlechte Versorgungslage zu tragen, der sich jedoch entschieden dagegen verwahrte und auf die bestehende geringe Ablieferung der Bauern hinwies. Man einigte sich schließlich auf einen Antrag an das Bezirksamt Tirschenreuth, Milch von Gemeinden außerhalb des Versorgungsbezirks beziehen zu dürfen, doch dort erklärte man, dies sei unmöglich, da deren Milch bereits verplant sei³⁹, so daß die Aktion im Sande verlief. Lediglich ein gemeinsamer Aufruf an die Landwirte zu erhöhter

³⁰ ASBBR, 27. 11. 18: Ministerium d. I. an Bezirksamt Tirschenreuth. Flossenbürg fiel eigentlich in den Zuständigkeitsbereich des Bezirksamts Neustadt/WN.

³¹ ASBBR, 27. 11. 18. Ministerium d. I. an Bezirksamt Tirschenreuth.

³² GZ 277, 28. 11. 18.

³³ ASBBR, Magistratsbeschuß vom 29. 11. 18.

³⁴ GZ 279, 30. 11. 18.

³⁵ ASBBR, 6. 12. 18.

³⁶ WB 1525, 9. 12. 18.

³⁷ OK 293, 18. 12. 18.

³⁸ GZ 294, 18. 12. 18. Dieser Soldatenrat setzte sich vermutlich aus Urlaubern zusammen, da Waldsassen keine eigene Garnison besaß.

³⁹ GZ 303, 31. 12. 18.

Ablieferung blieb als Ergebnis ⁴⁰. Koordinierte Maßnahmen zwischen Räten verschiedener Orte waren nicht zu finden. Als am 21. Januar 1919 das vom Kriegswucheramt beschlagnahmte Warenlager eines Kaufmanns in Mitterteich ⁴¹ nach langen Verhandlungen verteilt werden sollte, erschienen Fuhrwerke aus Tirschenreuth, Waldsassen und Waldershof. Der Arbeiterrat Mitterteich verhinderte dann aber die Verteilung mit dem Hinweis, die Bevölkerung Mitterteichs sei schon zu lange von diesem Händler betrogen worden und die Waren stünden allein ihr zu. Sollte die Räumung weitergehen, so kündigte er Plünderungen an. Daraufhin fanden in einem Mitterteicher Gasthof weitere Verhandlungen unter Hinzuziehung des Bezirksamtmanns statt. Man konnte sich jedoch nicht einigen und die Verteilung mußte ausgesetzt werden ⁴². Hin und wieder wurden die Räte von der Bevölkerung, die sie vertreten sollten, auch öffentlich kritisiert. In einem offenen Brief an die „Grenzzeitung Waldsassen“ beschwerte sich ein Bürger über die Untätigkeit und Unfähigkeit des örtlichen Arbeiterrates. Unter ihm wäre es schlimmer als vorher, hieß es, und weiter: „Wenn wir Euch vertrauen sollen, dann müßt ihr was tun, sonst sorgen wir dafür, daß ihr den Laufpaß bekommt“ ⁴³. Beschwerden dieser Art waren allerdings selten in der Presse. Ofters dagegen fand man Artikel der Redaktionen selbst, die die Tätigkeiten und Fähigkeiten der Räte kritisierten, wie im „Weidener Anzeiger“ vom 1. Februar 1919 ein Leitartikel, der die Frage aufwarf, wohin Bayern unter der Räteherrschaft treiben würde und die Bevölkerung aufforderte, aus der politischen Gleichgültigkeit herauszutreten ⁴⁴. Inwieweit die angesprochene Gleichgültigkeit tatsächlich der Grund für die Akzeptierung des Räteystems war, ist schwer zu sagen, doch scheint es eher so, daß die Bevölkerung die Räte an sich als Mitspracheorgane nicht ablehnte und Beschwerden sich nur gegen Mitglieder dieser Institutionen richteten und nicht gegen das System selbst.

3. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Stellte die Machtübernahme Kurt Eisners politisch auch einen Einschnitt in das Leben in Bayern dar, so blieben die kriegsbedingten Mißstände doch bestehen oder verschlimmerten sich sogar. Weniger die politischen Unruhen bedeuteten eine Gefahr für die Nördliche Oberpfalz, sondern die zunehmenden Eigentumsdelikte verschlechterten das Gesamtbild der Sicherheitslage ⁴⁵. Die Beute, auf die es die Diebe abgesehen hatten, war die gleiche wie vor dem Putsch. In Reuth bei Erbdorf wurde am 12. November aus einer Mühle ein Treibriemen gestohlen ⁴⁶, ebenso aus einem Sägewerk in Bärnau am 17. November, wo zwei Riemen fehlten ⁴⁷. In Erbdorf selbst wurden auf dem Südbahnhof am 20. November ein Waggon aufgebrochen und 120 Pfd. Zucker gestohlen ⁴⁸. Hauseinbrüche und Geschäftseinbrüche waren ebenfalls häufig. In Weiden wurde am 4. Dezember

⁴⁰ GZ 1, 1. 1. 19.

⁴¹ Siehe unten S. 177, Anm. 36.

⁴² GZ 17, 22. 1. 19.

⁴³ GZ 41, 19. 2. 18.

⁴⁴ WA 26, 1. 2. 19.

⁴⁵ WB 1495, 1. 12. 18. WB 55, 13. 1. 19.

⁴⁶ GZ 268, 17. 11. 18.

⁴⁷ GZ 273, 23. 11. 18.

⁴⁸ GZ 271, 21. 11. 18.

das Schaufenster eines Kaufhauses eingeschlagen und ein Anzug gestohlen, der Einbrecher wurde aber gestört und verjagt⁴⁹. In den Städten mehrten sich besonders die Kleiderdiebstähle, vor allem Wäschespeicher wurden heimgesucht⁵⁰. Auch Keller blieben nicht verschont. Am Sonntag, den 1. Februar 1919, wurden in Weiden zwischen fünf und sechs Uhr abends 15 Keller aufgebrochen⁵¹. Dabei wurde beobachtet, daß zwei der mutmaßlichen Täter Militäruniformen trugen. Als einer Hausfrau in Weiden die gesamte zum Trocknen aufgehängte Wäsche von beträchtlichem Wert aus ihrem Garten von der Leine gestohlen worden war, fand die Gendarmerie ebenfalls zurückgelassene Waffen und militärische Ausrüstungsgegenstände⁵². Zu den Dieben waren jetzt auch noch entlassene Soldaten dazugekommen. In Grötschenreuth baten zwei Soldaten, die angeblich aus Grafenwöhr kamen, beim Haus eines einarmigen Polierers um Einlaß. Sie wurden von den Eheleuten nach bestem Vermögen bewirtet, dann aber fesselten und knebelten die beiden Soldaten die älteren Leute und raubten sie aus. Sie konnten unerkannt entkommen⁵³. Als der Gutsherrschaft in Friedenfels am 19. Februar zwei Pferde gestohlen worden waren, wurden ebenfalls zwei Soldaten als vermutliche Täter ermittelt. Die Tiere waren nach Arzberg getrieben, von dort mit der Bahn nach Weiden transportiert und verkauft worden. Als man den neuen Besitzer nach den Verkäufern fragte, sagte er aus, es habe sich um zwei Soldaten gehandelt⁵⁴. Die Methoden der Verbrecher wurden auch den neuen Gegebenheiten angepaßt. So waren bereits im November 1918 nach der Revolution in der Nördlichen Oberpfalz Schwindler unterwegs, die sich als Arbeiterräte ausgaben und von der ahnungslosen Bevölkerung verschiedene Beitrittsgelder verlangten⁵⁵.

Diese Vorgänge zeigen doch, daß die Hoffnungen auf Besserung der Mißstände, die sich ein Großteil der Bevölkerung nach der Ablösung der bisherigen Regierung wohl gemacht hatte, verfrüht waren. Die tiefgehenden Probleme konnten nicht einfach durch einen Regierungswechsel behoben werden und das Bestehenbleiben der Zustände, die abzuschaffen Eisner u. a. versprochen hatte, wurde ihm als Unvermögen angerechnet⁵⁶.

Gerade für Sicherheit und Ordnung zu sorgen, wurde der staatlichen Verwaltung schwer gemacht, da die meisten Gendarmen im Heer gedient hatten und noch nicht wieder auf ihre Posten zurückgekehrt waren. Daher war es unvermeidlich, daß die Schutzfunktion früher oder später von den Bürgern selbst wahrgenommen werden mußte. Am 23. November 1918 wurde ein Aufruf zur Errichtung von Dorfwehren verbreitet, der sich auf eine Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums vom 12. November stützte⁵⁷. Als Grund für die Einrichtung wurde die steigende Unsicherheit auf dem Lande angegeben und als besonders geeignet wurden heimkehrende Soldaten genannt⁵⁸. Die verschiedenen Bezirksämter, die mit der Einrichtung von Bürger- und Dorfwehren betraut

⁴⁹ WA 281, 4. 12. 18.

⁵⁰ WA 294, 19. 12. 18.

⁵¹ WA 28, 4. 2. 19.

⁵² WA 30, 6. 2. 19.

⁵³ WA 29, 17. 2. 19.

⁵⁴ WA 42, 20. 2. 19.

⁵⁵ GZ 278, 29. 11. 18.

⁵⁶ Vgl. den Wahlkampf im Januar 1919.

⁵⁷ BvU, 23. 11. 18.

⁵⁸ GZ 273, 23. 11. 18.

wurden, reagierten verschieden darauf und führten die Aufgabe auch nicht einheitlich durch. Am 2. Dezember 1918 meldete das Bezirksamt Neustadt/WN., daß der Stadtmagistrat von Weiden beabsichtigte, seine Polizei durch Hilfsschutztruppen zu verstärken und dazu 24 Gewehre und Revolver angefordert habe. Dem Bezirksamtmann erschien die Einrichtung von Wehren in kleineren Gemeinden allerdings als zweifelhaftes und risikoreiches Experiment, da die Abgabe der Waffen nicht genau zu kontrollieren sei. Nicht zuletzt sei der Sicherheitszustand in seinem Bezirk nicht so schlecht, daß derartige Maßnahmen am Platze wären⁵⁹. Sein Kollege vom Bezirksamt Tirschenreuth war jedoch anderer Ansicht; die Wehren seien wichtig zur Verhinderung von Plünderungen und zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung⁶⁰. Am 22. Dezember waren im Tirschenreuther Bezirk dann in 20 Gemeinden Bürgerwehren eingerichtet und weitere sollten folgen⁶¹. Der Gauleiter aller Wehren im Bezirk war der Apotheker Preu⁶². Auch das Bezirksamt Vohenstrauß hatte die Anordnung, Selbstschutztruppen zu gründen, an die Gemeinden weitergegeben und am 5. Dezember waren bereits eine größere Zahl davon eingerichtet⁶³. Der Bezirksamtmann von Neustadt/WN. ging dagegen anders vor. Am 23. November schrieb er an die Regierung der Oberpfalz, die Verstärkung der Gendarmerie sei zur Eindämmung des Schleichhandels unbedingt nötig⁶⁴ und er ersuchte umgehend den Garnisonsältesten von Weiden um Verstärkung der Gendarmeriestationen Weiden, Floß, Windisch-Eschenbach, Luhe und Mantel um je zwei Soldaten⁶⁵. Von der Einrichtung von Selbstschutztruppen der Bürger erwartete er sich keine Erfolge, stattdessen wünschte er eine Verstärkung der Gendarmerieposten⁶⁶. Das Bezirksamt Tirschenreuth hatte eine Vereinbarung mit dem Kommandeur des dort stationierten Grenzschatzbatallions 53 getroffen, wonach die Polizeistationen im Bezirk durch Grenzsoldaten verstärkt werden sollten⁶⁷. In der Tat scheint sich die Ordnungslage soweit gebessert zu haben, daß von einem weiteren Ausbau der Bürgerwehren abgesehen wurde. Deren Bewaffnung hatte sich sowieso bis Januar und Februar 1919 verzögert⁶⁸ und die Waffen wurden dann nicht mehr ausgegeben, weil wie im Falle des Bezirksamts Vohenstrauß eine Verstärkung der Gendarmerie durch Hilfsgendarmen als ausreichend angesehen wurde⁶⁹, wenn sich auch nach den Unruhen vom 13. Januar in Regensburg, wo die militärische Macht versagt hatte, wieder Rufe nach der Bewaffnung der Bürger- und Bauernwehren erhoben⁷⁰.

⁵⁹ BvU, 2. 12. 18. Bezirksamt Neustadt/WN. an Regierung der Oberpfalz, Kammer d. I.

⁶⁰ BvU, 23. 11. 18. Bezirksamt Tirschenreuth an Gemeindebehörden.

⁶¹ BvU, 22. 12. 18. Bezirksamt Tirschenreuth an Regierung der Oberpfalz, Kammer d. I.

⁶² Brunner, J., Geschichte der Stadt Tirschenreuth, Tirschenreuth 1933, S. 123.

⁶³ BvU, 5. 12. 18. Bezirksamt Vohenstrauß an Regierung der Oberpfalz, Kammer d. I.

⁶⁴ BvU, 23. 11. 18. Bezirksamt Neustadt/WN. an Regierung der Oberpfalz.

⁶⁵ BvU, 28. 11. 18. Bezirksamt Neustadt/WN. an Regierung der Oberpfalz.

⁶⁶ BvU, 18. 1. 19.

⁶⁷ BvU, 4. 12. 18. Bezirksamt Tirschenreuth an Regierung der Oberpfalz.

⁶⁸ BvU, 4. 2. 19. Bezirksamt Tirschenreuth an Regierung der Oberpfalz. BvU, 17. 1. 19. Bezirksamt Vohenstrauß an Regierung der Oberpfalz.

⁶⁹ Ibid.

⁷⁰ WB 83, 20. 1. 19.

4. Die Beziehungen zu den Tschechen

Die Beziehungen zwischen der Nordoberpfalz und Böhmen erfuhren insofern eine Änderung, als nach dem Waffenstillstand im November 1918 die Tschechen sich von dem ehemaligen österreichisch-ungarischen Reichsgebiet loslösten und einen selbständigen Staat proklamierten. Unterstützt vom amerikanischen Präsidenten Wilson bildete sich am 13. November in Prag eine provisorische Nationalversammlung, und am Tage darauf wurden Tomáš Masaryk zum Staatspräsidenten und Karel Kramár zum Regierungschef gewählt⁷¹. Im Zusammenhang mit der vorliegenden Arbeit ist wichtig die Konsolidierung des neuen tschechischen Staatsgebiets, zu der unter anderem auch die Besetzung Böhmens gehörte⁷². Schon vor der eigentlichen Ausrufung des tschechischen Staates erschien am 7. November in der „Grenzzeitung Waldsassen“ ein Artikel, in dem es hieß, daß sich die an den mittleren Böhmerwald angrenzenden Deutsch-Böhmen schon mit dem „Tschechenstaat“ abgefunden hätten, während die Egerländer nichts davon wissen wollten⁷³. Am 13. November besetzten tschechische Soldaten den Flugplatz der Stadt Eger und brachten ihn mitsamt den dort gelagerten Benzinvorräten in ihre Gewalt. Vertreter der Egerer Bevölkerung wurden mit Maschinengewehren bedroht, doch nahm der befehlshabende tschechische Hauptmann von einer Besetzung der Stadt selbst Abstand⁷⁴. Als eine Reaktion auf die Anwesenheit tschechischer Truppen so nahe an der Grenze wurden die Grenzschutzkommandos in der Nördlichen Oberpfalz verstärkt. Am 27. November wurde in Floß eine Kompanie Infanterie als Grenzschutz gegen Böhmen hin einquartiert. Die Bevölkerung war nicht sehr begeistert davon und die Soldaten selbst waren auch recht unlustig⁷⁵. Die Abneigung der Grenzlandbewohner gegen die bisherigen Grenzschutztruppen war allgemein. Es wurde verlangt, daß die heimkehrenden Soldaten den Grenzschutz übernehmen sollten, da die jetzigen Truppen selbst hamsterten und eine geregelte Lebensmittelversorgung behinderten. Zudem seien sie nur in der Lage, Bandenangriffe abzuwehren, gegen das Einsickern von Einzelpersonen seien sie machtlos⁷⁶. Im Gegensatz dazu heißt es im Wochenbericht der Regierung der Oberpfalz vom 1. Dezember 1918, daß in den Grenzgebieten Angst vor einer Abtretung eines Teiles der Oberpfalz an die Tschechen herrsche und daß wegen der vielen Hamsterer und Bettler gewünscht werde, die Grenztruppen zu verstärken⁷⁷. Dieser scheinbare Widerspruch läßt sich wohl dadurch erklären, daß die Bevölkerung eine Grenzschutzverstärkung wünschte, die auch ihren Pflichten nachkam und sie nicht noch zusätzlich belästigte. Angst und Empörung herrschten auch gegenüber dem französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau, der den Tschechen Teile der Oberpfalz versprochen haben sollte und ihnen auch Teile Niederbayerns in Aussicht gestellt habe. Konservative Kreise rechneten dies auch Eisner übel an, der Clemenceau für einen fairen Politiker hielt⁷⁸. In der Tat war

⁷¹ Mamatey, V. S., *The Establishment of the Republic*, in: *A History of the Czechoslovak Republic 1918—1948*, hsg. von V. S. Mamatey und R. Luža, Princeton 1973, S. 3—38, S. 26 f.

⁷² Mamatey, S. 27 ff.

⁷³ GZ 259, 7. 11. 18.

⁷⁴ WA 264, 14. 11. 18.

⁷⁵ OK 276, 28. 11. 18.

⁷⁶ GZ 276, 27. 11. 18.

⁷⁷ WB 1495, 1. 12. 18.

⁷⁸ GZ 281, 3. 12. 18.

die Anwesenheit tschechischer Truppen an der Grenze für die Bewohner der Nördlichen Oberpfalz besorgniserregend, wenn sie auch durch die Presse mit beschwichtigenden Meldungen beruhigt werden sollte⁷⁹. Im Gegensatz dazu standen Nachrichten von „tschechischen Horden“, die, „sogar mit Artilleriefeldküchen ausgerüstet“, die Grenzorte zu plündern suchten⁸⁰. Allerdings scheint die Lage ruhiger als hier angedeutet gewesen zu sein, da in Vohenstrauß der Grenzschutz verringert wurde und die Bevölkerung das nicht ungern sah⁸¹. Zu Grenzübertritten tschechischer Truppen kam es aber schon, wie bei Mähring, wo eine achtköpfige tschechische Streife aus Eger auf bayerischem Gebiet gestellt und entwaffnet wurde⁸². Die Grenztruppen wurden jedoch weiter verringert, so daß die grenznahen Orte und die Bezirksämter sich selbst darüber klar werden mußten, wie sie die Verringerung ausgleichen sollten⁸³. Ein direktes Vorgehen tschechischer Truppen gegen die Grenze war nicht festzustellen.

5. Die Landtagswahlen vom 12. Januar 1919 in der Nördlichen Oberpfalz

Die Wähler in der Nördlichen Oberpfalz waren vor dem Ersten Weltkrieg in der Mehrzahl konservativ gesinnt gewesen. Nach einer Karte von Dieter Thränhardt war in allen drei hier behandelten Bezirksämtern das Zentrum die stärkste Partei bei den Reichstagswahlen 1912⁸⁴. Auch bei der Landtagswahl vom 5. Februar 1912 in Bayern erreichten die konservativen Parteien⁸⁵ die Mehrheit der Stimmen. In Neustadt/WN. erhielten sie 3872 Stimmen gegenüber 2141 der Liberalen und 9 der Parteilosen. In Tirschenreuth bekamen die Konservativen 3420 Stimmen, die liberalen Parteien und Gruppen dagegen keine, dafür erreichten Parteilose und Zersplitterte 1352 Stimmen. Im Bezirk Vohenstrauß trafen 2267 Stimmen auf die Konservativen, 413 Stimmen auf die Liberalen und 7 auf Parteilose und Zersplitterte⁸⁶. Da nach 1912 bis 1919 keine Landtags- und Reichstagswahlen mehr stattfanden, mußten die entsprechenden Wahlen vom Januar 1919 zeigen, ob und inwieweit die Kriegsereignisse und die nachfolgenden politischen Umwälzungen die Anschauung der Wähler in der Nördlichen Oberpfalz geändert hatten.

Nach der Machtübernahme Eisners war es überraschend schnell zu einer Wieder- oder Neuformierung der Parteien in Bayern gekommen. Am 14. November 1918 erfolgte in Nürnberg die Gründung der „Bayerischen Mittelpartei“, die die bisherige Konservative Partei, die Reichspartei und den Landwirtebund in sich vereinigte⁸⁷. Am 17. November 1918 folgte die Gründung der „Deutschen Volkspartei in Bayern“, die aus den vormaligen Landesgruppen der Nationalliberalen

⁷⁹ WA 283, 6. 12. 18. WA 285, 9. 12. 18.

⁸⁰ OK 285, 8. 12. 18.

⁸¹ WA 286, 10. 12. 18.

⁸² GZ 13, 17. 1. 19.

⁸³ BvU, 4. 2. 19. Bezirksamt Tirschenreuth an Regierung der Oberpfalz.

⁸⁴ Thränhardt, D., Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848—1953, Düsseldorf 1973 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 51), S. 62.

⁸⁵ In der ZBSA sind Zentrum, BdLL, Konservative und RP zusammen aufgeführt, genauso wie Liberale, BBB und SPD.

⁸⁶ Sämtliche Wahlergebnisse: ZBSA 1912, S. 256.

⁸⁷ Schulthess', Bd. 59/1, S. 484.

Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei bestand⁸⁸, und die sich am 21. und 22. Dezember an die Deutsche Demokratische Partei im Reich anschloß⁸⁹. Neben den Zusammenschlüssen der Liberalen trat vor allen Dingen die Neuformierung der Deutschen Zentrumsparlei, der bisher stärksten Partei in Bayern, hervor. Am 12. November gründeten die drei bisherigen Zentrumspolitiker Dr. Heim, Dr. Schlittenbauer und Held in Regensburg die „Bayerische Volkspartei“, das einstmalige Zentrum in Bayern⁹⁰. Diese war christlich orientiert und bildete somit den direkten Gegenpol zu Eisners Regierung und deren Absichten⁹¹, gestützt auf eine große Anzahl von Wählern. Ein besonderer Punkt ihres Programms war ihr föderalistischer Gedanke, insbesondere auch die Forderung nach der Unabhängigkeit Bayerns vom Reich⁹².

Was nun die Wahlen für einen neuen Landtag betraf, so hatte Kurt Eisner in seiner Eröffnungsrede des Provisorischen Nationalrats unter anderem bekanntgegeben: „Eine konstituierende Nationalversammlung wird in Zeiten ruhigerer Entwicklung die endgültige Verfassung festlegen“⁹³. Aber auch fast einen Monat später, als die Unruhen der ersten Revolutionstage bereits vergangen waren, sah sich Eisner von sich aus nicht bereit, Wahlen für eine solche Versammlung anzusetzen. Erst auf Druck von Regierungsmitgliedern der SPD und der Opposition wurden am 5. Dezember Landtagswahlen für den 12. Januar 1919 ausgeschrieben⁹⁴. Die Billigung eines solchen Parlaments fand sich naturgemäß in den Reihen der oppositionellen Parteien mit der BVP als ihrer stärksten Vertreterin, aber auch in der in der Revolutionsregierung befindlichen SPD⁹⁵. Eisner, der die Wahl zu vermeiden suchte, konnte sich lediglich auf seine Anhänger in der USPD stützen, die als eine vorwiegend städtisch orientierte Organisation im Vergleich zu den anderen Parteien auf dem Lande relativ begrenzten Zulauf hatte⁹⁶.

Was nun den Wahlkampf in der Nördlichen Oberpfalz betraf, so setzte dieser nicht erst nach dem Ausschreiben der Landtagswahl plötzlich ein, sondern entwickelte sich aus den bereits vorhandenen Stellungnahmen für und gegen Eisner in der Öffentlichkeit und in der Presse⁹⁷. Genaugenommen waren bereits die in den Zeitungen erschienenen Werbeanzeigen für die konservativen Parteien, die nach deren Neuformierung Anhänger gewinnen sollten, die Vorboten eines politischen Wahlkampfes gewesen. Am 9. Dezember wurde in Waldsassen im Klostersgasthof eine christlich orientierte Wahlversammlung abgehalten, auf der als Redner der Stadtpfarrer Vielberth aus Mitterteich und der Kooperator Voreck sprachen. Vor einer aus Leuten aller Schichten und jeden Alters bestehenden Zuhörerschaft wandten sich beide gegen eine Trennung von Kirche und Staat, sowie gegen das üble finanzielle Gebaren der jetzigen Regierung, das der schlechten

⁸⁸ Schulthess', Bd. 59/1, S. 496.

⁸⁹ Schulthess', Bd. 59/1, S. 595.

⁹⁰ Schulthess', Bd. 59/1, S. 476.

⁹¹ UuF. Bd. 3, Gründungsverlautbarung der BVP S. 200 f.

⁹² Schwarz, A., Die Zeit von 1918—1933. Erster Teil: Der Sturz der Monarchie. Revolution und Rätezeit. Die Einrichtung des Freistaates, in: Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 4/1, hsg. von M. Spindler, München 1974, S. 390—453, S. 411.

⁹³ VPNR, 1. Sitzung vom 8. 11. 18, S. 2.

⁹⁴ Schulthess', Bd. 59/1, S. 548 f.

⁹⁵ Schwarz, S. 418.

⁹⁶ Mitchell, A., Revolution in Bayern 1918/19, München 1967, S. 155. Vgl. auch geringe USPD-Anhängerschaft in der Nördlichen Oberpfalz, S. 45.

⁹⁷ Vgl. S. 56 f. Einrichtung der Räte.

wirtschaftlichen Lage Bayerns Hohn spräche. Die Anwesenden wurden aufgefordert, für die BVP zu stimmen⁹⁸. Am Sonntag zuvor, dem 8. Dezember, fand in Mitterteich eine SPD-Versammlung statt, auf der ein Redner aus Nürnberg die Verbesserung der Schäden des Krieges und der Revolution ankündigte. In einer anschließenden Diskussion mit einem Feldgeistlichen aus Waldsassen kamen noch einmal die gegensätzlichen Standpunkte von Sozialdemokraten und Konservativen bezüglich der Schulverwaltung zur Sprache, wobei sich der Geistliche energisch gegen die Angriffe auf den Klerus als den Diener des Kapitals verwehrte, die der SPD-Redner u. a. vorgebracht hatte⁹⁹. Am 11. Dezember wurde in Waldsassen eine Ortsgruppe der BVP gegründet, deren zweiter Vorsitzender der Herausgeber der „Grenzzeitung“ war¹⁰⁰. Als am 18. Dezember in Mitterteich eine BVP-Versammlung stattfand, an der sich ein Redner aus Regensburg und der Sekretär des Christlichen Gewerkschaftsbundes Schwarz aus Weiden beteiligten und wo die Ziele der BVP dargelegt wurden, lehnte die SPD eine Einladung zur Diskussion ab¹⁰¹. Was diese BVP-Veranstaltungen allgemein betrifft, so ist im Vergleich zu denen anderer Parteien ihre Häufigkeit auch in kleinen Orten bemerkenswert. Am 18. Dezember kam es in Hütten und Mantel, zwei kleinen Gemeinden nahe Weiden, zu BVP-Versammlungen¹⁰², und am 31. Dezember fand in Weiden eine spezielle BVP-Zusammenkunft für Frauen statt¹⁰³. Die SPD hingegen fand auf den Dörfern und in kleinen Orten ohne Industrie kaum Zulauf und stieß dort manchmal sogar auf allgemeine Ablehnung, wie am 22. Dezember in Eslarn, wo ihr keine geeigneten Räumlichkeiten für eine Wahlversammlung zur Verfügung gestellt wurden¹⁰⁴. Die Kandidaten der SPD für den nordoberpfälzer Raum wurden am 30. Dezember veröffentlicht, es waren aus Tirschenreuth Georg Geyer, aus Weiden Max Walter und aus Cham Hans Beser¹⁰⁵. Der Wahlvorschlag der BVP folgte am 8. Januar 1919 mit Dr. Heim an der Spitze und Dr. Eugen Taucher aus Amberg als ersten Oberpfälzer an vierter Stelle¹⁰⁶. Bereits am 19. Dezember 1918 hatten sich die BVP-Vertreter für den Bezirk Tirschenreuth-Waldsassen in Wiesau auf den Geheimrat Dr. Heim, den früheren Abgeordneten dieses Wahlkreises, geeinigt¹⁰⁷. Für den Wahlkampf der SPD bedeutete es sicher einen Vorteil, daß noch wenige Tage vor dem Wahltag, dem 12. Januar, der Ministerpräsident Kurt Eisner der Nördlichen Oberpfalz einen Besuch abstattete. Am 8. Januar hielt er vom Balkon des Rathauses in Tirschenreuth vor mehr als 1000 Menschen eine Rede über Krieg und Revolution, die ergänzt wurde durch den SPD-Kandidaten Geyer und mit Hochrufen auf Eisner endete. Es kam weder zu Diskussionen noch zu politischen Gegenveranstaltungen¹⁰⁸. Am Gleichen Tag sprach Eisner auf einer Versammlung in Weiden. Der darüber vorhandene Bericht des „Oberpfälzischen Kuriers“ ist jedoch sehr

⁹⁸ GZ 287, 10. 12. 18, GZ 288, 11. 12. 18.

⁹⁹ GZ 288, 11. 11. 18.

¹⁰⁰ GZ 289, 12. 12. 18.

¹⁰¹ GZ 295, 19. 12. 18.

¹⁰² OK 294, 19. 12. 18.

¹⁰³ OK 302, 31. 12. 18.

¹⁰⁴ OK 298, 24. 12. 18.

¹⁰⁵ WA 301, 30. 12. 18.

¹⁰⁶ GZ 5, 8. 1. 19.

¹⁰⁷ GZ 296, 20. 12. 18.

¹⁰⁸ GZ 8, 11. 1. 19.

negativ abgefaßt, so daß eine objektive Auswertung erschwert wird. Es ist von „raffinierten Phrasen“ die Rede, auf die „ein unvoreingenommenes Publikum hereinfliegen mußte“, Eisner habe „mit Erlebnissen aus der Revolutionsnacht über schwache Stellen seiner Politik hinweggetäuscht“ und das Publikum „habe ihm die aufgezählten Erfolge geglaubt“¹⁰⁹. Dieser Bericht ist in zweifacher Hinsicht aufschlußreich. Er zeigt den Stil der Wahlkampfberichte über den politischen Gegner, aber er kann auch nicht verbergen, daß Eisner bei den Versammelten mit seiner Rede Erfolg hatte. Im Zusammenhang mit dieser ruhig verlaufenen Veranstaltung wurde noch auf eine BVP-Versammlung hingewiesen, wo USPD-Anhänger die Anwesenden blutig geschlagen hätten¹¹⁰, es ist allerdings weder im „Oberpfälzischen Kurier“ noch im „Weidener Anzeiger“ eine entsprechende Meldung zu finden, die genauen Aufschluß darüber gegeben hätte. Bestätigt wurde aber eine lebhafte Agitation der BVP in Neustadt/WN. Das Einsetzen der Tagespresse für den Wahlkampf der Konservativen wurde von manchen SPD-Gruppen jedoch nicht tatenlos hingenommen. Nach einer Versammlung in einem Gasthof bewegte sich ein Demonstrationszug der SPD durch die Straßen von Waldsassen zur Redaktion der „Grenzzeitung“, wo die Rücknahme eines für die SPD sehr nachteiligen Artikels vom 9. Januar und die Einstellung des Kampfes gegen die SPD überhaupt verlangt wurde. Nach einem klärenden Gespräch mit dem Redakteur, der angab, den betreffenden Artikel von der BVP-Landesstelle in München bekommen zu haben und die darin enthaltene Einstellung der SPD gegenüber nicht zu teilen, zog die Menge besänftigt ab¹¹¹. Am 12. Januar, dem Wahltag, veröffentlichte die „Grenzzeitung“, nach eigenen Worten der Redaktion „dem Druck gehorchend, zur Vorbeugung weiterer Demonstrationen“, eine Erklärung der SPD Waldsassen, in der sich diese gegen die negativen Unterstellungen ihrer Gegner verwahrte und ihre politischen Ziele für die Wahl bekanntgab¹¹².

Bei dem Wahlkampf fällt eine starke Aktivität der BVP auf, die fast jeden Ort mit einer Veranstaltung abdeckte und die Presse einsetzte, indem sie sowohl Werbung in eigener Sache machte, als auch negativ über den politischen Gegner berichtete. Zwar zog auch die SPD nach Möglichkeit mit attraktiven Veranstaltungen nach, doch war bei der ländlichen Struktur und der hauptsächlich konservativen Einstellung der Bewohner der Nördlichen Oberpfalz, die nicht in den Industrieorten wohnten, sowie dem Wahlkampfübergewicht der Konservativen ein Sieg der BVP zu erwarten. Nach einem ruhig verlaufenen Wahltag kam es im hier bearbeiteten Raum zu folgenden Ergebnissen:

Stimmkreis Tirschenreuth¹¹³, 17 998 gültige Stimmen

BVP:	12 710
DVP:	672
SPD:	4 221
USPD:	33
BBB:	19
Sonst.:	143

¹⁰⁹ OK 6, 9. 1. 19.

¹¹⁰ Ibid.

¹¹¹ GZ 8, 11. 1. 19. In dem beanstandeten Artikel wurde die SPD mit Spartakisten gleichgesetzt. GZ 6, 9. 1. 19.

¹¹² GZ 9, 12. 1. 19.

¹¹³ Ergebnisse bis auf Vohenstrauß aus: ZBSA 1919, S. 254.

Stimmkreis Weiden, 19 638 gültige Stimmen

BVP: 10 993
 DVP: 2 687
 SPD: 5 065
 USPD: 118
 BBB: 119
 Sonst.: 656

Stimmkreis Vohenstrauß ¹¹⁴, 21 583 gültige Stimmen

BVP: 14 916
 DVP: 1 558
 SPD: 4 082
 USPD: 2
 BBB: 934
 Sonst.: 91

Die Ergebnisse zeigen ein Übergewicht der konservativen Parteien um gut das Doppelte gegenüber den Liberalen. Schlüsselst man die Ergebnisse in den Stimmkreisen nach Stadt und Land auf, so ergeben sich für die BVP, DVP und die SPD, USPD als die herausragenden Vertreter der politischen Richtungen folgende Resultate ¹¹⁵:

Stimmkreis Weiden-Stadt:	BVP: 3 586	SPD: 2 722
	DVP: 1 300	USPD: 3
Stimmkreis Weiden-Land:	BVP: 11 009	SPD: 5 089
	DVP: 2 574	USPD: 119
Stimmkreis Vohenstrauß-Stadt:	BVP: 969	SPD: 556
	DVP: 484	USPD: 1
Stimmkreis Vohenstrauß-Land:	BVP: 13 947	SPD: 3 526
	DVP: 1 074	USPD: 1

Aus dieser Tabelle wird ersichtlich, daß die großen Erfolge der Konservativen, vor allem der BVP, gegenüber der SPD den Wählern auf dem Lande zu verdanken waren, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß für den Stimmkreis Tirschenreuth eine entsprechende Aufschlüsselung der Ergebnisse nicht vorlag. In der Stadt herrschte ebenfalls noch ein Vorsprung der BVP, wenn auch die SPD als Arbeiterpartei hier ca. zwei Drittel der BVP-Stimmenzahl erreichte. Neben diesen bei den verschiedenen Zielen der beiden Parteien verständlichen Resultaten fallen die allgemein geringen Erfolge der USPD auf, die ja als eigentliche Trägerin der Revolution galt. Hier wurde einer reinen USPD-Regierung eine klare Absage erteilt. Auffällig ist das im Vergleich zu den anderen beiden Stimmkreisen sehr hohe Ergebnis der USPD in Weiden-Land und auch in Tirschenreuth. Dies mag zu erklären sein durch den Besuch Eisners in Weiden und Tirschenreuth, aber auch durch die hohe Industrialisierung der Bezirksämter Tirschenreuth und Neustadt/WN. Daß die USPD in Weiden selbst, ebenfalls ein Industrieort, kaum Stimmen erhielt, mag vielleicht auf ein starkes Engagement der dortigen Arbeiterschaft für die SPD zurückzuführen sein.

¹¹⁴ In ZBSA 1919 nicht aufgeführt, daher aus: OK 10, 14. 1. 19. Vergleiche mit anderen Wahlkreisen zeigen leichte Unstimmigkeiten der Ergebnisse zu denen in ZBSA 1919.

¹¹⁵ OK 10, 14. 1. 19. Aufschlüsselung vorhanden für Weiden und Vohenstrauß.

II. Die Stimmung der Bevölkerung

1. Die Aufnahme der Räteherrschaft

Nach dem erfolgten Umsturz in München blieb es in der Nördlichen Oberpfalz ruhig und die Bevölkerung wartete die weitere Entwicklung zunächst einmal ab. Als dann die Räte in den verschiedenen Gemeinden gewählt werden sollten, fanden die Versammlungen genügend Anklang, wie die Berichte über die einzelnen Rätewahlen zeigen¹. Hierbei beteiligten sich nicht nur die Arbeiterschaft und die Bauern, sondern auch die kleinen und mittelständischen Bürger, die häufig sogar eigene Räte bildeten. Dabei mußten ihre Interessen nicht unbedingt mit denen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte identisch sein². Nachdem die erste Zeit der Revolution vorüber war und die Räte ihre Arbeit aufgenommen hatten, ordnete sich die Bevölkerung nicht gleichgültig der neuen Verwaltungsform unter, sondern verlangte bisweilen recht deutlich Rechenschaft von den Rätemitgliedern³. Allerdings schien gerade zu Beginn der Einführung der Räte deren genaue Funktion nicht bekannt gewesen zu sein, sonst hätte es nicht in einem Fall, nämlich in Steinmühle, dazu kommen können, daß Arbeiter, die gerade einen Arbeiterrat gewählt hatten, einhellig den Anschluß an den Zentralverband der christlichen Keram- und Steinarbeiter billigten⁴. Die Opposition gegen die Räte ging auch weniger von der Bevölkerung selbst als von den Tageszeitungen aus, die die Oppositionsparteien BVP und DVP unterstützten⁵. Wäre die Bevölkerung selbst so sehr gegen die Räte gewesen, so hätten gerade in den Oppositionsblättern entsprechende Meldungen zu finden sein müssen, da diese kaum eine Gelegenheit ausließen, Kritik zu üben. Die Ursachen, warum die Räte weitgehend akzeptiert wurden, waren wohl verschiedener Natur. Einmal sicherlich die Hoffnung, daß eine neue Regierungs- und Verwaltungsform die herrschenden Mißstände beseitigen würde, dann aber auch das Gefühl, mit selbstgewählten Räten besser an der Verwaltung beteiligt zu sein und über ein gewisses Mitspracherecht zu verfügen. Der zweite Punkt, ein politisches Bewußtsein, dürfte sich aber erst allmählich herausgebildet haben, da die Räteverwaltung anfangs noch niemandem so recht bekannt war. Die Hoffnung, daß jetzt alles anders werde und die Einstellung, daß es unter Eisner auch nicht schlimmer werden könne, dürften aber der Hauptgrund für die Akzeptierung der neuen Regierungsform gewesen sein. Eine direkte revolutionäre Begeisterung hingegen war im bearbeiteten Raum nicht festzustellen.

2. Gerüchte

Die politische und wirtschaftliche Situation an der böhmischen Grenze und im Innern Bayerns war die Ursache von halbweisen Informationen und Gerüchten, die von einer Bevölkerung, die gerade im November 1918 wissen wollte, wie es weitergehen sollte, gerne aufgenommen und weitergegeben wurden. Am 11. November erschreckte die Nachricht von bevorstehenden Fliegerangriffen auf Waldsassen die dortigen Einwohner. Ursache war die Meldung von Reisenden, sie

¹ Vgl. S. 155 ff.

² Siehe oben S. 157, Anm. 11.

³ Vgl. Leserbrief an die GZ, S. 160, Anm. 43.

⁴ Siehe oben S. 157, Anm. 13.

⁵ Siehe oben S. 158.

hätten in Nürnberg Plakate gesehen, die sagten, in Eger stünden englische und französische Flugzeuge für einen Angriff auf Nürnberg bereit. Diese Angriffe fanden nie statt ⁶. Die Unsicherheit vor dem neuen tschechischen Nachbarstaat zeigte sich auch in den Gerüchten von einer Abtretung von Teilen der Oberpfalz an die Tschechen, die Anfang Dezember in den Grenzgebieten kursierten ⁷. Amtliche Stellen sahen sich gezwungen, in den Tageszeitungen derartige Meldungen zu dementieren. Die Tschechoslowakei werde bayerisches Gebiet nicht besetzen ⁸.

Über angebliche Änderungen in der Versorgungslage gab es ebenfalls Gerüchte. Ende November wurde in der Nördlichen Oberpfalz die Falschmeldung verbreitet, daß in Kürze die Viehpreise herabgesetzt würden. Das führte dazu, daß jedes verfügbare Stück Vieh abgestoßen wurde, um noch möglichst den momentanen Höchstpreis zu erzielen ⁹. Anfang Dezember verbreitete sich in der Gegend von Waldsassen die Ansicht, daß der Wald nicht mehr königlich sei und sich jeder daher holen könne, was er an Holz brauche. Es mußte in der Tagespresse darauf hingewiesen werden, daß der Wald jetzt dem Staat gehörte und gesetzlich geschützt war ¹⁰.

Während des Wahlkampfes für die Landtagswahlen im Januar 1919 kam es ebenfalls zu Falschmeldungen, die teilweise bewußt verbreitet wurden. So erzählten „linke Aufwiegler“, daß die entlassenen Soldaten wieder in den Krieg müßten, wenn sie nicht SPD oder USPD wählen würden. Die Organe der BVP verwahrten sich gegen eine derartige Unterstellung, daß sie im Falle eines Wahlsiegs einen neuen Krieg entfachen würden ¹¹. Am 17. Januar kam von der Haide-naab das Gerücht, daß der Kandidat der BVP für die Reichstagswahlen, Dr. Heim, ermordet worden sei. Der „Oberpfälzische Kurier“ dementierte dies nachdrücklich, Dr. Heim befände sich bei bester Gesundheit, und es wurde gebeten, die BVP zu wählen ¹².

Mitte Februar war im Bezirksamt Tirschenreuth die Rede davon, daß die Tschechen große Mengen von Lebensmitteln aus dem besetzten deutsch-böhmischen Gebiet fortschafften, und man befürchtete neue Hamsterer- und Bettlerhorden, die eine weitere Belastung der Grenzämter darstellen würden ¹³. Am 18. Februar schließlich wurde von wilden Gerüchten über Spartakusunruhen im Raum Weiden-Grafenwöhr berichtet, die die Bevölkerung erschreckten. Danach wäre Grafenwöhr vollständig von Spartakisten besetzt gewesen. Eine telefonische Anfrage der Stadtverwaltung Weiden in Grafenwöhr ergab jedoch, daß dort alles ruhig war und keinerlei Unruhen stattgefunden hatten ¹⁴.

3. Versorgungslage

Wie schon vor der Machtübernahme Eisners blieb auch jetzt die Versorgungslage der Bevölkerung ein gewichtiger Faktor der Bevölkerungsstimmung. Während des Krieges war die Sehnsucht gewachsen, daß endlich mit den Versorgungs-

⁶ GZ 263, 12. 11. 18.

⁷ WB 1435, 1. 12. 18, WB 1525, 9. 12. 18.

⁸ WA 285, 9. 1. 18.

⁹ GZ 276, 27. 11. 18.

¹⁰ GZ 281, 3. 12. 18.

¹¹ GZ 6, 9. 1. 19.

¹² OK 14, 18. 1. 19.

¹³ WB 153, 10. 2. 18.

¹⁴ WA 40, 18. 2. 19.

mißständen Schluß sein möge, und als dann die neue Regierung ihr Amt übernahm, hofften sicher manche auf Besserung. Auch die Regierung der Oberpfalz äußerte vorsichtigen Optimismus, als sie in ihrem Wochenbericht meldete, daß die Bauern die Heu- und Strohablieferung als äußerst lästig empfanden. Man glaubte aber, jetzt würde die Heeresversorgung wegfallen und durch die dadurch gewonnenen Mengen an Kaffee und Marmelade müßte sich die Ablieferung von Rüben, aus denen Ersatzprodukte hergestellt worden waren, verringern¹⁵. Bald allerdings mußten die meisten Leute feststellen, daß die staatliche Regulierung der Wirtschaft sich nicht geändert hatte und man machte dafür auch die Räte, die ja die Interessen der Bevölkerung vertreten sollten, verantwortlich. Als ab 1. Januar die Hausschlachtung von Schweinen verboten wurde, und dadurch wegen des vorzeitigen Schlachtens der Tiere für die Bauern Verluste eintraten, hieß es in der Nördlichen Oberpfalz, daß Gandorfer und die Landesbauernräte eine derartige Verordnung hätten verhindern sollen¹⁶. Tatsächlich waren mancherorts die Menschen sogar bereit, den als drückend und ungerecht empfundenen behördlichen Einschränkungen mit Gewalt zu begegnen. Am 10. Dezember 1918 beschlagnahmte ein Kontrolleur in einer Mühle in Pleystein im Bezirksamt Vohenstrauß 40 Ztr. Mehl, das von schwarzgemahlenem Getreide stammte. Gegen Abend erschien unter der Führung zweier Feldzugssoldaten an die 100 Personen, die sich gewaltsam in die Mühle Eintritt verschafften und das ganze dort vorhandene Getreide und Mehl plünderten¹⁷. Der „Weidener Anzeiger“ berichtet vom 20. Dezember von einer Mühle in Pleystein, wo der amtliche Kontrolleur, nachdem er „viel schwarzen Weizen“ dort beschlagnahmt hatte, von der Bevölkerung, die das Getreide dort habe mahlen lassen, vertrieben worden sei¹⁸. Es erscheint jedoch unwahrscheinlich, daß es sich bei dieser Meldung um einen neuen Vorfall handelte, da nach einer Plünderung durch 100 Personen die Ordnungsorgane wohl dafür gesorgt hätten, daß sich nicht im gleichen Ort bereits nach zehn Tagen dasselbe wiederholt. Vermutlich handelte es sich im zweiten Fall um eine verspätet abgelieferte Meldung des dortigen Lokalkorrespondenten des „Weidener Anzeigers“, so daß die Datierung vom 20. Dezember sich auf das Abschicken bzw. den Eingang der Nachricht bei der Redaktion beziehen dürfte, und nicht auf den Zeitpunkt des geschilderten Geschehens.

Auch Engpässe, die auf den ersten Blick als Kleinigkeiten erscheinen, wirkten sich auf die Stimmung der Bevölkerung aus. So kam Anfang Januar aus Fuchsmühl die besorgte Meldung, daß seit zwei Monaten dort kein Nähgarn und Zwirn mehr zu bekommen sei und daher nicht nur die Schneider keine Arbeit mehr hätten, sondern auch das Flicken von Kleidungsstücken kaum mehr möglich sei¹⁹. Als Mitte Februar die Milchknappheit ihren Höhepunkt erreichte, sah sich die Regierung der Oberpfalz gezwungen, schärfste Kontrollmaßnahmen anzuordnen, nicht nur um eine Besserung der Versorgung zu erzielen, sondern auch, um eine Verschärfung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land zu verhindern²⁰. Bereits Anfang Dezember 1918 war in der Nördlichen Oberpfalz darauf hingewiesen worden, daß die Lebensmittelversorgung nur dann garantiert werden könnte,

¹⁵ WB 1463, 25. 11. 18.

¹⁶ GZ 288, 11. 12. 18.

¹⁷ WB 1548, 16. 12. 18.

¹⁸ WA 297, 23. 12. 18.

¹⁹ GZ 3, 4. 1. 19.

²⁰ WB 153, 10. 2. 19.

wenn Stadt und Land zusammenhielten²¹. Tatsächlich war bisweilen ein solcher Gegensatz auch im Norden der Oberpfalz zu spüren, wo doch die größeren Orte ihre Verbindung zu der ländlichen Umgebung nicht verloren und durchaus auch eine persönliche Beziehung zwischen Land- und Stadtbewohnern bestand. Innerhalb eines Ortes waren die Arbeiter und die Bauern wegen der Milchablieferung aneinander geraten, obwohl man hätte meinen können, gerade die Nähe der Kontrahenden hätte zu gegenseitiger Einsicht in die jeweiligen Probleme führen müssen²². Doch das gegenseitige Mißtrauen und die Vorwürfe von zu geringer Ablieferung bzw. zu hohen Anforderungen überwogen. Die Behörden, hier in erster Linie die verschiedenen Gemeindevorstände und das Bezirksamt Tirschenreuth, konnten nicht helfen und die versteckte Androhung von Gewalt zeigt, welchen Einfluß die Regelung der Versorgung auf die Stimmung und das Verhalten der Bevölkerung haben konnte.

4. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Das Bedürfnis nach Sicherheit war in der Bevölkerung auch nach Kriegsende vorhanden und hatte sich sogar verstärkt, da die Ursachen dafür, Diebstähle, Hamsterei und die Grenzprobleme nicht verschwunden waren. Da Einbrüche und Hamstereien von den Ordnungshütern kaum verhindert werden konnten, setzte sich der Ruf nach einer Bürgerwehr, die den Schutz von Eigentum und Leben selbst übernehmen sollte, schließlich durch²³. Die Tatsache, daß sich in fast jeder größeren Gemeinde genügend Freiwillige fanden, zeigt, wie entschlossen man war, selbst für seine Sicherheit zu sorgen, wenn man das Gefühl hatte, daß von behördlicher Seite nicht genügend dafür getan wurde. Freilich fehlt wegen der nicht durchgeführten Bewaffnung der endgültige Beweis für die Tauglichkeit und Beständigkeit der Bürgerwehren, denn für ein reibungsloses Funktionieren hätte das Bestreben des Einzelnen nach der eigenen Sicherheit in ein Engagement für das Gemeinwohl integriert werden müssen. Dies auf den Dörfern durchzuführen, wurde von den mit der Organisation der Bürgerwehren beauftragten Bezirksamtern nicht überall als möglich angesehen, wie die Bedenken des Bezirksamtmanns von Neustadt/WN. zeigen, der befürchtete, daß die ausgegebenen Waffen auch zum Austragen örtlicher Konflikte benutzt werden würden²⁴.

Gerade in der Nördlichen Oberpfalz mit ihrer Grenzlinie zu Böhmen war neben den Eigentumsdelikten auch wegen der politischen Ereignisse im neugegründeten tschechischen Staat die Sorge um die Sicherheit groß. Nach der erfolgten Besetzung Böhmens durch tschechische Truppen wuchs die Angst vor einem Eindringen der Tschechen in die bayerischen Grenzämter, die durch das Angebot des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau, Teile der Oberpfalz an die Tschechoslowakei abzutreten, sowieso geschürt worden war²⁵. Obwohl am 9. Dezember die amtliche Mitteilung erfolgte, daß ein derartiger Schritt nicht vollzogen

²¹ GZ 281, 3. 12. 18.

²² GZ 8, 11. 1. 19. In Pleußen hatte der Arbeiterrat den Bauern mit der Anwendung von Gewalt gedroht, wenn diese nicht mehr Milch und Butter abliefern würden. Der Bauernrat hatte daraufhin geantwortet, die Bauern würden sich zu wehren wissen.

²³ Siehe oben S. 148 f.

²⁴ BvU, 2. 12. 18. Bezirksamt Neustadt/WN. an Regierung der Oberpfalz.

²⁵ GZ 281, 3. 12. 18.

würde²⁶, blieb eine allgemein gedrückte Stimmung zurück²⁷. Im Januar 1919 war die Abneigung gegen die wegen der Ereignisse in Böhmen einquartierte Verstärkung der Grenztruppen dann allerdings recht groß, und die Grenzämter verlangten von der Regierung der Oberpfalz ihren Abzug, da Störungen von Böhmen aus nicht mehr zu befürchten seien²⁸. Das Bezirksamt Tirschenreuth klagte schließlich das Benehmen der Grenzschutzsoldaten an, denen nicht viel an ihrer Aufgabe gelegen schien, die Grenze zu sichern. Die Klage wurde aber dann durch eine erfolgte Reduzierung der Grenztruppen gegenstandslos²⁹. Am 3. Februar 1919 stellte die Regierung in Regensburg in ihren Wochenbericht allgemein den Antrag auf eine Verringerung der, so wörtlich, „lästigen“ Grenzschutzkommandos³⁰. Das Bestreben der Grenzämter nach Sicherheit ging anscheinend nicht so weit, Sicherheit um jeden Preis zu akzeptieren, genauso wie bei der Bevölkerung, die die Schutztruppen mehr als Übel wie als Hilfe betrachtete.

3. Kapitel: Die Räteherrschaft nach dem Tode Eisners

I. Die politische Lage in der Nördlichen Oberpfalz

1. Die Reaktion auf die Ermordung Eisners und die nachfolgenden Ereignisse in München

Die Öffentlichkeit in der Nördlichen Oberpfalz war über die Ermordung Kurt Eisners und die Folgen in München durch die entsprechenden Artikel der Tagespresse gut informiert. Obwohl die konservativ eingestellten Lokalblätter die Regierung Eisner in ihrer Arbeit schwer kritisiert hatten, verurteilten sie doch deren gewaltsames Ende¹. Nach dem ersten Schock gaben auch die politischen Parteien Stellungnahmen ab, in denen sie die politische Gewalt und natürlich auch die Ermordung Eisners verurteilten. Am 27. Februar 1919 hielt die SPD in Weiden eine Trauerkundgebung ab, auf der auch der Abgeordnete Steeger aus Bayreuth sprach, der den Mord an Kurt Eisner verurteilte. Gleichzeitig wurde ein Aufruf erlassen, der dazu aufforderte, nicht zu streiken und die Ordnung aufrechtzuerhalten. In einer anschließenden Resolution wurde die Abscheu vor politischem Mord ausgedrückt. Die Versammlung löste sich in voller Ruhe wieder auf². Die BVP betrachtete die Attentate in München als eine Gefährdung der bayerischen Selbständigkeit, da diese das Zusammentreten des ordnungsgemäß gewählten Landtags verhindert hatten und nach der vorläufigen Reichsverfassung nur diejenigen Gliedstaaten im Reichsrat vertreten sein sollten, die bis zum 31. März 1919 eine von einem gesetzmäßig gewählten Landtag bestimmte Regie-

²⁶ WA 285, 9. 12. 18.

²⁷ WB 1548, 16. 12. 18.

²⁸ WB 55, 13. 1. 19.

²⁹ WB 110, 27. 1. 19.

³⁰ WB 135, 3. 2. 19.

¹ Vgl. WA, GZ, OK vom 22. 2.—27. 2. 19, entsprechende Berichte und Kommentare.

² OK 48, 28. 2. 19.

rung besäßen³. In Mitterteich veranstaltete die SPD eine Protestkundgebung gegen die schlechte wirtschaftliche Lage der Bevölkerung und die Morde in München. Auf der nachfolgenden Versammlung in einem Gasthaus sprachen auch der katholische Ortpfarrer und der Bürgermeister (BVP), sowie der SPD-Abgeordnete Geyer aus Tirschenreuth. Erörtert wurden die allgemeine Lage in Bayen, das Rätssystem und die Morde in München. Trotz der politischen Meinungsverschiedenheiten in der Bevölkerung war man sich einig in den drei schlagwortartigen Forderungen Frieden, Brot und Freiheit. Auch auf dieser Kundgebung wurden Ruhe und Ordnung bewahrt⁴.

Die ersten Auswirkungen auf die Ausrufung der Räterepublik am 7. April erfuhren die Bewohner der Nördlichen Oberpfalz zwei Tage später, als das III. Armeekorps Nürnberg gegen die Nachahmung der Räterepublik über die Orte seines Zuständigkeitsbereiches den verschärften Kriegszustand verhängte. Ohne behördlichen Ausweis durfte sich zwischen 11 Uhr nachts und 5 Uhr früh niemand mehr auf der Straße befinden. Am gleichen Tage wurde auch die erste Nachahmung der Räterepublik in München gemeldet. Einen Tag zuvor, am 8. März, war in Hof ebenfalls die Räterepublik ausgerufen worden⁵. Der Arbeiterrat von Neustadt/WN. erklärte sich am 10. April sowohl der Regierung Hoffmann als auch der Räteregierung in München gegenüber für neutral und stellte fest, er wolle die Entwicklung der Dinge abwarten. Beamte und Arbeiterschaft stünden auf dem gleichen Standpunkt⁶. Einen Tag später erklärte sich die DDP im „Weidener Anzeiger“ gegen die Räterepublik und für Hoffmann. Der Arbeiterrat von Vohenstrauß sowie der dortige Bezirksbauernrat und der Rat der geistigen Arbeiter bekundeten ebenfalls ihre Treue zur Bamberger Regierung und kündigten für den kommenden Samstag eine öffentliche Protestkundgebung gegen die Rätediktatur an⁷. Der Bezirksbauernrat Tirschenreuth-Waldsassen war auch gegen die Räterepublik und wollte sich „unter allen Umständen“ hinter die Regierung Hoffmann stellen⁸. In Weiden sprachen sich BVP und DDP noch einmal für Hoffmann aus und auch die dortige Arbeiterschaft aller politischen Parteien hatte sich tags zuvor auf einer Versammlung für die Bamberger Regierung entschieden. Aus Amberg kam die Nachricht, dort sei die Räterepublik gestürzt worden⁹. Am 7. April war der Magistrat durch Arbeiterräte ersetzt worden, doch waren die Bauernräte damit nicht einverstanden und drohten mit einer Einstellung der Lebensmittellieferungen. Nachdem sich auch Bürgertum, die Beamtenschaft und die Garnison für die Regierung Hoffmann ausgesprochen hatten, ging dieses Zwischenspiel am 11. April wieder vorbei und die vorherigen Zustände wurden wiederhergestellt¹⁰. In Weiden war anfangs ebenfalls die Räterepublik ausgerufen worden, doch stimmte man bald darauf, wie vermutet wurde, auf Druck der Bauernräte der Regierung Hoffmann zu¹¹. Tatsächlich gab der Bezirksbauernrat Neustadt/WN.-Weiden am 13. April bekannt, er sei auf

³ OK/49, 1. 3. 19.

⁴ GZ 54, 6. 3. 19.

⁵ Beide Meldungen: OK 82, 9. 4. 19.

⁶ WA 83, 10. 4. 19.

⁷ WA 84, 11. 4. 19.

⁸ OK 84, 11. 4. 19.

⁹ OK 85, 12. 4. 19.

¹⁰ WB 378, 14. 4. 19.

¹¹ Ibid.

der Seite der Regierung Hoffmann und des rechtmäßig gewählten Landtags. In Vohenstrauß war die Räterepublik am 8. April anerkannt worden, doch erhob sich sofort der Protest der Bürger- und Arbeiterschaft, so daß von einem Erfolg der Räterepublik nicht gesprochen werden konnte¹². Eine Protestversammlung von Bürgern, Beamten, Bauern und nichtradikalen Arbeitern sprach sich in Erbdorf gegen die Räteherrschaft aus und drohte im Falle ihrer Einführung mit einem Bürgerstreik, während der Arbeiterrat von Neustadt/WN. zum wiederholten Male seine Neutralität bekundete¹³. Am 14. April wurde eine Proklamation der Regierung Hoffmann veröffentlicht, in der die Räterepublik als zusammengebrochen bezeichnet wurde (vermutlich wegen des Putsches der Münchner Garnison)¹⁴. Einen Tag später erschienen die ersten Anrufe zum Eintritt in die Volkswehr, um die Räteherrschaft in München zu stürzen¹⁵, doch wurde in den folgenden Tagen noch nichts von Freiwilligen gemeldet. Die Stellungnahmen der Bevölkerung gegen die Rätediktatur hingegen gingen weiter. Am 15. April fand in Vohenstrauß die angekündigte Massenversammlung der Einwohner statt, die sich für Hoffmann aussprachen und beschlossen, ein entsprechendes Telegramm an das III. Armeekorps und die Regierung in Bamberg zu schicken. Der Grenzschutz bei Vohenstrauß, der aufgefordert worden war, sich München anzuschließen, erklärte sich für neutral¹⁷. In Windisch-Eschenbach waren die Eisenbahnbeamten vom örtlichen Arbeiterrat aufgefordert worden, sich München anzuschließen, sie zogen aber die Neutralität vor. Daraufhin beschloß der Arbeiterrat, auf einer Versammlung das Eisenbahnpersonal zu fragen, ob es für oder gegen Hoffmann sei und drohte, es abzusetzen, wenn es für diesen sein sollte¹⁸. Der Ausgang dieser vereinzelt pro-münchenerischen Aktion war leider nicht weiter zu verfolgen, doch sprachen sich die Bauernräte von Windisch-Eschenbach, Neuhaus und acht weiteren Gemeinden in der Umgebung am 16. April auf einer Versammlung rückhaltlos für die vom Landtag gewählte Regierung aus und betonten die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Bürger- und Arbeiterräten¹⁹. Am 13. April hatte in Bruck der Bauernrat eine Versammlung der Bevölkerung organisiert, auf der die Sympathie für Hoffmann bekundet werden sollte. Der örtliche Arbeiterrat hatte versucht, die Zusammenkunft mit Druck und Radau zu sprengen, doch dies war mißlungen. Daraufhin wurde er von der Bevölkerung abgewählt und am 19. April fanden Neuwahlen für einen neuen Arbeiterrat statt²⁰. Am 20. April erschienen erneute Aufrufe, die zu den Waffen riefen, da das Vaterland in Gefahr sei²¹ und drei Tage später verließ der erste Freiwilligentransport Weiden in Richtung Nürnberg, um von dort nach München geschickt zu werden²². Weitere Aufrufe folgten²³ und am 27. April

¹² OK 86, 13. 4. 19, vgl. auch Treueerklärung der Räte in Vohenstrauß vom 11. 4. 19, siehe oben S. 174, Anm. 7.

¹³ OK 86, 13. 4. 19.

¹⁴ WA 86, 14. 4. 19.

¹⁵ OK 87, 15. 4. 19.

¹⁶ OK 88, 16. 4. 19.

¹⁷ GZ 89, 16. 4. 19, auch bereits WA 85, 12. 4. 19.

¹⁸ OK 89, 17. 4. 19.

¹⁹ GZ 91, 18. 4. 19.

²⁰ WA 91, 22. 4. 19.

²¹ OK 91, 20. 4. 19.

²² WA 92, 23. 4. 19.

²³ OK 93, 24. 4. 19.

verließen 60 Mann unter dem Jubel der Bevölkerung Weiden mit dem Zug, um sich dem bayerischen Schützenkorps unter Oberst von Epp anzuschließen²⁴. Tags zuvor hatte sich der Bürgermeister von Waldsassen von den beiden Stadtkollegien vier Wochen Urlaub erbeten, um sich zur Volkswehr melden zu können und die Regierung zu unterstützen²⁵. Am 27. April erschien im „Oberpfälzischen Kurier“ die Nachricht, daß der Mörder Eisners, Graf Arco Valley, von spartakistischen Soldaten aus der Klinik geschleppt worden war, in der man ihn untergebracht hatte, nachdem ihn Eisners Leibwache schwer verletzt hatte, und ermordet worden sei²⁶. In dieser Zeit der politischen Stellungnahmen fällt es auf, daß laut Vermerk im Wochenbericht der Regierung der Oberpfalz vom 28. April der Arbeiterrat von Tirschenreuth noch immer keine Stellungnahme abgegeben hatte, ob er für oder gegen die Regierung Hoffmann war²⁷. Mittlerweile waren auch aus Neustadt/WN. zahlreiche Freiwillige aus allen Ständen in die Freikorps eingetreten, darunter auch einige Studenten; die Bevölkerung des Ortes stellte sich auf einer Massenveranstaltung ebenfalls hinter die Bamberger Regierung²⁸. Der Arbeiterrat und die SPD-Gruppe von Waldsassen stellten sich am 30. April auf die Seite der Regierung Hoffmann²⁹, am gleichen Tage, als ihr Bürgermeister an der Spitze von Freiwilligen aus Waldsassen und Umgebung nach München fuhr, um sich der Weißen Garde zur Verfügung zu stellen. Am 1. Mai, als die Räteherrschaft in München praktisch schon zerschlagen war, verließen zum dritten Mal Freiwillige die Stadt Weiden, um für die Regierung Hoffmann zu kämpfen³⁰.

2. Die Räte und die Bevölkerung

Als die Nachricht von der Ermordung Eisners und von den Schüssen im Landtag die Nördliche Oberpfalz erreichte, zeigte es sich, daß sich manche Behörden bei der nötigen Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung auf die Räte stützten. So ließ das Bezirksamt Tirschenreuth in der „Grenzzeitung Waldsassen“ die Bevölkerung auffordern, wegen der Mordtaten Ruhe und Ordnung zu bewahren und die örtlichen Arbeiter- und Bauernräte bei deren Aufrechterhaltung zu unterstützen³¹. Die Räte selbst waren trotz dieser Ordnungsfunktion den Bürgern gegenüber verantwortlich und konnten von ihnen abgelöst werden. Am 3. März fand in Waldsassen eine Volksversammlung statt, auf der die Auflösung des bisherigen Arbeiter-, Bürger- und Bauernrates beschlossen wurde. Im Anschluß daran wurden durch mündliche Aufstellung und Akklamation ein dreiköpfiger Bauernrat und ein zwölköpfiger Arbeiterrat gewählt. Dem letzteren gehörten nun auch zwei Lehrer an, die mit der SPD sympathisierten³². In Weiden schienen etliche Einwohner ihrem Arbeiter- und Soldatenrat nicht sehr zu trauen, da sich dieser am 4. März genötigt sah, öffentlich vor der Verbreitung des Gerüchts zu

²⁴ OK 96, 27. 4. 19.

²⁵ GZ 97, 27. 4. 19.

²⁶ OK 96, 27. 4. 19.

²⁷ WB 425, 28. 4. 19.

²⁸ OK 97, 29. 4. 19.

²⁹ GZ 99, 30. 4. 19.

³⁰ WA 98, 30. 4. 19.

³¹ GZ 49, 28. 4. 19.

³² GZ 52, 4. 3. 19. Vgl. auch Beschwerde über die Unfähigkeit des Waldsassener Arbeiterrates: GZ 41, 19. 2. 19.

warnen, daß Arbeiter- und Soldatenräte bei Hausdurchsuchungen Wäsche oder Lebensmittel beschlagnahmten und unter sich verteilten. Es handle sich hier um eine üble Nachrede, und jeder, der bei deren Verbreiten festgestellt werden sollte, würde in den Tageszeitungen namhaft gemacht werden³³. Es ist allerdings schwer, die Fähigkeit oder Redlichkeit von Räten aus den Berichten über sie zu erschließen, da es auf den Standpunkt des Berichtenden ankommt, und es fast immer jemanden gab, der mit der Arbeit der Räte unzufrieden war. Ein Beispiel hierfür ist der Vermerk im Wochenbericht der Regierung der Oberpfalz vom 10. März 1919, wo es heißt, es bestehe Klage, daß manche Bauernräte die Landwirte beeinflussten, kein Schlachtvieh mehr abzuliefern³⁴. Den Landwirten mußte ein solcher Rat naturgemäß willkommen sein, den jeweiligen Kommunalverbänden nicht. Es gab aber auch Fälle, wo sich Räte unzweifelhaft positiv bewährten, wie in Weiden, wo Mitte März aufgehetzte, meist vorbestrafte Erwerbslose dem Stadtmagistrat mit einem Putsch drohten, wenn nicht diverse weitgehende Forderungen erfüllt würden. Die Unruhen wurden vereitelt, indem der Bürgermeister mit Unterstützung des Soldatenrates die Rädelsführer verhaftete³⁵. In Waldsassen sprach der Arbeiterrat eine deutliche Warnung gegen die örtlichen Geschäftsleute aus, von denen viele Waren zurückhielten, um sie später mit höherem Profit weiterverkaufen zu können. Vor allem Tabakwaren wurden gehortet und mit Vorliebe an zahlungskräftige Kunden aus Eger abgegeben. Bei Bekanntwerden solcher Fälle wurde mit Anzeige beim Kriegswucheramt gedroht³⁶. Auf der anderen Seite hörte man Vorwürfe, daß örtliche Arbeiter- und Bauernräte gerade bei der Bekämpfung des Schleichhandels nicht immer auf der Seite des Gesetzes stünden und an den illegalen Geschäften beteiligt seien. Man versprach sich diesbezüglich Abhilfe von der Einführung neugebildeter Kreisarbeiterräte im Regierungsbezirk, die im Regierungsgebäude in Regensburg ihrer Tätigkeit nachgehen sollten³⁷. In Fuchsmühl, wo der Forstfrevler außerordentlich überhand genommen hatte, war es auch den Arbeiterräten nicht gelungen, diesen zu verhindern³⁸, während bei ähnlichen Holzdiebstählen in den Forstämtern Mitterteich und Wondreb durch einsichtiges Vorgehen der Forstbeamten und durch die Mitwirkung des Mitterteicher Arbeiterrats eine erhebliche Besserung erzielt werden konnte³⁹.

In Neustadt/WN. kam es am 27. April auf einer Volksversammlung zur Wahl von Bürger-, Beamten- und Bauernräten, da diese Stände bei der letzten Wahl des Arbeiterrates ausgeschaltet worden waren. Von den Veranstaltern wurde betont, die Wahl habe keinen parteipolitischen Hintergrund, es gehe lediglich um die Wahrung der Interessen der gesamten Bevölkerung⁴⁰. Am 11. April war in Weiden bereits ein neuer Arbeiterrat gewählt worden⁴¹. Die durchgeführten Neuwahlen in Waldsassen, Weiden und Neustadt/WN. zeigen, wenn auch keine genauen Angaben über die Ursachen bestehen, daß die Bevölkerung sich nicht

³³ OK 51, 4. 3. 19.

³⁴ WB 232, 10. 3. 19.

³⁵ WB 258, 17. 3. 19.

³⁶ GZ 65, 19. 3. 19.

³⁷ WB 279, 24. 3. 19.

³⁸ WB 318, 31. 3. 19.

³⁹ WB 360, 7. 4. 19.

⁴⁰ OK 98, 30. 4. 19.

⁴¹ OK 84, 11. 4. 19.

etwa von den politischen Ereignissen in München beeinflussen ließ und die Räte als Vorgesetzte respektierte, sondern sie als von ihr selbst bestimmte Interessenvertretung betrachtete, die nötigenfalls auch neu gewählt werden konnte.

3. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

In der Zeit nach der Auflösung der Regierung Eisner ist in der Bevölkerung eine zunehmende Radikalisierung festzustellen. Für den 2. März war in Fuchsmühl eine Protestkundgebung gegen den Religionserlaß des Ministeriums Hoffmann (damals noch Soziale Fürsorge) anberaumt, die jedoch nicht stattfinden konnte, weil der angekündigte Referent, der Mitterteicher Pfarrer Vielberth, auf seinem Weg nach Fuchsmühl in der Ortschaft Tirschnitz von einer Gruppe von Männern und Burschen angehalten und unter Drohungen und Beleidigungen mit seinem Gespann zur Umkehr gezwungen worden war⁴². Im Wochenbericht der Regierung in Regensburg vom 3. März wurde anläßlich der Trauerfeiern für Kurt Eisner aus Furth i. W., Auerbach und Windisch-Eschenbach von Ausschreitungen berichtet, die allerdings nicht näher beschrieben wurden⁴³. Die Regierung wies auch allgemein auf die zunehmende Widerspenstigkeit der Bevölkerung gegenüber Anordnungen der Behörden hin⁴⁴. In Windisch-Eschenbach kam es Mitte März erneut zu scharfen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und der Bürgerschaft, die zwar durch persönliches Eingreifen des Bezirksamtmanns von Neustadt/WN. beigelegt werden konnten, jedoch ohne Garantie gegen eine Wiederholung. Etwa zur gleichen Zeit drohten in Weiden, wie oben schon erwähnt, meist vorbestrafte Erwerbslose mit einem Putsch gegen die Stadtverwaltung, wenn ihnen nicht diverse Forderungen (nicht näher bezeichnet) erfüllt würden. Der Bürgermeister ließ mit Hilfe des Soldatenrats die Rädelführer verhaften, so daß die Unruhen nicht stattfanden. Dem Hauptanführer namens Michaelis, einem Norddeutschen, gelang jedoch, sich rechtzeitig nach Schwandorf abzusetzen⁴⁵. Am 31. März kam es ebenfalls in Weiden im Landgerichtsgefängnis zu einem Ausbruchversuch von zwölf Häftlingen, der durch Schreckschüsse von Polizei und Soldatenrat verhindert werden konnte. Nur einer der zwölf konnte entkommen. Der Plan zum Ausbruch war während des Rundgangs gefaßt worden und die Gefangenen geben als Grund die bestehende Versorgungslage an. Die Angelegenheit erhielt aber insofern auch politischen Charakter, als als Aufwiegler ein Häftling ermittelt werden konnte, der fünf Monate zuvor von der örtlichen Sicherheitswehr aufgegriffen und ins Gefängnis eingeliefert worden war. Er hatte die Sicherheitsmannschaften in der Nacht für Spartakisten gehalten und wollte sich von ihnen für spartakistische Tätigkeiten anwerben lassen. Daraufhin war er sofort verhaftet worden⁴⁶. Am 1. April veranstalteten in Neustadt/WN. Fabrikarbeiter einen Demonstrationsumzug wegen der schlechten Lebensmittelversorgung. Der Bezirksamtsassessor empfing im Rathaus eine Deputation, die ihre Not darlegte. Die Hauptpunkte waren die Ausgabe von schlechtem Fleisch, die mangelnde Belieferung der Fleischkarten und die schlechte Milchversorgung.

⁴² GZ 51, 2. 3. 19.

⁴³ WB 210, 3. 3. 19.

⁴⁴ WB 232, 10. 3. 19, WB 258, 17. 3. 19.

⁴⁵ WB 258, 17. 3. 19.

⁴⁶ OK 75, 1. 4. 19, WA 74, 31. 3. 19, WB 360, 7. 4. 19.

Die Versammlung selbst nahm einen friedlichen Verlauf⁴⁷. Als dann wegen der Ereignisse in München Ende April die wenigen verlässlichen Truppen aus der Nördlichen Oberpfalz nach Südbayern verlegt wurden, stieg die Befürchtung vor spartakistischen Umtrieben in den nahezu schutzlos gewordenen Orten, denen die nur allmählich gebildete Volkswehr nur schwer hätte entgegentreten können⁴⁸. Bei allen diesen geschilderten Unruhen ist mit Ausnahme der Demonstration in Neustadt/WN. neben der schon bekannten schlechten Versorgungslage als Ursache eine wachsende politische Komponente festzustellen, bei der der allgemeine Unmut bisweilen durch eingesickerte Agitatoren in eine radikale Richtung gelenkt wurde.

Zusätzlich zu den Unruhen stellten aber auch die schon bekannten Eigentumsdelikte eine immer größere Belastung der Sicherheit dar. Dabei ging es meist um Geld, Lebensmittel, Haustiere und Kleider. Am 5. März ließ die Stadtverwaltung Weiden bekanntgeben, sie sehe sich außerstande, für die wiederholten Kleiderdiebstähle in den Schulen zu haften⁴⁹. Eine Woche später wurde einem Bauern in Dobrigau der Geldschrank aus dem Hause gestohlen, doch gelang es den Dieben nicht, ihn zu öffnen. Am gleichen Tag, dem 11. März, wurde dem Gastwirt von Themenreuth ein Pferd aus dem Stall geholt⁵⁰. In Höflas drang ein Einbrecher am folgenden Tag in ein Anwesen ein, dessen sämtliche Bewohner in der Kirche beim Nachmittagsgottesdienst waren und erbeutete 4000 M und etliche Lebensmittel⁵¹. In Weiden wollten am 16. März einige Soldaten am Schlörplatz einen Ochsen verkaufen. Da dies gegen die Vorschriften der Fleischversorgungsstelle verstieß, wurden Nachforschungen angestellt, die ergaben, daß das Tier einer Witwe im benachbarten Freihung gehörte. Einer der Soldaten konnte ergriffen werden. Auch Obstbäume waren nicht sicher. Einem Gutsbesitzer in Weiden wurden sechs Obstbäume säuberlich ausgegraben und fortgeschleppt⁵². Ein Einbrecher in Altenstadt bei Neustadt/WN., dem es nicht gelang, in ein Bauernhaus einzudringen, entfernte dafür aus einem im Stall gefundenen Ochsengeschirr die Lederstränge und Zügel⁵³. Andauernde Klage wurde auch über die Geflügel- diebstähle erhoben. In einer Weidener Gärtnerei wurden mehrere Leghennen gestohlen und an Ort und Stelle geschlachtet. Als Täter wurden Zigeuner vermutet⁵⁴.

Neben Einbrüchen und Diebstählen war auch ein Ansteigen der Forstfrevel zu vermerken. Ab März 1919 führte die Regierung der Oberpfalz in ihren Wochenberichten fast regelmäßig Klage darüber. Vor allem im Bezirksamt Tirschenreuth, wie z. B. in Fuchsmühl, wurde Holz wild geschlagen und es war den Behörden kaum möglich, die Schuldigen festzustellen, da die Bevölkerung stets zu den Übeltätern hielt⁵⁵. Auf diese Weise wurden dort ganze Waldteile gerodet, aber das Holz wurde nicht wegen der Brennstoffnot gestohlen, sondern um gewinnbringend weiterverkauft zu werden⁵⁶. Versuche, im Lehwald bei Fuchs-

⁴⁷ WA 78, 4. 4. 19, WB 360, 7. 4. 19.

⁴⁸ WB 425, 28. 4. 19.

⁴⁹ OK 52, 5. 3. 19.

⁵⁰ GZ 60, 13. 3. 19.

⁵¹ GZ 61, 14. 3. 19.

⁵² WA 62, 17. 3. 19.

⁵³ GZ 93, 23. 4. 19.

⁵⁴ GZ 97, 29. 4. 19.

⁵⁵ WB 210, 3. 3. 19, WB 232, 10. 3. 19.

⁵⁶ WB 258, 17. 3. 19.

mühl den Forstfrevel einzudämmen, waren trotz Benehmens mit den dortigen Arbeiterräten ohne Erfolg⁵⁷. Lediglich aus den Forstämtern Mitterteich und Wondreb wurde, wie schon erwähnt, im April eine erhebliche Besserung gemeldet, die dem einschichtigen Vorgehen der Forstbeamten und der Mitterteicher Arbeiter- räte zugeschrieben wurde⁵⁸.

Wegen der ständigen Verschlechterung der Sicherheitszustände wurden die Gendarmerieposten ungefähr ab Anfang März in verschiedenen Orten durch Soldaten verstärkt. Am 4. April wurde die Erweiterung der Gendarmeriestation Windisch-Eschenbach durch Soldaten bekanntgegeben, die nötig war, um den Schleichhandel und den Reiseverkehr kontrollieren zu können. Kurz darauf gab es allerdings auch schon die ersten Beschwerden über die Brauchbarkeit der Hilfs- gendarmen. Das Bezirksamt Neustadt/WN. klagte, die ihm überstellten Hilfs- gendarmen seien junge Leute ohne jedes Verantwortungsgefühl und Interesse am Sicherheitsdienst. Für sie sei dieser nur eine Gelegenheit, um, so wörtlich, „spazie- renzugehen und sich wichtig zu machen“. Bis auf einen zuverlässigen Mann wurde daher die Verstärkung nach wenigen Tagen wieder der Truppe zur Ver- fügung gestellt, um größere Kosten zu vermeiden⁵⁹. Bessere Erfahrungen machte das Bezirksamt Tirschenreuth, wo drei Soldaten vom Grenzschutzbatallion 53 als Hilfspolizisten in den Amtsbezirk Waldsassen abgestellt worden waren. Da diese sich als Gendarmeriebewerber gemeldet hatten, kamen sie ihren Pflichten entsprechend eifrig nach. Ein Vorteil von dieser geringen Verstärkung wurde vom Bezirksamt aber nicht erwartet, da eine Vermehrung des Personals einer Polizeistation um zwei bis drei Mann gegen Plünderungen auf dem Land und in den Industriestädten wirkungslos sei. Unter der betonten Voraussetzung, daß zuverlässige Leute zu bekommen wären, erschien dem Bezirksamtmann die Er- richtung von Militärkommandos von jeweils zehn Mann und ihre Unterstellung unter die Gendarmeriestationen gegen Plünderungen zweckmäßiger. Als in Be- tracht kommende Standorte nannte er die Posten in den Industrieorten wie Wiesau, Fuchsmühl, Waldershof, Mitterteich, Tirschenreuth und Waldsassen. Bei Verringerung oder Einziehung des militärischen Grenzschutzes waren noch die grenznahen Stationen Bärnau, Mähring, Neualbenreuth und Plößberg vorge- sehen⁶⁰. Im Bezirk Vohenstrauß hatten sich die Hilfspolizisten in keiner Weise bewährt. Die dortigen Stationsbefehlshaber hatten nur den Wunsch, daß diese bald wieder abgezogen würden. Beklagt wurden vor allem zu wenig Disziplin und Gewissenhaftigkeit, dazu kamen noch eigenmächtiger Urlaub und Urlaubs- überschreitungen. Zum Zeitpunkt dieser Meldung war im Bezirk Vohenstrauß noch die folgende Zahl von Hilfspolizisten stationiert: Gendarmeriestation Vohenstrauß zwei, Eslarn zwei, Leuchtenberg einer, Moosach zwei, Neuenham- mer zwei, Waidhaus und Waldthurn ebenfalls je zwei Mann⁶¹.

Als sich im April die politische Lage verschärfte, wurden trotz der vorgebrach- ten Nachteile die Gendarmeriestationen weiter mit Soldaten verstärkt. Am 10. April erhielt die Station in Neustadt/WN. wegen der gesamten Lage Ver- stärkung durch Soldaten aus der Garnison Weiden⁶². Die Bauern und Klein-

⁵⁷ WB 318, 31. 3. 19.

⁵⁸ WB 360, 7. 4. 19.

⁵⁹ BvU, 8. 3. 19. Bezirksamt Neustadt/WN. an Regierung der Oberpfalz.

⁶⁰ Bezirksamt Tirschenreuth an Regierung der Oberpfalz.

⁶¹ BvU, 9. 3. 19. Bezirksamt Vohenstrauß an Regierung der Oberpfalz.

⁶² OK 84, 11. 4. 19.

bürger hingegen verstanden nicht, warum man ihren dringenden Anträgen auf Bewaffnung gegen spartakistische Ausschreitungen und Räubereien nicht nachgab. Auf der anderen Seite war es dringend notwendig, daß sich wegen der „bolschewistischen Gefahr“ Freiwillige zum Heeresdienst meldeten, doch gerade die erfahrenen, gedienten Leute wollten in kein Heer, das nicht von Offizieren, sondern von Räten befehligt wurde, und das, wie bei den Grenztruppen, keine gute Disziplin besaß⁶³. Daher wurde in manchen Gemeinden, besonders auf dem Lande, lieber eine eigene Volkswehr gebildet, wie etwa Ende April in Meerbodeneuth, die für die Sicherheit in diesem Dorf und der Umgebung zuständig sein sollte⁶⁴.

4. Die Grenze zu Böhmen

Das Verhältnis zu den böhmischen bzw. tschechischen Nachbarn bot nach wie vor Anlaß zur Sorge um die Sicherheit. In den Ortschaften an der Grenze herrschte Ende Februar ständige Furcht vor Hamsterern und Dieben. Obwohl der Grenzschutz immer wieder solche Leute aufgriff und ihr Gepäck beschlagnahmte, war man allgemein der Ansicht, gegen diese große Zahl könne man sich nur wehren, wenn man keine Lebensmittel mehr abgebe⁶⁵. Als Mitte März die Grenze nach Böhmen wieder geöffnet wurde, kam es zu einer erneuten Vermehrung der Hamsterer und Bettler⁶⁶. Die Matrosen, die Ende März für die abgezogene Infanterie den bayerischen Grenzschutz übernahmen, erwiesen sich zwar als tüchtiger⁶⁷, den Zustrom von Schleichhändlern und Dieben einstellen konnten sie jedoch auch nicht. So wurde Ende April in Poppenreuth ein Schleichhändler aus Marienbad festgenommen, der 30 000 Kronen bei sich hatte⁶⁸. Am 26. April wurde aus dem Einödhof Neumühle bei Mähring ein Ochse gestohlen und als Täter wurden böhmische Nachbarn vermutet, die in dem Ort oft verkehrten und gute Ortskenntnisse besaßen⁶⁹. Tatsächlich wurde das Tier eine Woche später in einer Metzgerei der böhmischen Stadt Plan entdeckt, wohin es von zwei jungen Burschen für 5000 Kronen verkauft worden war⁷⁰. Auch die offiziellen Grenzbeziehungen gestalteten sich hin und wieder schwierig. Ab 27. Februar 1919 war die Grenze bis zum 9. März gesperrt. Züge verkehrten nur bis Waldsassen. Als Grund für die von deutscher Seite erfolgte Maßnahme galt die Abstempelung der Kronen-Noten durch Österreich, da diese eine Schädigung der ausländischen Kronenbesitzer darstellte⁷¹. Am 11. März wurde aber dann bereits wieder die Öffnung der Grenze bekanntgegeben⁷². Mit Empörung wurde unter den oberpfälzer Grenzbewohnern die Nachricht von der Zerschlagung einer Demonstration von Deutsch-Böhmen am 3. März in Eger aufgenommen, wo tschechisches Militär ohne Befehl in die Menge geschossen und die Straßen mit dem Bajonett

⁶³ WB 400, 22. 4. 19.

⁶⁴ OK 98, 30. 4. 19.

⁶⁵ GZ 46, 25. 2. 19.

⁶⁶ WB 258, 17. 3. 19. Grenzschießung: siehe unten S. 185.

⁶⁷ WB 318, 31. 3. 19.

⁶⁸ WA 94, 25. 4. 19.

⁶⁹ WA 99, 2. 5. 19.

⁷⁰ WA 102, 6. 5. 19.

⁷¹ GZ 49, 28. 2. 19. Österreich stempelte alle Kronennoten im Inlandsbereich und erkannte alle im Ausland zirkulierenden ungestempelten Noten nicht mehr als gültig an.

⁷² GZ 58, 11. 3. 19.

geräumt hatte. Ein Toter und mehrere Schwerverletzte waren zu beklagen⁷³. Genauso reagierte man auf die Mitteilung aus Eger vom 13. März, wonach alle wehrfähigen Deutsch-Böhmen innerhalb von 48 Stunden zu den tschechischen Fahnen einrücken mußten⁷⁴. Das Mißtrauen gegen den neuen tschechischen Staat wurde weiter gefördert, als am 12. März bei Neualbenreuth ein tschechischer Spion in bayerischer Uniform festgenommen wurde, der gut Deutsch sprach und sich für die Stärke des bayerischen Grenzschutzes interessierte. Bei einer Durchsichtung in der Grenzstation Querenbach wurde ein Zettel mit Namen von Grenzorten und der Zahl der jeweils dort befindlichen Grenztruppen bei ihm gefunden⁷⁵. Am 25. März kehrten zwei Bürger aus Neualbenreuth im benachbarten böhmischen Ulrichsgrün in einem Gasthaus ein, wo sie von einer tschechischen Grenzpatrouille kontrolliert wurden. Obwohl beide gültige Grenzpässe besaßen und einem der tschechischen Soldaten schon länger bekannt waren, wurden sie festgenommen und nach Marienbad verbracht, wo sie nach Überprüfung der Umstände sofort wieder freigelassen wurden. Als Motiv für dieses Vorgehen der Tschechen wurde genannt, daß man dem Wirt des Ulrichsgrüner Gasthauses, der sich bisher geweigert hatte, tschechische Soldaten ins Quartier zu nehmen, auf diese Weise seine bayerischen Gäste vertreiben wollte⁷⁶. Am 9. April wurde ein Sägewerksbesitzer aus Mähring mit seinen drei Knechten und drei Fuhrwerken beim Grenzübertritt verhaftet, als er einen großen Posten Holz, den er vor längerer Zeit auf österreichischem Gebiet erworben hatte und für den er von der früheren Regierung ausgestellte gültige Papiere besaß, zu seinen Betrieb transportieren wollte. Die tschechische Patrouille hatte die Ausfuhrerlaubnis für ungültig erklärt und ihn mit seinen drei Leuten festgenommen. Erst drei Tage später wurden die vier Personen nach langem Telephonieren und Hinterlegung einer Kautions von 350 M wieder freigelassen⁷⁷. Ein weiterer Punkt der bayerisch-böhmischen Beziehungen war die Belieferung mit Kohle. Darüber wird im folgenden Kapitel über die wirtschaftliche Situation berichtet werden.

II. Die Stimmung der Bevölkerung

Die Reaktion auf die politischen Ereignisse in München

Die Reaktion auf die Ermordung Kurt Eisners und die Attentate im Landtag bestand allgemein in Entrüstung und Mißbilligung der Vorfälle, doch kam es zu keinen Gewalttaten. In Tirschenreuth fand am 27. Februar eine Demonstration statt, zu der der Landtagsabgeordnete Geyer (SPD) aufgerufen hatte und bei der die Morde verurteilt wurden. Die Versammlung hielt Ruhe und Ordnung und hörte mit entblößtem Haupte zu¹. Am 5. März trafen sich in Mitterteich die Besucher einer Protestveranstaltung im Saal eines Gasthauses, wo neben dem Abgeordnete Geyer auch der Mitterteicher Stadtpfarrer als Redner auftrat.

⁷³ GZ 52, 5. 3. 19.

⁷⁴ GZ 62, 17. 3. 19.

⁷⁵ GZ 61, 14. 3. 19.

⁷⁶ GZ 71, 26. 3. 19.

⁷⁷ GZ 86, 12. 4. 19.

¹ GZ 49, 28. 2. 19.

Trotz politischer Meinungsverschiedenheiten waren sich alle Seiten darüber im klaren, daß es am wichtigsten wäre, neben der Versorgung der Bevölkerung Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten². Am 23. März hatte das Sekretariat des Oberpfälzischen Bauernvereins e. V. eine Anfrage an die Ortsvereine gerichtet, um über die Stimmung auf dem Lande Aufschluß zu erhalten. Die Antworten kamen Anfang April und wurden am 17. dieses Monats der Kammer des Innern der Regierung der Oberpfalz zugesandt. Darin wurde ein unmittelbares Bild der Stimmung der Landwirte wiedergegeben, das zumindest in politischer Hinsicht nicht sehr von dem der meisten Kleinstadt- und Marktbewohner abweichen dürfte, wenn man deren Reaktion auf die Münchner Ereignisse berücksichtigt. Im Bezirk Neustadt/WN. verstanden die Bauern die streikenden Arbeiter in den großen Städten nicht, denen sie noch Lebensmittel liefern mußten, und glaubten erbittert, sie seien nur dazu da, um für diese zu arbeiten³. Als die politische Landschaft in München immer unübersichtlicher wurde und die Regierung Hoffmann nach Bamberg ausweichen mußte, mußte sich neben den Behörden auch die Bevölkerung für die eine oder andere Seite entscheiden. Geht man nach den Entscheidungen der verschiedenen örtlichen Räte, die doch die Ansichten des größten Teils der Bevölkerung vertraten, so fand sich in der Nördlichen Oberpfalz nirgends größere Sympathie für die Räterepublik. Wie der Arbeiterrat Neustadt/WN., der sich auf die Meinung der Beamten- und Arbeiterschaft stützte, erklärte man sich beiden Regierungen gegenüber für neutral⁴, oder man stellte sich, was weit häufiger vorkam, hinter die Regierung Hoffmann, wie es etwa die Räte von Vohenstrauß taten⁵. Besonders die Bauernräte scheinen von Anfang an gegen eine Räteherrschaft gewesen zu sein und setzten diese Einstellung den anderen Räten gegenüber durch. So wurde, wie fast überall in Bayern, auch in Weiden anfangs eine Räterepublik ausgerufen, doch stimmten die Räte dann, wie die Regierung in Regensburg meinte, auf Druck des Bauernrates dem Ministerium Hoffmann zu⁶. Überhaupt wollte die Bevölkerung in den meisten oberpfälzer Bezirken nichts mit der Räterepublik zu tun haben und deren amtliche Ausrufung erfolgte nur im Bezirk Amberg-Land, wo der Amtsvorstand eine schwächliche Haltung bekundete. Nachdem der dortige Bauernrat die Sperre der Lebensmittelversorgung angedroht hatte und die Garnison sowie die Arbeiter- und Bürgerräte die Ablehnung unterstützte, wurden auch dort wieder die alten Verhältnisse hergestellt⁷. In Vohenstrauß organisierte der Arbeiter- und Bürgerrat eine Protestversammlung gegen die Räterepublik, als diese am 8. April dort ausgerufen worden war und kündigte einen Demonstrationzug an⁸. Da die Anhänger der Räterepublik dies nicht verhindern konnten, läßt sich daraus wohl folgern, daß sie in der Bevölkerung keinen Rückhalt fanden. Im Raum Tirschenreuth wurde die Stimmung als traurig und mutlos beschrieben und bei den herrschenden Zuständen wurde eine Abkehr von München nicht ausgeschlossen⁹. In Weiden fand ein derartiger Schritt eine große Zahl von Befürwortern, die sich nicht mehr von den

² GZ 54, 6. 3. 19.

³ BvU, Stimmungsbericht 17. 4. 19, Ortsverein Neustadt/WN.

⁴ WA 83, 10. 4. 19.

⁵ WA 84, 11. 4. 19.

⁶ WB 378, 14. 4. 19.

⁷ Ibid.

⁸ OK 86, 13. 4. 19.

⁹ BvU, Stimmungsbericht 17. 4. 19, Ortsverein Tirschenreuth.

Machthabern in München, das als „Sammelpunkt aller zweifelhaften Elemente“ bezeichnet wurde, regieren lassen wollten und auch in der Gegend von Neustadt/WN. wurde diese aus Franken kommende Tendenz, wie es hieß, „nah und fern mit der größten Sympathie“ aufgenommen. Wenn wieder Ruhe und geordnete Verhältnisse einkehren sollten, so müsse man von München loskommen¹⁰. Die Antwort aus dem Gebiet um Vohenstrauß war nicht so entschieden. Die Ansichten über eine Lostrennung von München waren geteilt, die meisten hofften auf eine Besserung der Zustände in der Hauptstadt¹¹. Die Bauern von Waldsassen machten zwischen den Verhältnissen in München, Nürnberg und Augsburg keinen Unterschied, ihnen ging es darum, die ihrer Ansicht nach gewissenlosen Führer abzulösen und sie fanden daher die Loslösung von München unnötig und unvernünftig¹². Eine Versammlung der Bauernräte in Windisch-Eschenbach vom 16. April lehnte das Rätssystem in München ebenfalls ab und stellte sich rückhaltlos auf die Seite der Regierung Hoffmann. Fernerhin wurde beschlossen, in jeder Gemeinde eine Bauernwehr zu gründen und die Regierung in Bamberg wurde dringend ersucht, diese auch zu bewaffnen¹³. Das Vertrauen in die staatlichen Sicherheitsorgane war kaum mehr vorhanden. Doch nicht nur die Bauern standen auf der Seite Hoffmanns, wie sich in Neustadt/WN. zeigte, wo sich auf einer Massenveranstaltung die Bevölkerung Neustadts und seiner Umgebung für die Regierung und den Landtag in Bamberg erklärte¹⁴. Der Arbeiterrat von Waldsassen war ebenfalls auf ihrer Seite¹⁵. Die Regierung der Oberpfalz stellte im Wochenbericht vom 5. Mai fest, daß die Werbung von Freiwilligen für die Freikorps und die Volkswehr in der Nördlichen Oberpfalz erfolgreicher gewesen sei als in den südlichen Bezirken, wo der Bayerische Bauernbund Fuß gefaßt habe¹⁶. Diese Erfahrung dürfte stellvertretend stehen für die Haltung der Bevölkerung in der Nördlichen Oberpfalz, die überwiegend hinter der Regierung Hoffmann stand und für die revolutionären Strömungen und Ereignisse keine Sympathie besaß. Viele machten im Gegenteil diese Vorkommnisse für die herrschenden Mißstände verantwortlich.

2. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Neben den üblichen kriminellen Ursachen pflegte sich auch die politische Lage bisweilen auf die öffentliche Sicherheit auszuwirken. So war die Stimmung in Weiden drei Tage nach der Ermordung Eisners so unsicher, daß ständig spartakistische Unruhen befürchtet wurden, wengleich der Bürgermeister und der Arbeiterrat die Ordnung aufrechterhalten konnten¹⁷. Anfang März befürchtete die Regierung eine Steigerung der allgemein gespannten Lage¹⁸. Auch an der Grenze zu Böhmen wurde über ständige Unsicherheit in den dortigen Ortschaften, wie u. a. Neualbenreuth, geklagt, doch waren hierfür keine politischen Gründe

¹⁰ BvU, Stimmungsbericht 17. 4. 19, Ortsvereine Neustadt/WN. und Weiden.

¹¹ BvU, Stimmungsbericht 17. 4. 19, Ortsverein Vohenstrauß.

¹² BvU, Stimmungsbericht 17. 4. 19, Ortsverein Waldsassen.

¹³ GZ 91, 18. 4. 19.

¹⁴ OK 97, 29. 4. 19.

¹⁵ GZ 99, 30. 4. 19.

¹⁶ WB 447, 5. 5. 19.

¹⁷ WB 188, 24. 2. 19.

¹⁸ WB 210, 3. 3. 19.

verantwortlich, sondern das Einsickern von Hamsterern und Dieben aus Böhmen. Obwohl der Grenzschutz immer wieder solche Personen aufgriff und ihre Waren beschlagnahmte, kamen sie vor allem aus dem Falkenauer Kohlegebiet in einer solchen Zahl, daß die Bauern der Ansicht waren, die einzig wirksame Hilfe wäre, keine Lebensmittel mehr herzugeben¹⁹. Die durch die Zunahme des Schleichhandels stark vermehrten Schwierigkeiten der Behörden, genügend Lebensmittel für die amtliche Versorgung aufzubringen, führte zu verschärften Maßnahmen und Kontrollen und dadurch wiederum zu Erbitterung bei den Bauern. Die von der Versorgung abhängigen Bewohner der Städte und Märkte hingegen sahen nur das Versagen der amtlichen Stellen bei der Lebensmittelbeschaffung und -verteilung, so daß sich überall in der Bevölkerung eine Widerspenstigkeit gegen behördliche Anordnungen bemerkbar machte²⁰. Die Spannungen entluden sich Mitte März in Windisch-Eschenbach, wo es zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Bürgern kam und, wie schon erwähnt, in Weiden, wo Erwerbslose mit einem Putsch drohten, wenn nicht ihre recht weitgehenden Forderungen erfüllt würden. Nachdem die Rädelsführer verhaftet worden waren, glätteten sich die Wogen jedoch wieder²¹. Bei manchen Erwerbslosen wurde die geringe Arbeitswilligkeit beklagt, obwohl genügend Arbeitsgelegenheiten vorhanden waren²². Neben den offiziellen Stellen war diese Entwicklung besonders den Landwirten zuwider. In Weiden waren sie der Ansicht, mit der reichlichen Erwerbslosenunterstützung würden nur die Faulenzer großgezogen. Verheiratete mit mehreren Kindern bekämen den doppelten Lohn und bräuchten überhaupt nicht mehr zu arbeiten. Einige würden sich sogar krank stellen, nur um nicht arbeiten zu müssen und die hohe „Faulenzerprämie“ zu verlieren²³.

Ein weiterer Punkt, der ständig beklagt wurde, war die fehlende Bewaffnung der Bürger- und Bauernwehren. An einer Verstärkung der amtlichen Sicherheitsorgane war die Bevölkerung scheinbar nicht mehr interessiert, eine solche wurde jedenfalls von niemandem gefordert. Hingegen war man z. B. in Tirschenreuth der Meinung, es sei hart und beängstigend, daß die gegründeten Bürgerwehren, die fast ausschließlich aus Feldzugssoldaten bestanden, keine Waffen erhielten, besonders an der Grenze, wo doch auf den offiziellen Grenzschutz gar kein Verlaß sei²⁴. Ähnliche Beschwerden kamen aus Vohenstrauß, wo die Hausbesitzer an der Grenze viel unter den Einquartierungen des Grenzschutzes zu leiden hatten²⁵. So war es nicht verwunderlich, daß etwa die Bauernräte in Windisch-Eschenbach und Umgebung am 18. April auf einer Versammlung die Regierung in Bamberg drängten, die Bauernwehren, die in jeder Gemeinde gegründet werden sollten, zu bewaffnen²⁶. Wie die Landbewohner, so verstanden auch die Kleinbürger in den Städten nicht, wieso den immer dringender gestellten Anträgen auf Waffenausgabe an die Bürgerwehren zur Abwehr von spartakistischen Unruhen und Räubereien nicht stattgegeben wurde²⁷. Die Regierung Hoffmann

¹⁹ GZ 46, 25. 2. 19.

²⁰ WB 232, 10. 3. 19.

²¹ WB 258, 17. 3. 19, keine näheren Angaben zu den Ursachen der Unruhen in Windisch-Eschenbach bzw. den Forderungen der Erwerbslosen in Weiden enthalten.

²² WB 279, 24. 3. 19.

²³ BvU, Stimmungsbericht 17. 4. 19, S. 1.

²⁴ BvU, Stimmungsbericht 17. 4. 19, S. 5.

²⁵ BvU, Stimmungsbericht 17. 4. 19, S. 5.

²⁶ GZ 91, 18. 4. 19.

²⁷ WB 400, 22. 4. 19.

war vermutlich der Ansicht, daß bei der herrschenden politischen Lage es trotz der Zusicherungen der Loyalität seitens der Ämter und Räte in der Nördlichen Oberpfalz besser wäre, wenn nicht mehr Waffen unter das Volk kämen, als unbedingt nötig. Dafür mußte sie, da sie ja selbst genug damit zu tun hatte, die Macht über die Hauptstadt München wieder zurückzubekommen, in Kauf nehmen, daß viele verständnislos oder sich nur mehr auf ihre eigenen Kräfte verlassend, ihr Vertrauen in die staatlichen Sicherheitsorgane verloren, und das besonders in den Grenzbezirken, wo den Bewohnern die Unfähigkeit des Grenzschutzes vor Augen stand ²⁸.

3. Ablieferungspflicht und Versorgungsschwierigkeiten

Die politischen Umwälzungen in München bewirkten bei manchen Bauern die Unsicherheit über die weiteren Geschäftsverhältnisse mit den neuen Machthabern. Viele hatten nach dem Tode Eisners Angst, die Bayerische Fleischversorgungsstelle würde nicht mehr für ihre abgelieferten Tiere bezahlen, so daß dies ein den Tageszeitungen daraufhinweisen mußte, es habe sich nichts geändert ²⁹. Nicht nur die vermeintlich unsichere Bezahlung der Tiere, auch die fast vollständige Erschöpfung der Tierbestände führten zu einer allgemeinen Unlust bei der Ablieferung ³⁰. Dazu kam noch die Überflutung mit Hamsterern aus den Großstädten, vor allem Nürnberg, die den Gegensatz Stadt-Land weiter verschärften und die Gereiztheit der Landbevölkerung schlug dann leicht in eine Verweigerung oder zumindest Einschränkung der Lebensmittelabgabe um ³¹. Staatliche Viehaufkaufkommissionen und auch Mühlenkontrolleure, die über die Einhaltung der Mahlbestimmungen wachen sollten, hatten einen schweren Stand und waren öfter auch Tätlichkeiten ausgesetzt. Manchmal mußten Bestände mit Gewalt eingetrieben werden, wie in Etzenricht bei Weiden, wo die Ablieferung von Restgetreide nur mit militärischen Mitteln erzwungen werden konnte ³². Auch die Eierablieferung, die hinter dem Ergebnis des Vorjahres zurückgeblieben war, sollte, wenn nötig, durch rücksichtsloses Vorgehen der Gemeinde- und Kommunalverbandsvorstände sowie der Arbeiter- und Bauernräte gegen säumige Ablieferer verstärkt werden ³³. Bei einem derart harten Vorgehen war ein Ansteigen der Erbitterung auf dem Lande unvermeidlich. Vermehrt wurde diese noch, wenn sich herausstellte, daß übereifrige und zu sehr auf den eigenen Profit bedachte Kommissionäre zu viele Tiere abgeholt hatten. An der Fichtelnaab hatte ein Aufkäufer 5000 Stück zuviel eingezogen, bevor ihm vom Kommunalverband der amtliche Viehaufkauf entzogen wurde ³⁴. In Weiden war, wie anderswo auch, neben der Zwangsablieferung das häufige Auftreten der Hamsterer ein Hauptgrund für die schlechte Stimmung. Oft 15 bis 20 Hamsterer an einem Tag, Glasmacher und Porzellaner, Sekretäre und böhmische Kinder konnten einen Hof heimsuchen. Der Kommunalverband zahlte für ein Ei 16 Pf., diese Leute bis zu 25 Pf., so daß neben der Belastung auch die Versuchung groß war, den Profit illegal zu vergrößern. Die

²⁸ Vgl. hierzu auch WB 28. 4. 19, Abzug der wenigen verlässlichen Truppen aus der Oberpfalz nach Südbayern, daraufhin spartakistische Aufwiegelungen befürchtet.

²⁹ WA 47, 27. 2. 19.

³⁰ WB 232, 10. 3. 19.

³¹ WB 258, 17. 3. 19.

³² WB 279, 24. 3. 19.

³³ WA 72, 28. 3. 19.

³⁴ WA 79, 5. 4. 19.

Bauern von Neustadt/WN. reagierten Mitte April mit Empörung auf die Streiknachrichten aus den größeren Städten, sie waren der Ansicht, sie würden nur für die Streikenden arbeiten, die sich mit den abgelieferten Lebensmittel ein schönes Leben machten³⁵. In Waldsassen befürchteten die Bauern den staatlichen Bankrott. Sie bemerkten zornig, die „Großen“ brächten ihr Geld in Sicherheit und der „Mittelstand und die Kleinen“ würden auf der Strecke bleiben; die neue staatliche Steuerpolitik würde diese Entwicklung noch unterstützen³⁶. In der Tat hatte sich in der Nördlichen Oberpfalz gezeigt, daß viele Bauern während des Krieges ihre Hypotheken zurückzahlten, um schuldenfrei zu sein, da sie sich über den zukünftigen Wert des Geldes nicht im klaren waren³⁷. Im Raum Neustadt/WN. herrschte bei den Bürgern eine große Nachfrage nach Acker- und Wiesenland, die die Bodenpreise in die Höhe schnellen ließ. Pro Dezimale wurden bis zu 26 M bezahlt³⁸. Dieses Vorgehen läßt wohl darauf schließen, daß das Vertrauen in die wirtschaftliche Stabilität nicht mehr allzu hoch war. Doch war auch in Neustadt/WN. der Hauptgrund für die Erbitterung der Landbevölkerung die Ablieferungspflicht, die auf die eigenen wirtschaftlichen Probleme der Produzenten keine Rücksicht nahm. Genauso verhielt es sich im Bezirk Tirschenreuth, wo Viehenteignungen als allergrößte Härte empfunden wurden³⁹. In Waldsassen entlud sich die Empörung über diese Verhältnisse gegen den Staat und die, so wörtlich, „Judenregierung“, die das Volk verhetzt hätten und nicht für Ruhe und Ordnung sorgen könnten⁴⁰.

Doch nicht nur die Produzenten der Lebensmittel waren unzufrieden. Diejenigen, die die Lieferungen bekommen sollten, waren ebenfalls nicht zufrieden. So beklagten sich in Neualbenreuth die Versorgungsberechtigten über die unzureichende Belieferung mit Eiern und Fett⁴¹. Auch der Kohlenmangel der Industrie wirkte sich auf die Stimmung der Arbeiter aus. Am 22. März meldete die „Grenzzeitung Waldsassen“, daß der nach wie vor anhaltende Kohlenmangel in der stillliegenden Porzellanindustrie die Arbeiterschaft immer ärgerlicher mache, weil ihr das Einkommen fehle⁴². Die fehlenden Kohlen in den Haushalten führten im März dazu, daß der Respekt vor den Staatswaldungen verlorenging und die Zahl der Forstfrevel, namentlich im Bezirk Tirschenreuth bei Mitterteich und Fuchsmühl, immer mehr zunahm⁴³. In Neustadt/WN. fand am 4. April ein Demonstrationszug der dortigen Arbeiterschaft statt, die gegen die schlechte Versorgung mit Lebensmitteln, insbesondere Fleisch, Fett und Eier, protestierte. Der Bezirksamtsassessor Dr. Seefried vom Bezirksamt Neustadt/WN. verhandelte mit einer Abordnung der Arbeiter und vermochte sie zu beruhigen. Zur Verbesserung der Milchversorgung sollten mehrere neue Gemeinden in den Versorgungsbezirk Neustadt/WN. eingegliedert und die Rationen der Selbstversorger gekürzt werden⁴⁴. Die Bevölkerung von Friedenfels litt ebenfalls sehr unter dem

³⁵ BvU, Stimmungsbericht 17. 4. 19, Ortsverein Neustadt/WN.

³⁶ BvU, Stimmungsbericht 17. 4. 19, Ortsverein Waldsassen.

³⁷ OK 72, 28. 3. 19.

³⁸ OK 75, 1. 4. 19.

³⁹ BvU, Stimmungsbericht 17. 4. 19, S. 4, 5.

⁴⁰ BvU, Stimmungsbericht 17. 4. 19, S. 7.

⁴¹ GZ 47 u. 48, 26. 2. 19.

⁴² GZ 69, 23. 3. 19.

⁴³ WB 318, 31. 3. 19.

⁴⁴ GZ 81, 6. 4. 19.

Kohlenmangel und da die Wälder der direkten Umgebung Privatbesitz waren, war die Beschaffung von Holz und Streu aus den staatlichen Waldungen sehr erschwert. Die Hornbergsche Güterverwaltung bewirtschaftete um Friedenfels 6000 Tagewerk Wald, das meiste Holz davon schlagbar, während der nächste Staatsforst zwei Wegstunden entfernt lag. Die 200 Familien, die dort ihr Holz erhielten, mußten für den Transport teuer bezahlen und daher rief man unwillig nach einer staatlichen Maßnahme, die die Grundbesitzer dazu zwingen sollte, bei der Kohlennot ebenfalls Holz abzugeben⁴⁵. Für die Versorgung der Landbewohner und der Einwohner der kleinen Orte war eine weitere Neuregelung Grund zur Empörung und zwar die Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Für die Bauern und Landarbeiter, die nur an Sonn- und Feiertagen in die Stadt kamen und dann auch ihre Einkäufe dort erledigten, stellte das Einkaufen unter der Woche den Verlust von mindestens einem Arbeitstag dar. Wollten sie keine Arbeitszeit opfern, so mußten sie auf die meist minderwertigen Waren herumziehender Hausierer zurückgreifen, deren Gewerbe dadurch stark überhand nahm und eine bedeutende Konkurrenz für die Kaufleute in den Orten bildete⁴⁶. Deshalb wandten sich diese ebenfalls gegen die Verordnung über die Sonntagsruhe. Für Stadt- und Landbewohner gleich negativ wirkte sich die Einstellung jeglichen Personenverkehrs der Bahn im rechtsrheinischen Bayern wegen Kohlenmangels aus. Ab 24. April trat diese Regelung in Kraft⁴⁷ und außer Lebensmittelsendungen und anderen Versorgungsgütern durfte auch kein Frachtgut mehr befördert werden⁴⁸. Besonders für die Einwohner der Städte, die als Hamsterer aufs Land zu fahren pflegten, ging damit die fast einzige Transportmöglichkeit verloren. Doch auch geschäftliche Sendungen konnten bis auf die oben genannten Ausnahmen nicht mehr befördert werden, so daß wohl im Grunde alle Bevölkerungsgruppen unter der Zugsperrung zu leiden hatten.

Generell läßt sich zum Schluß zur allgemeinen Stimmung in der Nördlichen Oberpfalz sagen, daß die herrschenden Zustände Anlaß zu Skepsis und Empörung boten, daß aber auch die staatlichen Maßnahmen mehr für eine Verschlechterung des Klimas als für eine Besserung sorgten. Zwar spielten hier verschiedene Ansichten eine Rolle, z. B. bei der Lebensmittelablieferung — was den Bauern zuviel war, war den Städtern zuwenig — doch blieb im Endeffekt ein wachsendes Mißtrauen gegen die Führung in München, das sich auch in den wachsenden Selbstschutzbestrebungen der Bürger äußerte und das auch durch die politischen Zustände in München noch verstärkt wurde.

Z u s a m m e n f a s s u n g

In der vorliegenden Arbeit sollte versucht werden, das zur Verfügung stehende Material über die Lage der Nördlichen Oberpfalz 1918/19 in den zeitlichen Zusammenhang einzuordnen, dabei nach den Gesichtspunkten Politik, Wirtschaft und Bevölkerungsstimmung zu gliedern und dadurch einen möglichst umfassenden Überblick über diese Zeit zu geben.

⁴⁵ BvU, Stimmungsbericht 17. 4. 19, Ortsverein Erbendorf.

⁴⁶ WB 400, 22. 4. 19.

⁴⁷ WA 91, 22. 4. 19.

⁴⁸ WA 94, 25. 4. 19.

Im ersten Kapitel wurde die Verschlechterung der Kriegslage im bearbeiteten Raum aufgezeigt, die durch die verschiedenen Mißstände in der Bevölkerung den Wunsch nach Ruhe, Frieden und einem gesicherten Lebensunterhalt schließlich so mächtig werden ließ, daß man in erster Linie an eine Aufhebung der bisherigen Zustände dachte, und dabei nicht fragte, durch wen genau sie erfolgen sollte. Es dürfte wohl nicht zu weit gehen, würde man sagen, daß die meisten der Ansicht waren, die Lage sei so schlecht, daß eine Änderung nurmehr zum Besseren erfolgen könne. Daß dabei allerdings gleich an eine Abschaffung der gesamten traditionellen Regierungsform gedacht wurde und nicht etwa an personelle Veränderungen im Kabinett, ist nicht festzustellen, zumal ja auch von einer Agitation der USPD oder kommunistischer Gruppen, die den allgemeinen Unmut in entsprechende Bahnen hätten lenken können, zu dieser Zeit in der Nördlichen Oberpfalz nichts zu bemerken war¹ und die Bevölkerung von ihren eigenen Sorgen so gefangen war, daß sie sich wohl nicht mit für sie abstrakten politischen Alternativen befassen konnte. Als dann Eisner nach seinem Putsch das Königreich Bayern in einen Volksstaat verwandelt hatte und die Neuorganisation der Verwaltung in der Gestalt von örtlichen Räten auch in der Nördlichen Oberpfalz den Menschen nahegebracht wurde, blieb eine regelrechte revolutionäre Begeisterung aus. Die Veränderungen wurden vielmehr gelassen hingenommen, obwohl natürlich die ersehnte Abschaffung der bisherigen Mißstände in greifbare Nähe gerückt schien. In fast allen größeren und kleineren Orten wurden bald nach dem 7. November den Münchner Vorbildern gemäß Rätevertretungen gebildet, die von allen Schichten der Bevölkerung, von Arbeitern, Bauern, Soldaten und Bürgern getragen wurden. Doch deren Arbeit zeigte, daß die Räte mehr als eine neue Form der Mitverwaltung oder der Interessenvertretung bestimmter Klassen gesehen wurden und nicht etwa in erster Linie als Kennzeichen einer neuen politischen Richtung. Wie in einem Falle gezeigt, fanden christliche Arbeiter nichts dabei, einen Arbeiterrat zu bilden. Es kam auch des öfteren zu Streitigkeiten zwischen Arbeiter-, Bauern- und Bürgerräten², regional übergreifende Koordinierungen waren bis zur Wahl von Kreisräten nicht feststellbar. Auf der anderen Seite zeigt aber gerade die Beteiligung der verschiedenen Bevölkerungsschichten, daß die Räte als Einrichtung akzeptiert wurden; es erhoben sich auch keine Stimmen, die auf deren Ablösung drängten. Auch die konservativ eingestellten Zeitungen drängten in der politisch sehr aktiven Zeit des Wahlkampfes zwar auf eine Ablösung der Regierung Eisner und auf die Wahl eines neuen Landtages, die Wiederherstellung der vorrevolutionären Regierungsform, der Monarchie, wurde jedoch nicht gefordert. Daß sich gegen die Räte hin und wieder Unwillen regte, war nach der Argumentation der Beschwerdeführenden mehr auf die Unfähigkeit der in den Räten vertretenen Personen als auf die Ablehnung dieser Institutionen selbst zurückzuführen³. Wie die Landtagswahl vom 12. Januar zeigte, waren in der Nördlichen Oberpfalz nach wie vor die Konservativen in der Mehrheit, so daß man wohl durchaus wegen der weiten Verbreitung der Räte auf die Zustimmung und Teilnahme konservativer Kreise schließen kann, sowohl auf dem Lande in den Bauernräten und durch die Bürgerräte in den Städten.

¹ Siehe oben S. 155 f.

² Christliche Arbeiter in Steinmühle, siehe oben S. 169. Querelen z. B. zwischen Arbeiter- und Bauernrat Pleußen, siehe oben S. 172, Anm. 22.

³ Beschwerde über den Arbeiterrat Waldsassen. Siehe oben S. 160.

Gerade diese Tatsache scheint darauf hinzudeuten, daß politische Ideen bei den Räten keine starke Rolle spielten, sondern sie als konkrete Einrichtungen zur Mitsprache der Bevölkerung angesehen wurden.

Als die Regierung Hoffmann am 7. April nach Bamberg ausweichen mußte und in München die Räteherrschaft begann, mußten sich auch die Behörden und Räte in der Nördlichen Oberpfalz für eine Seite entscheiden. In Weiden und Vohenstrauß wurde die Räterepublik ausgerufen, doch wenige Tage später hatte die Bevölkerung, unterstützt besonders von den Bauernräten, den vorherigen Zustand wieder herbeigeführt. Im Laufe des April verkündeten alle Räte und Verwaltungsbehörden ihre Treue zum rechtmäßig gewählten Landtag und zur Regierung Hoffmann. Ende April, als überall in Bayern Aufrufe erlassen wurden, in die Volkswehren und Freikorps einzutreten, die die Bamberger Regierung unterstützen und die Räteherrschaft in München beseitigen helfen sollten, zeichnete sich die Nördliche Oberpfalz im Vergleich zum Süden des Regierungsbezirks durch eine höhere Zahl von Freiwilligen aus. In Waldsassen wurde der Bürgermeister sogar von seinem Amte beurlaubt, um sich an der Spitze von Freiwilligen der Volkswehr der Regierung Hoffmann zur Verfügung zu stellen.

Man kann wohl sagen, daß die politische Entwicklung, als sie die Ablösung der Monarchie und die Einführung des Volksstaates oder der Republik brachte, in der Nördlichen Oberpfalz vielleicht nicht begeistert begrüßt, aber doch akzeptiert wurde, während die Räteregierung im April in München durchweg keine Billigung mehr fand. Ruhe und Frieden waren für die Bevölkerung wichtiger als politische Umwälzungen, die zwar das Wohl des Volkes zu ihren Zielen zählten, die aber den Menschen nicht nur in der Oberpfalz durch ihr Vorgehen als gefährlich und unzuverlässig erscheinen mußten.

Was die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung betraf, so wurden die Hoffnungen, die der Putsch Eisners geweckt haben mochte, bald wieder zerstört. Die Entbehrungen, die sowohl die Bauern als auch die Stadtbewohner wegen der Heeresablieferung und der Nahrungsmittel- und Brennstoffknappheit zu erdulden hatten, ließen auch nach Kriegsende und unter der neuen Regierung nicht nach. Wenn auch Eisner diese Not als eines seiner Argumente für die Ablösung des alten Kabinetts und des Königs gebraucht hatte, so sah er sich nicht in der Lage, nach seiner Machtergreifung seine diesbezüglichen Versprechen auf Besserung über Nacht, wie es vielleicht mancher von ihm erwartet hatte, zu verwirklichen. Dies mußte, nachdem sich die ersten Wogen geglättet hatten, zu Enttäuschung in der Bevölkerung führen. Insbesondere die Presse nahm sich dankbar dieses Themas an; als Sympathisanten der im November neugegründeten BVP und der DVP stellten die Zeitungen in zahlreichen Artikeln die Unfähigkeit Eisners und seines Kabinetts dar. Im Januar 1919, im Wahlkampf für die Landtagswahlen, wurde diese Einstellung besonders deutlich. Tatsächlich mußte die Regierung die Ablieferungssätze oft noch erhöhen, die sie versprochen hatte, abzuschaffen und die Versorgungsrationen mußten ebenfalls gekürzt werden. Dazu kam noch ein immer stärker zunehmender Kohlenmangel, der sich sowohl auf die Haushalte auswirkte, als auch eine Bedrohung der Industrieproduktion und damit der Arbeitsplätze voraussehen ließ.

Nach der Ermordung Eisners und der Verlegung der rechtmäßigen Regierung nach Bamberg konnte die Situation nicht besser werden. Ein Kabinett, das darum kämpfen mußte, an der Macht zu bleiben und die Hauptstadt Bayerns von der Rätediktatur zu befreien, konnte keine umfassenden wirtschaftlichen Neuregelun-

gen treffen. Dabei muß man fragen, ob es überhaupt möglich gewesen wäre, auch in einer ruhigeren Zeit die Lage der Industrie und der Landwirtschaft problemlos nach den Jahren der Kriegswirtschaft auf die Friedenszeit umzustellen. Futtermittel, Saatgut, Rohstoffe und besonders Kohle waren knapp und eine gerechte Verteilung kaum möglich. Ab März 1919 begann die Kohleknappheit sich voll auf die Glas- und Porzellanindustrie, den wichtigsten Zweig der nordoberpfälzer Betriebe, auszuwirken und viele Arbeitsplätze gingen im Zuge der Betriebseinstellungen verloren. An neue Arbeitsplätze war kaum zu denken, solange die Kohle nicht wieder reichlicher zu Verfügung stand. Die Notstandsarbeiten, die den Arbeitsmarkt entlasten sollten, fanden bei den Arbeitslosen wenig Anklang; viele zogen die bequem zu erhaltende Erwerbslosenunterstützung einem harten Arbeitsplatz im Steinbruch oder auf Baustellen vor. Da die Notstandsarbeiten im wesentlichen Straßen- und Kulturbau umfaßten, mochten vielleicht neben den Nichtstuern gerade die qualifizierten Fachkräfte das Arbeitslosengeld angenehmer finden. Die Lebensmittelpreise, die wegen der allgemeinen Versorgungsknappheit ständig gestiegen waren, bedingten zusätzlich noch eine Neuregelung der Löhne, die sich in der Nördlichen Oberpfalz relativ friedlich vollzog.

Die Knappheit der Lebensmittel und die hohen Preise boten aber einem anderen Problem Gelegenheit zur Ausdehnung, dem Schleichhandel und der Hamsterei. Schon während des Krieges war es vorhanden gewesen und es zeigte sich auch nach dessen Ende keine Besserung. Schleichhändler, die die wachsende Schwäche der staatlichen Sicherheitsorgane nutzten, führten große Mengen von Lebensmitteln, die für die Versorgung der Bevölkerung notwendig gewesen wären, aus den Bezirken hinaus. Dazu kamen ganze Horden von kleinen Hamsterern und Bettlern, die die Bauern belästigten und bedrohten und die durch ihre große Zahl ebenfalls keine geringen Mengen der öffentlichen Versorgung vorenthielten. In der Nördlichen Oberpfalz spielte dabei noch das Verhältnis zum Grenznachbarn Böhmen eine Rolle, da besonders von dort die Hamsterer und Bettler, aber auch größere Schleichhändler kamen. Es war deshalb eine ständige Abneigung der nordoberpfälzer Bevölkerung gegen die Böhmen spürbar, die auch nicht abnahm, als der neuentstandene tschechische Staat sich Böhmen einverleibte. Entsprechende oben geschilderte Belästigungen taten ein übriges, um das Verhältnis nicht zu verbessern. Es gelang der Regierung Eisner nicht, den Schleichhandel wesentlich einzudämmen und auch unter der Regierung Hoffmann gab es keine Besserung. Die Unsicherheit nahm so zu, daß immer mehr Rufe nach der Bewaffnung der aufgestellten Bürger- und Bauernwehren laut wurden. Man gewinnt den Eindruck, daß viele der Ansicht waren, es sei besser, die Frage der Sicherheit in die eigenen Hände zu nehmen, als sich auf die Hilfe der staatlichen Organe zu verlassen.

Bereits vor 1918 war es in der Nördlichen Oberpfalz vereinzelt zu Unruhen gekommen, die den allgemeinen Unmut bewiesen. Alle hatten jedoch einen unpolitischen Hintergrund, sie waren aus der Notlage der Bevölkerung entstanden. Von staatlicher Seite her wurde den Motiven der Unruhestifter nicht immer Rechnung getragen und diese wurden wie politische Aufwiegler bestraft, die den Landfrieden gestört hätten⁴. Dabei blieb die Bevölkerung im Januar 1918, als fast überall in Bayern Streiks stattfanden, bemerkenswert ruhig. Wenn aber

⁴ Vgl. Prozeß Kathi Sommer, siehe oben S. 154.

Demonstrationen aus Hunger politischen Krawallen gleichgesetzt wurden, so mochte bei manchem der Eindruck entstehen, daß es den notleidenden Menschen nicht einmal erlaubt war, auf ihre Situation öffentlich hinzuweisen und die Behörden darauf aufmerksam zu machen, wodurch der Unmut gegen die staatlichen Stellen weiter geschürt worden wäre. In der Nördlichen Oberpfalz war der Unwille der Bevölkerung nicht unbedingt auf die Monarchie und die Regierung während des Krieges ausgerichtet. Vielmehr wurden die schlechten Versorgungs- und Sicherheitszustände der jeweiligen Staatsführung angelastet. Auch nach der Machtergreifung Eisners und während der Regierung Hoffmann kam es zu Demonstrationen, die auf die Mängel der Versorgung aufmerksam machten und auf denen von den amtlichen Stellen Abhilfe gefordert wurde. Vor dem 7. November 1918 waren in der Nördlichen Oberpfalz keine Aktivitäten der USPD oder anderer Gruppen festzustellen gewesen, die darauf abgezielt hätten, die herrschende Unzufriedenheit und Kriegsmüdigkeit zur Vorbereitung einer Revolution zu nutzen⁵ und als danach die SPD und USPD an der Regierung waren, war auch aus konservativen Kreisen keine Aufforderung zu politischen Umwälzungen als eine Art Gegenreaktion festzustellen. Das allgemeine Interesse war mehr den Fragen von Ordnung und Sicherheit und gesicherter Versorgung zugehen. Nach der Revolution war in der Nördlichen Oberpfalz auch keine Abwendung von einer zentralen Regierung an sich festzustellen. Auch wenn Eisner massiv kritisiert wurde, so verlangten z. B. die Zeitungen seine Ablösung durch die regulären Landtagswahlen und nicht etwa durch Gewalt. Unter der Bamberger Regierung und während der Krawalle in München im April hielt die Bevölkerung geschlossen zu der vom Landtag rechtmäßig eingesetzten Regierung Hoffmann und die Freiwilligenmeldungen bewiesen, daß es vielen ernst damit war, die staatliche Ordnung zu verteidigen. Während in der südlichen Oberpfalz der BBB Fuß gefaßt hatte und offensichtlich die Stimmung für Hoffmann dämpfte, zeigt die im Vergleich höhere Zahl von Freiwilligen aus der Nördlichen Oberpfalz, daß man dort hinter Hoffmann stand. Dies wird auch durch die zahlreichen Treuebekundungen der Räte in den Gemeinden ersichtlich.

Die dargestellten Ereignisse in dieser Arbeit zeigen, daß die Revolution und die Räteherrschaft in München in der Nördlichen Oberpfalz durchaus mit Anteilnahme verfolgt wurden, einer Anteilnahme, die freilich mehr von eigenen Sorgen und Interessen geprägt war als etwa vom reinen Interesse an einer politischen Neuorientierung Bayerns. Ferner spielte dabei noch die Grenznähe zu Böhmen eine Rolle, die für manche Auswirkungen in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit verantwortlich war. Auch die stark einseitige Ausrichtung der Industrie auf die Glas- und Porzellanherstellung ist zu berücksichtigen, wodurch eine überaus starke Anfälligkeit dem Kohlenmangel gegenüber bewirkt wurde. Die Anteilnahme an den Ereignissen in München war in allen Bevölkerungsschichten von den eigenen Sorgen und Nöten bestimmt, da man sich von ihnen einerseits Abhilfe erhoffte, andererseits aber die Vorkommnisse in München für viele Mißstände verantwortlich machte. Großes Vertrauen auf die staatliche Führung war am Ende des bearbeiteten Zeitraums unter der Bevölkerung nicht mehr festzustellen.